Das Volk, das folgt – Politik und Populismus

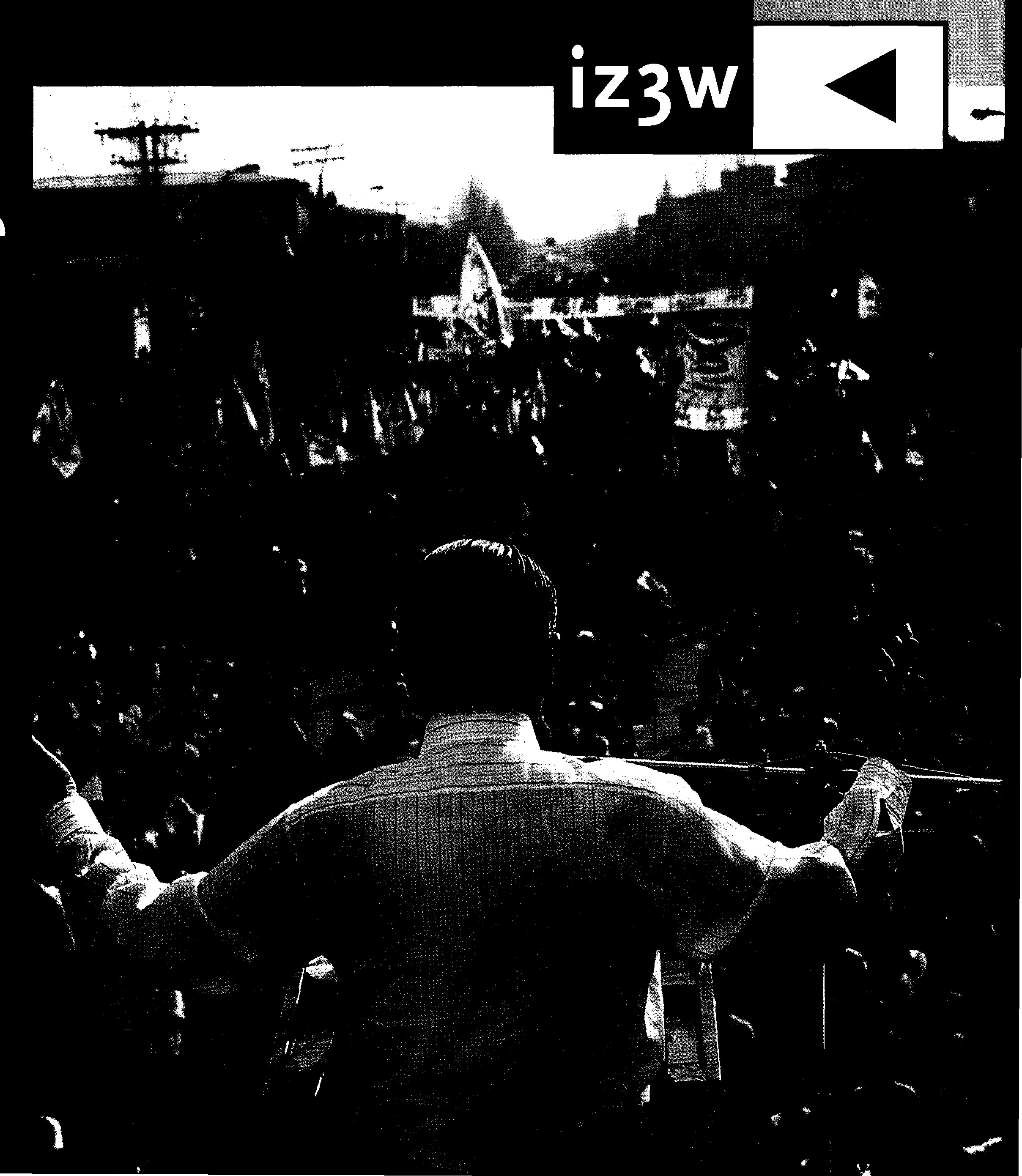
▶ Außerdem:
▶ Panamas Kanal ▶ Literatinnen aus Afrika ▶ Schreibende Touristinnen ▶ Rot-grünes Protektorat ▶ Putsch in Pakistan ...

E 3477

Januar 2000
Ausgabe □ 242
Einzelheft
DM 8,–
Abonnement
DM 60,–

iz3w ◀

▶ blätter des informationszentrums 3. welt





Titelbild: J. Holst/version

In dieser Ausgabe





Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Editorial *(garantiert »Millennium«-frei)*

Schon seit vielen Jahren trifft sich die Redaktion der **iz3w** zum Jahresende während eines Hüttenwochenendes im tiefen Schwarzwald, um eine Liste der Themenschwerpunkte zusammenzustellen, die in der Zeitschrift im darauf folgenden Jahr erscheinen sollen. Da wird über die zu erwartenden Entwicklungen spekuliert, darüber, welche Themen »in der Luft« liegen und über welche herausragenden Ereignisse zu berichten ist. Selbstverständlich können im Laufe des Jahres neue Themenschwerpunkte hinzukommen – vor allem, wenn aktuelle Ereignisse von solch großer Tragweite wie der Jugoslawien-Krieg einen dazu schier nötigen. Manchmal fallen aber auch Themenschwerpunkte weg, etwa wenn die AutorInnensuche erfolglos blieb oder sich in der Redaktion plötzlich niemand mehr für das ausgewählte Thema begeistern kann. In diesem Jahr stieß beispielsweise der geplante Themenschwerpunkt über »Alter« auf unerwartete Schwierigkeiten – bereits die Literaturrecherche erwies sich als äußerst unbefriedigend.

Die Themenschwerpunkte werden mehr oder minder langfristig in Arbeitsgruppen vorbereitet, in denen häufig auch Leute, die nicht der Redaktion angehören, mitwirken. Eine Unterstützung kann auch außerhalb Freiburgs geleistet werden. So ist uns sehr mit Tipps über Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt geholfen. Hinweise auf potentielle AutorInnen oder Manuskripte von spannenden Vorträgen sind hochwillkommen, denn wir sind sehr daran interessiert, den bestehenden AutorInnenstamm zu erweitern. (An dieser Stelle sei allen AutorInnen und FotografInnen herzlich dafür gedankt, dass sie ihre Beiträge und Bilder honorarfrei zur Verfügung stellen.) Ebenso haben wir großes Interessse an Texten, die in anderen, insbesondere ausländischen Zeitschriften erschienen sind. Und selbstverständlich sollen all diejenigen sich melden, die schon immer mal einen Artikel zu einem bestimmten Thema schreiben wollten. Den Abdruck können wir natürlich nicht garantieren, aber in jedem Fall werden wir uns mit dem Text auf unserer wöchentlichen Redaktionssitzung eingehend beschäftigen.

Die **iz3w** versteht sich als ein offenes Projekt, in das sich all jene einmischen können, die die kritische Debatte über das weite Feld der Nord-Süd-Themen voranbringen möchten. Kontroverse Ansichten sind dabei ausdrücklich willkommen. Denn auch innerhalb der Redaktion gibt es oft sehr unterschiedliche Herangehensweisen an die diversen Themen. SpötterInnen haben für die politische Heterogenität von Redaktion und Zeitschrift zuweilen sogar das Wort »Linkspluralismus« parat.

Die Auswahl der Themen wird zwar auch künftig breit gefasst sein und über traditionelle Süd-Nord-Aspekte hinausreichen. Jeder Themenschwerpunkt soll sich allerdings weiterhin durch eine kritisch hinterfragende und theoretisch fundierte Analyse auszeichnen. Einige der für das nächste Jahr geplanten Schwerpunkte wollen wir hier kurz vorstellen: Wir möchten z.B. den hiesigen Diskurs um den Islam aufgreifen, der auf einem schmalen Grat zwischen aufklärerischer Kritik und rassistischer Projektion verläuft. Allzu schnell wird auch in der Linken von »den« Taliban oder »den« algerischen Islamisten als einheitlichem Kollektiv gesprochen, ohne jedoch ihre Programmatik oder ihre internen Widersprüche näher zu unterscheiden. Die Frage nach der Zukunft des Islamismus in so unterschiedlichen Ländern wie Afghanistan, Algerien, Türkei oder Iran lässt sich aber nicht mit Pauschalaussagen beantworten.

»Herrschaft durch Sprache«, ein oft diskutiertes Thema des (Post-)Kolonialismus, ist ein weiteres Thema, das einige von uns schon seit längerem bewegt. Immer mehr Sprachen samt ihrer kulturellen Ausdrucksformen sterben aus. Auf der anderen Seite werden Sprachen gepflegt, wiederausgegraben und als Teil der ‚Volkskultur' gefeiert. Kulturimperialismus und Ethnizitäts- und Identitätshuberei liegen dann sehr eng beisammen. Daher wollen wir das Thema in seiner ganzen Komplexität diskutieren.

Mit »Armut und Hunger« möchten wir einen von der **iz3w** seit längerem vernachlässigten, eher klassischen Süd-Nord-Aspekt aufgreifen. Obwohl die Schere zwischen Arm und Reich sowohl auf nationaler wie auf globaler Ebene immer weiter auseinander geht, ist die linke Theoriebildung zu diesem Thema nicht sonderlich vorangekommen, sondern hat das Feld den PragmatikerInnen in den karitativen Organisationen überlassen. Eine Rekonstruktion von bisherigen Erklärungs- und Lösungsansätzen für Hunger und Armut im Lichte heutiger Erfahrungen sowie die kritische Auseinandersetzung mit neueren Ansätzen erscheint uns dringend geboten.

In der nächsten Ausgabe werden wir weitere geplante Schwerpunkte vorstellen. Wir hoffen auf zahlreiche Inspirationen, Ideen, Tipps und Beiträge!

die redaktion

PS.: Wir haben es zwar in obigem Editorial vermieden, eine große Jammerarie à la taz auf unsere prekäre finanzielle Situation anzustimmen, aber nichtsdestotrotz möchten wir darauf hinweisen, dass wir für unsere Arbeit dringend Spenden benötigen.
Unser Spendenkonto: Stadtkasse Freiburg (Zahlungsempfänger), Konto 12 49 606, Volksbank Freiburg, BLZ 68090000, Verwendungszweck: zu Gunsten Aktion Dritte Welt e.V.
Bitte teilen Sie uns Ihre Adresse mit, dann können wir Ihnen eine Spendenbescheinigung für's Finanzamt zuschicken. Wer möchte, kann die beigelegten Überweisungsformulare verwenden. Danke!

IWF entdeckt Armut

Strukturanpassungsprogramme werden sozial geschönt

von **Barbara Unmüßig**

▶ Die Umsetzung der Beschlüsse des G7-Gipfels zur Kölner Schuldeninitiative, die auf eine Teilentschuldung der 41 ärmsten hochverschuldeten Länder abzielt (HIPC), war zweifellos das brisanteste Thema der Jahrestagung von IWF und Weltbank in diesem Jahr. Die G7-Finanzminister hatten im Sommer dem IWF und der Weltbank zwei konkrete Aufgaben gestellt: Zum ersten sollte die Finanzierung der Kölner Entschuldungsinitiative (Gesamtvolumen circa 70 Mrd. US$) sichergestellt und verabschiedet werden. Zum anderen sollten beide Finanzinstitutionen einen neuen Rahmen für eine verbesserte Armutsreduzierung vorlegen, um den Schuldenerlass für arme Bevölkerungsgruppen wirksam werden zu lassen.

Wie bislang ist der Erlass von Schulden an die Durchführung von Strukturanpassungsprogrammen gebunden. Die aber sollen künftig die Armutsorientierung in ihr Zentrum stellen. Um dies auch nach außen deutlich zu machen, wurde die bisherige Strukturanpassungsfazilität des IWF (ESAF) kurz und bündig in die neue »Poverty Reduction and Growth Facility« (PRAG) umgetauft. Schlüsselelement von PRAG soll das »Poverty Reduction Strategy Paper« sein. Das Verfahren zur Erarbeitung der Strategie sieht vor, dass die Verantwortung nun stärker bei den jeweiligen Regierungen liegt und deren Zivilgesellschaft beteiligt werden soll. IWF und Weltbank sollen lediglich Beihilfe leisten. Das neue Strategiepapier wird künftig von den Exekutivgremien der beiden Finanzorganisationen beschlossen werden müssen. Das alles liest sich fast wie der Forderungskatalog der weltweiten Erlassjahrkampagnen.

Das Verfahren zur Erabeitung von Strategien gegen Armut klingt zwar neu, doch die große Frage bleibt, ob sich die Inhalte von PRAG vom Vorgänger ESAF wirklich deutlich unterscheiden werden. Skeptisch stimmt, dass die Armutsprogramme auf einer makroökonomischen Politik aufbauen sollen (»based on sound macroeconomic policies«, Interim Committee des IWF, 28. Sept.1999), die auch weiterhin der IWF bestimmen will. Nach ersten Statements von Regierungen und Fonds- und Weltbankmitarbeitern ist zu bezweifeln, ob die Kernelemente der klassischen Strukturanpassungspolitik (Deflationspolitik, Ausgabenkürzungen, Privatisierung und Liberalisierung) grundsätzlich auf den Prüfstand gestellt und ihre Armutswirkungen ernsthaft untersucht werden. Es steht zu erwarten, dass sich die Kooperation von IWF und Weltbank vor allem auf den sozialen Sektor beschränkt und die makroökonomischen Grundsätze mehr oder weniger unangetastet bleiben. Zu befürchten ist damit, dass sich der IWF nun auch noch mittels weiterer Auflagen direkten Zugriff auf den Sozialsektor in den HIPC-Ländern verschafft und ins Mikromanagement der Budgets der jeweiligen Länder hineinregiert. NGOs haben dies bereits in Washington in ersten Reaktionen kritisiert.

Ungelöst ist auch der alte Grundkonflikt und Widerspruch zwischen strikter Auflagenpolitik, an die der Schuldenerlass schließlich gebunden bleibt, und der nun angestrebten Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der Regierungen, ihre Programme selbst zu erarbeiten. Im neuen HIPC-Verfahren müssen die Länder unter enormem Zeitdruck ihre Armutsstrategiepapiere vorlegen, wenn sie in den Genuss des Schuldenerlasses kommen wollen. Ernstgemeinte Partizipation von Regierungen und Zivilgesellschaft ist jedoch zeitintensiv und konfliktiv.

Jahrelang hatte sich der IWF nicht nur jedwedem Schuldenerlass, den er auch noch aus eigenen Reserven mitfinanzieren sollte, widersetzt, sondern auch die hohen sozialen Kosten seiner Schockprogramme stets als notwendig verteidigt. Er entdeckt die Armen ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, wo er heftig wie nie unter Kritik für seine Asien- und Russlandpolitik steht. Hinzu kommt, dass die Finanzierung der ESAF, also der Strukturfazilität für die einkommensschwachen Länder, durchaus ungewiss war. Mit seiner Beteiligung an der HIPC-Initiative ist diese nun gesichert, dafür war aber auch ein bestimmtes Maß an »Armutsrhetorik« und gutem Willen bei der Finanzierung der HIPC-Initiative seitens des IWF notwendig – gerade auch, um schwankende Regierungen wie etwa die britische von der weiteren finanziellen Unterstützung für die ESAF bzw. »Poverty Reduction and Growth Facility« zu überzeugen.

Die »Wandlung« des IWF kommt deshalb nicht ganz zufällig. Interessanterweise lagen zum Auftakt der Jahresversammlung drei Studien und Positionspapiere vor, die sich aus sehr unterschiedlichen Perspektiven und politischen Hintergründen allesamt mit der dringlichen Reform des IWF befassen. Sie treffen sich alle in dem Punkt, dass sich der IWF auf sein Kerngeschäft konzentrieren und deshalb redimensioniert werden soll. Erneut versucht nun der IWF seine eigene Krisenanfälligkeit zu überwinden, indem er sich neue Kompetenzen – nun ausgerechnet für den Sozialsektor – erstreitet.

Die neue Kooperation zwischen Weltbank und IWF steht nur vordergründig für eine neue Qualität, die den Armen nützen kann. In Wirklichkeit dürfte es sich jedoch um einen Wettstreit um Kompetenzen und zukünftige Finanzen der beiden Bretton-Woods-Zwillinge handeln, die nach wie vor in hohem Maße von öffentlichen Haushalten abhängig sind. Sie sind zwar noch immer mit viel Macht und Geld vor allem gegenüber den schwachen Dritte-Welt-Ökonomien ausgestattet, im Lichte der gigantischen privaten und spekulativen Finanzströme rund um den Globus werden sie dennoch ihren Einfluss in der Weltwirtschaft einbüßen.

Ob der Wettstreit zugunsten der Armen und Ärmsten der Dritten Welt ausgehen wird, halten manche nach den Beschlüssen von Washington für eine offene Frage. Die neuen partizipativen Angebote von Bank und Fonds sind für die Zivilgesellschaften im Süden, wo es überhaupt politische Handlungsspielräume für sie gibt und dort wo sie organisiert und artikulationsfähig sind, eine erste Möglichkeit, sich in die Diskussion um langfristige Entwicklungsperspektiven und makroökonomische Grundfragen ihrer Länder einzumischen. Die Gratwanderung wird darin liegen, ob sie letztlich (doch nur) um die soziale Abfederung von Strukturanpassungsprogramme verhandeln oder das Definitionsmonopol des IWF ins Wanken bringen. Nach 20 Jahren mehr oder weniger negativer Erfahrungen mit den Austeritätsprogrammen des IWF dürfte das kritische Potenzial in einigen Ländern für eine solche grundsätzliche Auseinadersetzung gewachsen sein. Insofern bieten die Beschlüsse von Washington einen ersten Ansatzpunkt, die zaghaft begonnenen Diskussionen zu Reformen und Alternativen zur herkömmlichen Anpassungspolitik zu vertiefen. Mit einem quasi revolutionären Umbruch der IWF-Politik, wie ihn die BMZ-Spitze auch noch für sich reklamieren möchte, hat dies rein gar nichts zu tun.

▶ **Barbara Unmüßig** ist Vorsitzende von WEED (»Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung«).

Jurassic Park im EXPO-Land

Rückblick auf den 22. BUKO in Hannover

von **Christian Stock**

► Es gibt Momente, in denen man versucht ist zu glauben, der einzige Konsens der Linken bestehe in der Umsetzung der Maxime »Gemeinsam sind wir unausstehlich«. Neulich, beim Abschlußplenum des 22. Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), war es wieder einmal soweit. Selbstdarsteller aller Art ließen es sich nicht nehmen, jede vernünftige Debatte zu verhindern, und wurden bei diesem Ansinnen durch eine ungeschickt agierende Moderation bestärkt. Doch wer von den nicht zu Unrecht berüchtigten BUKO-Abschlussplena etwas anderes als Realsatire erwartet, ist selber schuld. Und so kann auch das diesmalige Desaster nicht darüber hinwegtäuschen, dass der BUKO 22, der anlässlich der bevorstehenden Weltausstellung unter dem Motto »Perspektiven gegen die schöne neue EXPO-Welt« in Hannover stattfand, im großen und ganzen eine gelungene Sache war. Zwar stand auch er im Zeichen der sich verschärfenden BUKO-Finanzkrise, doch die gefrustete Stimmung vergangener Jahre mochte unter den rund 300 BesucherInnen nicht so recht aufkommen.

Das lag an mehreren Faktoren. Mit der EXPO stand ein klar definiertes Herrschaftsprojekt im Mittelpunkt der Kritik; ein Projekt, in dem der »Kapitalismus des 21. Jahrhunderts« symbolhaft Gestalt annimmt, wie Moe Hierlmeier vom BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft in seinem Auftaktreferat festhielt.[1] Wenngleich der Schulterschluss zwischen Anti-EXPO-Initiativen, die sich an der Vorbereitung des Kongresses beteiligt hatten, und dem BUKO ausblieb und (noch) nicht an Bauzäunen gerüttelt wurde, war doch unübersehbar, dass die Fokussierung auf einen konkreten Gegner die offensichtlich auch in der linken Szene nötige Identitätsfindung fördert.

Ungewollt identitätsstiftend war auch die kurzfristig vor dem Kongress zurückgezogene finanzielle Unterstützung durch den evangelischen Ausschuss für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP), zu der dieser sich auf Grund von Protesten aus dem rechten Kirchenspektrum veranlasst sah. Insbesondere die im Kongress-Aufruf verwendete Formulierung »dieser Art von kritischem Dialog verweigern wir uns«, die sich gegen die Vereinnahmung kritischer Stimmen durch die Weichspüler-Diskurse der EXPO richtete, stieß auf Ablehnung. Zwar konnte der Zuschuss durch Gespräche gerettet werden, doch für die Zukunft sieht es trüb aus. Denn ob die Nachfolgeorganisation des ABP (der zum Jahresende abgewickelt wird) weiterhin linke internationalistische Strukturen wie den BUKO unterstützen wird, ist angesichts von Finanzmangel und zunehmenden Bedenken gegen radikale Kritik fraglich.

Dass dennoch ein wachsendes Selbstvertrauen beobachtbar war, liegt nicht unwesentlich am derzeitigen politischen Klima. Während die rotgrüne Bundesregierung die letzten Illusionen über die Möglichkeiten linker Politik im Parlamentarismus zerstörte und die Erlassjahrkampagne mit ihrer Anbiederung an die Verantwortlichen für die Schuldenkrise das Elend des NGO-Lobbyismus demonstrierte, liegt die (erneute) Attraktivität sozialer Bewegungen und außerparlamentarischer Opposition »in der Luft«, wie es ein Teilnehmer formulierte. Dass der BUKO seine frühere Rolle als Kristallisationspunkt der internationalistischen Szene wieder aufnehmen kann, ist zwar noch nicht ausgemacht, der gute Wille war aber allenthalben spürbar.

Ist der BUKO eine Soligruppe oder eine NGO?

Doch guter Wille alleine reicht nicht aus. Ob der BUKO wieder an Bedeutung gewinnt, hängt davon ab, ob die differenzierten und selbstkritischen Analysen etwa über gesellschaftliche Naturverhältnisse, Biopolitik oder feministische Modernisierung, die in den Arbeitsgruppen während des Kongresses erarbeitet wurden, auch in die Öffentlichkeit transportiert werden können. Doch dem steht nicht nur das Desinteresse dieser Öffentlichkeit entgegen, sondern auch das in Teilen des BUKO-Spektrums immer wieder auftauchende Ritual der Abgrenzung von allen, die nicht auf der eigenen Linie sind. Ein Beispiel: Die »Gruppe Landfriedensbruch« verstieg sich in einem Flugblatt über die diesjährigen Aktivitäten gegen EU- und Weltwirtschaftsgipfel zu folgender Verschwörungstheorie: »Die Kölner Aktionen (...) wurden von den Führungskadern der verschiedenen Bündnisse sehr bewusst so gestaltet, dass sie in der Sache erfolglos waren«. Mit derartiger Realitätsferne macht man es den Adressaten der notwendigen inhaltlichen Kritik am Verlauf der Anti-Gipfelaktivitäten allzu einfach, sich mit Abwehrreflexen zu immunisieren, und manövriert sich selbst in die Bedeutungslosigkeit.

Dass die Zeit solcher manichäischen Weltbilder mit ihrem simplen Gut-Böse-Strickmuster bei vielen BUKO-Aktiven zu Ende gegangen ist, zeigte sich in der Arbeitsgruppe »Von der Soligruppe zur NGO?« Wo noch vor wenigen Jahren die NGOisierung pauschal als Verrat an der Bewegung und als Reformismus gegeißelt worden wäre, setzte sich nun die Einsicht durch, dass die Organisationsform NGO an sich recht wenig über die von ihr vertretenen Inhalte aussagt. Schließlich ist auch der BUKO den formalen Kriterien nach eine NGO, und wer wollte bezweifeln, dass es zwischen NGOs wie Germanwatch und medico international entscheidende Unterschiede in der programmatischen und strategischen Ausrichtung gibt? Das oft zum Gegenpol der NGOs stilisierte Konzept der sozialen (Widerstands-) Bewegungen stieß ebenfalls auf Kritik. Bewegungen sind keineswegs der Hort herrschaftsfreier Diskurse, noch treten sie per se für emanzipatorische Veränderungen der Verhältnisse ein. Durch informelle Hierarchien oder reaktionäre Forderungen können sie weit hinter den Bewusstseinsstand vieler NGOs zurückfallen.

Ob der BUKO der NGO-isierte Dinosaurier einer vergangenen Bewegungskultur ist oder ein wichtiger Ort, an dem auch zukünftig kritische Standpunkte formuliert werden können, bleibt auch nach Hannover eine offene Frage. Die Nagelprobe findet im Herbst 2000 beim nächsten Kongress statt, der von der MAIA-G Berlin und dem BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft vorbereitet wird und die Welthandelsorganisation WTO zum Thema hat.

Anmerkungen:

1 Das lesenswerte Auftaktreferat und die Abschlußerklärung des 22. BUKO können angefordert werden bei: BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-42, 22765 Hamburg, Tel. 040/393156, email: bukohh@t-online.de, Internet: www.epo.de/buko

---

► **Christian Stock** ist Mitarbeiter im **iz3w**.

Was tun, wie solidarisch sein?...

► Nachdem bisher die Fallstricke emanzipatorischer Politik mit und in Bewegungen analysiert wurden, setzt sich der dritte Beitrag unserer Reihe mit der Kurdistansolidarität auseinander. Zwar wurde schon vielfach kritisiert, dass die Bilder, die die Solidaritätsbewegung von der kurdischen Gesellschaft und dem kurdischen Befreiungskampf vermittelt, oft mehr mit den eigenen Projektionen als mit der sozialen Realität zu tun haben. Die Kritik am »guten Volk im wilden Kurdistan« (iz3w 219) überträgt aber oftmals eigene, universalistisch gesetzte Werte auf andere Gesellschaften und schreibt somit Dominanzverhältnisse fest. Gleichzeitig wird ein neuer Mythos von »linken« – möglichst ideologiekritisch geschulten – MigrantInnen ins Leben gerufen. Der folgende Beitrag plädiert dagegen für eine Solidarität jenseits von revolutionsromantischen Projektionen und antinationaler Mystifizierung.

Solidarität an den Betroffenen vorbei?

Zur Rezeption der PKK in der bundesdeutschen Linken

von **Sabine Skubsch**

► Die antinationale Linke wirft der Kurdistansolidarität vor, zwischen einem »schlechten« Unterdrückernationalismus und einem »guten« Befreiungsnationalismus zu unterscheiden und damit den Charakter solcher Nationalkonstrukte zu übersehen, die innergesellschaftliche soziale Widersprüche verwischt und Fremde ausschließen. Die Kurdistansolidarität wiederhole die Fehler vieler sozialistischer Politiker, nationale Bewegungen nur bezüglich ihrer Funktion für die Revolution zu bewerten. Auch Marx und Engels hielten es nicht für notwendig, die sozialen Antriebskräfte des Nationalismus zu untersuchen. Der Nationalismus war Ausdruck eines Durchgangsstadiums, das es zu überwinden galt. Im Kommunistischen Manifest von 1848 heißt es: »Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander.«

Nationale Befreiung gegen Ethnisierung

► Die Bedingungen kolonialer Ausbeutung zwangen die Befreiungsbewegungen zu einer Gratwanderung zwischen dem Kampf gegen den Imperialismus und gegen die soziale Ungleichheit innerhalb der eigenen Gesellschaft. Vom Imperialismus wurden sie zu »Unmündigen« erklärt und gingen gegen diese Fremdbestimmung auch Bündnisse mit tribalen, feudalen oder nationalen Eliten ein. Im Kampf um soziale Befreiung eigneten sie sich westliche Konzepte wie Aufklärung und Sozialismus an. Der Theoretiker der algerischen Revolution, Fanon, wollte den Kampf gegen den französischen Kolonialismus genauso wie gegen Ethnisierung und Tribalismus führen – mit dem Konzept der algerischen Nation zur Mobilisierung der Massen. Im Marxschen Sinne sah er sie als ein Durchgangsstadium auf dem Weg zum eigentlichen Ziel, der sozialen Befreiung. Aber gerade die Konstruktion einer homogenen Nation trug dazu bei, die sozialen und politischen Widersprüche innerhalb der Nation zu verwischen, statt sie zu lösen.

Auch die PKK bezieht sich auf das Konzept von Fanon. Gegen den Kolonialismus des türkischen Staates und die feudalistischen Strukturen der kurdischen Gesellschaft mobilisiert sie mit der Idee der kurdischen Nation. Einerseits kämpft sie für sozialistische Ziele und für eine Modernisierung der kurdischen Gesellschaft, andererseits konstruiert sie den kurdischen Nationalismus in Konkurrenz zum türkischen. Zur Stützung einer nationalen Identität reproduziert das PKK-Programm Mythen wie die Abstammung von den Medern und eine jahrhundertelange »Unterwerfung unter eine permanente Tyrannei und Okkupation«. Die nationale Frage wird als Hauptwiderspruch und Voraussetzung für die Lösung gesellschaftlicher Widersprüche benannt.

Allerdings hat der zwei Jahrzehnte dauernde Befreiungskampf die kurdische Gesellschaft nachhaltig verändert. Feudalistische Strukturen wurden durch militärischen und ideologischen Kampf zurückgedrängt. Aufklärerische und emanzipative Gedanken gelangten bis ins letzte Dorf. Die untersten sozialen Schichten der kurdischen Gesellschaft, auf die der Erfolg der PKK aufbaute, wurden politisch gestärkt. Parteien und Gewerkschaften konnten sich bilden.

Gerade diesen Punkt übersieht die »antinationale« Kritik. Ihr nur an den Ideologien einer Metropolenlinken orientiertes Weltbild macht sie unsensibel für sozialen Wandel innerhalb anderer Kontexte. Der Verlust der Integrationskraft sozialistischer Konzepte nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus hat zwar die nationalen Tendenzen gestärkt; allerdings gab die PKK den Anspruch auf einen eigenen kurdischen Staat auf und erkennt im Parteiprogramm von 1995 ausdrücklich die sozio-politischen Differenzierungen zwischen den Kurden, die in den verschiedenen Staaten leben, an. In seiner Verteidigungsrede vor dem türkischen Gericht hat sich Öcalan nochmals ausdrücklich von der Idee eines eigenen kurdischen Staates distanziert. Darüber hinaus erteilte er kurdisch-nationalistischen Standpunkten eine schroffe Absage. Sein vorgetragenes Konzept der »Demokratisierung der Türkei« deutet darauf hin, Lösungen innerhalb der bestehenden Gesellschaft der Türkei zu suchen, statt partikulare kurdische Lösungen.

Schlechtes Volk – guter Migrant?

► Während die Vietnambewegung nie einen leibhaftigen Vietnamesen zu Gesicht bekam, konfrontieren die kurdischen MigrantInnen in Europa jede und jeden »Solidarischen« mit der ganzen Widersprüchlichkeit dieser Bewegung. Ein Sommerabend in einem kurdischen Dorf spricht viele Sehnsüchte eines Stadtmenschen an, wobei die unzureichenden hygienischen Verhältnisse und die Armut schon mal übersehen werden können. Aber MigrantInnen, die in erster Linie mühsam ihr Überleben in einer Gesellschaft sichern, die ihnen keinen Platz geben will, und die meinen, ihre Würde nur in einem verzweifelten Festhalten an alten Traditionen erhalten zu können, eignen sich nicht für romantische Projektionen.

Stellt man fest, dass das eigene Bild nicht stimmt, gibt es zwei Möglichkeiten: Man revidiert es, oder man wendet sich von dem Objekt ab, das dem Bild nicht entspricht. Sich enttäuscht abzuwenden scheint vielen



Solidarität nur mit »linken« MigrantInnen?
Foto: U. Moschner / version

offensichtlich der einfachere Weg zu sein. Wer Schuld hat, ist klar. Sie liegt bei denen, die den »Fehler« gemacht haben, dem Bild nicht zu entsprechen.

Der »antinationalen« Kritik ist die Schwäche jeder sich radikal universalistisch gebärdenden Theorie inhärent. Sie ist nicht in der Lage, sozio-kulturelle Unterschiede zu interpretieren und überhöht die universale Legitimation dominanter Kulturen. Auch die angestrebte Universalkultur eines »kosmopolitischen Kommunismus« (gruppe demontage) wird letztlich die Merkmale der Kultur tragen, die sich durchgesetzt hat. Der Kulturuniversalismus treibt zwar den Ethnozentrismus mit dem Argument aus, es gebe keine naturbedingte Verschiedenartigkeit der Ethnien; über die Hintertür der Aufklärung, der Modernitätsdifferenz oder der feministischen Kritik wird er aber wieder hereingelassen.

Auch universalistische Paradigmen rechtfertigen Unterdrückung. Von einer sich als »deutsch« konstruierenden Mehrheit wird die Zurückweisung der »Anderen« weniger nationalistisch als mit Modernitätsdifferenz begründet. Der türkische Kemalismus rechtfertigt die Repressionen gegenüber der kurdischen Bevölkerung als einen Kampf, der im Namen der Moderne gegen den »rückständigen« kurdischen Nationalismus geführt werden muss. Joschka Fischer lässt Ex-Jugoslawien im Namen von Demokratie und Menschenrechten bombardieren. Universalistische Maßstäbe werden zur Rechtfertigung einer aggressiven Außenpolitik der westlichen Welt herangezogen. Der Feminismus wird bei der Beurteilung anderer Gesellschaften auch von denen zur universalen Norm erhoben, die sich dessen Kritik in ihrem persönlichen Leben nicht stellen wollen.

Der Antinationalismus nimmt einen spezifischen Diskurs, der in einem Segment einer diffundierenden Linken in der Bundesrepublik geführt wird, zum Maßstab, die Welt zu beurteilen. Wir müssten uns fragen, so Birgit Rommelspacher, inwieweit auch unsere Befreiungsphantasien von Dominanzwünschen getragen sind. Die »antinationale Linke« bewertet die traditionelle kurdische Gesellschaft nach Maßstäben, die aus der Kritik moderner Gesellschaften entstanden sind. Damit bestärkt sie letztendlich Machtverhältnisse, die sich auf die Überlegenheit moderner Gesellschaften berufen. Unfähig die PKK im Kontext widersprüchlicher sozialer Prozesse zu analysieren, fordert die »gruppe demontage« in ihrer Abrechnung mit dem »Mythos nationaler Befreiung«, Solidarität »an der PKK vorbei zu üben«.

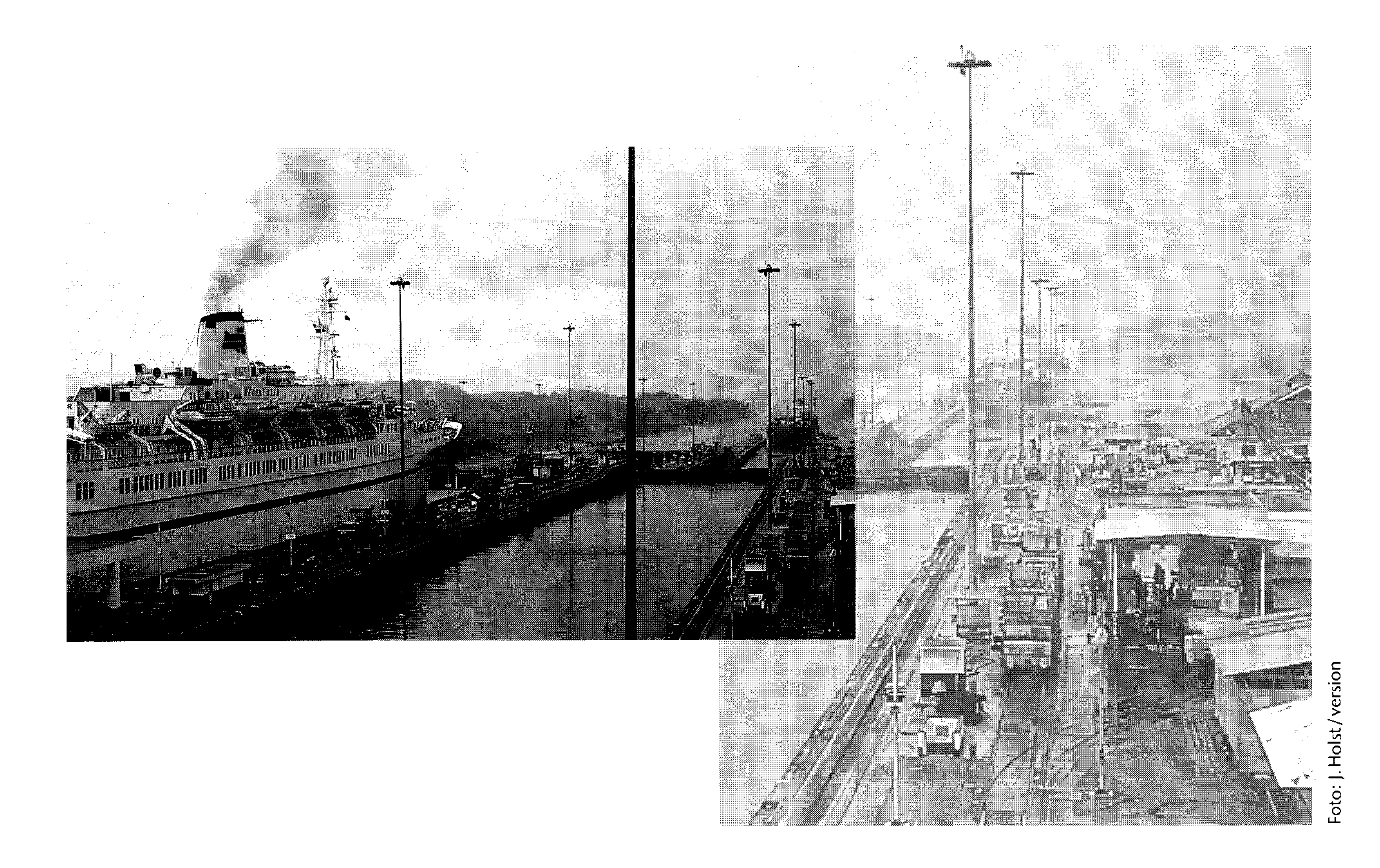
Wie kann Solidarität aussehen?

▶ Nun fragt man oder frau sich, wie man denn Solidarität mit einer kolonial unterdrückten Bevölkerungsgruppe üben soll, ohne sich auf die Betroffenen zu beziehen. Dieses Dilemma offensichtlich erkennend, schafft sich die »gruppe demontage« einen kurdischen Migranten »nach ihrem Bilde«. Da ist die Rede von »politisch aktiven Flüchtlingen« oder gar von »linken MigrantInnen und Flüchtlingen ..., die sich politisch nicht über eine ethnische Zuschreibung definieren« oder von »anderen Linken außerhalb der PKK«. Während eine antiimperialistische Linke dazu neigte, Befreiungsbewegungen zur Projektionsfläche ihrer revolutionsromantischen Träume zu erheben, so füllen diesen Platz bei der »antinationalen Linken« die MigrantInnen. Um das Wohlwollen der Linken zu erheischen, sollten diese MigrantInnen sich wahrscheinlich »antinational«, »antiidentitär« und feministisch präsentieren. Jede und jeder, der oder die erfolgreich das Nadelöhr linker politischer Wertvorstellungen durchschritten hat, wird mit uneingeschränkter Solidarität rechnen können.

Solidarität sollte, da sind sich die antinationale Linke und die Kurdistansolidarität ausnahmsweise einig, an gemeinsamen Zielen entwickelt werden: Gegen die deutsche Türkeipolitik in Bezug auf Kurdistan, gegen die Repression im Zusammenhang mit dem PKK-Verbot sowie gegen Abschiebungen. Allerdings sollte sie darüber hinaus kurdischen Organisationen ein Forum bieten, die durch die Kriminalisierung weitgehend vom gesellschaftlichen Diskurs ausgeschlossen werden. Auch dies hat zu einer Verstärkung nationalistischer Positionen unter kurdischen MigrantInnen geführt.

Eine Solidaritätsbewegung muss sich ständig selbst reflektieren, um zu überprüfen, inwieweit sie dominante Werte oder Projektionen aufzwingt. Da das – wie die Debatte zeigt – im eigenen »Saft« nicht gelingt, plädiere ich für den Aufbau realer Beziehungen zu kurdischen Gruppen und Einzelpersonen in der Bundesrepublik, der Türkei oder Kurdistan. Eine Vernetzung zwischen GewerkschafterInnen, Jugendgruppen aus Kurdistan und der Bundesrepublik oder zwischen linken Gruppen und kurdischen Selbsthilfeorganisationen könnte einen realen und kontinuierlichen Dialog herstellen sowie über konkrete Projekte das Verständnis für einander fördern; darüber hinaus wäre es ein Korrektiv für ideologisierte Projektionen.

▶ **Sabine Skubsch** ist seit langem in der Kurdistansolidarität aktiv und arbeitet an einer Dissertation über kurdische MigrantInnen in der Bundesrepublik.


Foto: J. Holst/version

Stühle-Rücken am Canale Grande

Panamas Weg in die formelle Unabhängigkeit

von **Holger Henke**

Ende diesen Jahres wird eine der letzten kolonialen Besitztümer der USA in die Souveränität entlassen: Zumindest formal gehört der Panamakanal dann zu Panama. Doch die hegemoniale Vormachtstellung und vertragliche Verpflichtungen werden den USA auch weiterhin die Nutzung des Schifffahrtsweges sichern. Panama erwartet zwar Mehreinnahmen durch den Kanal, doch es kommen auch erhebliche Kosten auf das mittelamerikanische Land zu, denn die US-Militärs hinterlassen in der Kanalzone ökologisch riskantes Material.

▶ Mit dem Land Panama wird meist sofort der gleichnamige Kanal verbunden. Dieser bestimmt seit seiner Vollendung im Jahre 1914 das wirtschaftliche, soziale und politische Leben des mittelamerikanischen Landes. Die Auseinandersetzungen um die sogenannten Kanalverträge sind ein schwieriges Kapitel in den Beziehungen zwischen den USA und Lateinamerika. Durch den Kanalvertrag von 1903 hatten sich die USA zeitlich unbegrenzte Nutzungs- und Hoheitsrechte über den Kanal und eine 10 Meilen breite Kanalzone gesichert. Mit der Durchsetzung des sogenannten Carter-Torrijos Vertrags von 1979 – benannt nach den damaligen Staatsoberhäuptern – geht jetzt zumindest formaljuristisch eine fast hundertjährige Periode zu Ende, in der Panama über einen Teil seines Territoriums nicht bestimmen konnte. Der Vertrag war das Ergebnis längerer, heftig geführter Verhandlungen. Er sieht vor, dass die USA am 31. Dezember 1999 ihre Militärbasen in der Kanalzone räumen und die Souveränitätsrechte an Panama übertragen, auch wenn die USA im nächsten Jahrtausend die Verteidigung des Kanals weiter mitgarantieren werden.

Souveränität unter US-Hegemonie

▶ Der Staat Panama ist selbst ein Ergebnis der Großmachtpolitik der Vereinigten Staaten, die beabsichtigten, die von den Franzosen unter dem Suezkanal-Ingenieur Ferdinand de Lesseps im Jahre 1879 begonnene, später jedoch wieder abgebrochene Konstruktion des Kanals zu Ende zu führen. Der Bau eines Kanals in Mittelamerika war das wichtigste Projekt amerikanischer Großmachtinteressen um die Jahrhundertwende. Pläne für eine Verbindung zwischen den beiden Ozeanen reichen zwar bis in die spanische Kolonialzeit zurück. Doch erst als gegen Ende des 19. Jahrhunderts der Aufstieg der USA von einer regionalen Macht zu einer nach Ost und West expandierenden Weltmacht begann, wurde die Vision einer interozeanischen Verbindung zum geopolitischen Leitmotiv. Der Machtpolitiker Theodore Roosevelt wusste um die strategische Bedeutung einer direkten Seeverbindung unter amerikanischer Kontrolle zwischen der amerikanischen Ost- und der Westküste, und U.S.-Präsident Rutherford B. Hayes hatte bereits am 8. März 1880 absolut unzweideutig festgestellt: »Die Politik dieses Landes ist ein Kanal unter amerikanischer Kontrolle.« Eine Reihe von militärischen Interventionen zum »Schutz amerikanischer Interessen und Eigentums« gegen Ende des 19. Jahrhunderts in der damals noch zu Kolumbien gehörenden Provinz Panama bereitete den Weg für dieses Vorhaben.

Als die kolumbianische Regierung und das kolumbianische Parlament angesichts öffentlichen Widerstands gegen den Hay-Herrán-Vertrag, der die Übergabe des Kanalgebiets an die Amerikaner regeln sollte, die Ratifizierung verzögerten, platzte Roosevelt der Kragen: »Über Kolumbien so zu sprechen, als sei es eine verantwortungsbewusste Macht, mit der wir so verhandeln müssten wie mit Holland, Belgien oder Dänemark, ist einfach absurd. Es handelt sich vielmehr um Banditen wie die Sizilianer oder Kalabresen...« Kurzerhand unterstützten die USA den Aufstand einer kleinen Sezessionsbewegung in der kolumbianischen Provinz Panama und seg-

neten das Ergebnis bereits wenige Tage später, am 6. November 1903, ab. Zum Dank für die von den USA erhaltene Unabhängigkeit bot der (französische) Botschafter des neuen Landes Panama, Philippe Bunau-Varilla, den USA an, aus dem eben erst unabhängig gewordenen Land ein Protektorat der USA zu machen. In dem nach ihm und dem US-Außenminister benannten Hay-Bunau-Varilla Vertrag von 1903 verpflichteten sich die USA, Panamas Unabhängigkeit zu garantieren. Als Gegenleistung dafür bekamen sie Kontrolle und Hoheitsrechte über den Kanal und eine zehn Meilen breite Kanalzone auf unbegrenzte Zeit zugesprochen.

Der Bau und die amerikanische Kontrolle über den Panamakanal haben bewirkt, dass das Land eine umfassende strukturelle Abhängigkeit zu den USA entwickelte. Bereits im Zweiten Weltkrieg, vor allem aber im Kalten Krieg, wurde der Kanal zum militärisch-strategischen Objekt, zur sogenannten Achillesferse der USA. Zwar kostete die Präsenz in der Kanalzone von 1904-1970 knapp fünf Milliarden Dollar, andererseits sparten die USA für die Zeit von 1914-1970 schätzungsweise 11 Milliarden, weil für die stationierten Militärs keine Benutzungsgebühren für den Stützpunkt anfielen. Für Panama selbst brachte der Kanal nur sehr geringe direkte Einnahmen. Vertraglich festgelegt war lediglich eine jährliche Pachtgebühr von 250.000 Dollar. Diese wurde 1935 auf 430.000, 1955 auf 1,93 Millionen und 1976 auf 2,32 Millionen US-Dollar angehoben. Doch dies war keine finanzielle Basis für die wirtschaftliche Entwicklung Panamas.

Die US-Armee hinterlässt Bomben, Granaten und chemische Waffen

Die Abhängigkeit vom Kanalgeschäft einerseits und von den USA andererseits hatte im Gegenteil zur Folge, dass sich die Wirtschaft Panamas im 20. Jahrhundert wenig differenziert entwickelte. Die wichtigsten Wirtschaftssektoren waren die Landwirtschaft, das Bankenwesen, der öffentliche Dienst, der Handel und die verarbeitende Industrie, allesamt stark konjunkturanfällige Geschäftszweige. So war und bleibt die soziale Struktur Panamas durch die für die meisten Länder der Dritten Welt typischen extremen wirtschaftlichen Ungleichgewichte und sozialen Disparitäten geprägt. Auch die politische Stabilität stellte sich weniger über demokratische Legitimation als vielmehr militärisch her. Von Omar Torrijos Herrera bis zur diktatorischen Herrschaft des – anfangs vom CIA unterstützen und 1989 durch die Invasion der Amerikaner abgesetzten – Generals Manuel Noriega wurde die politische Macht in Panama regelmäßig zwischen den Militärs bzw. der Nationalgarde und den zumeist Sonderinteressen vertretenden Politikern verteilt. Und immer wachten die USA darüber, dass ihre Kanalinteressen geschützt waren.

Im Laufe der Jahre wuchs die Kritik an der Abhängigkeit des Landes. Der internationale Druck auf die USA stieg, die Souveränitätsrechte wieder an Panama zurückzugeben. Im Jahre 1960 führte dies zunächst zu einer Anerkennung der Souveränität Panamas über die Kanalzone und drei Jahre später – auf Grund öffentlicher Unruhen und Versuche, die panamaische Flagge in der Kanalzone zu hissen – zu einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Panama und den USA. Wenig später kam es dann zu dem erwähnten Carter-Torrijos Vertrag.

Oh wie schön ist Panama?

► Für die Weltmacht USA bedeutet die bevorstehende Rückgabe nun keinesfalls einen materiellen oder symbolischen Verlust. Ihre Hegemonialstellung im wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bereich schließt praktisch aus, dass der Zugang zum Kanal für die USA und den Westen durch Panama behindert wird. Die wirtschaftliche Abhängigkeit, die sich im Rahmen der Globalisierung verschärft, stellt auch in Zukunft sicher, dass der Kanal für die 'vitalen' Interessen der USA geöffnet bleibt. So hatte man bereits zur Zeit des Vertragsabschlusses wirtschaftliche und finanzielle Hilfe der USA in Höhe von 345 Millionen Dollar vereinbart. Die gegenwärtige neoliberale Wirtschaftspolitik Panamas trägt nach Einschätzungen von Roberto Méndez, Wirtschaftswissenschaftler an der Universität von Panama, wenig zu einer Lösung der Probleme des Landes bei. Sie habe vielmehr zu »massiven Entlassungen, zu derselben oder noch schlechterer Qualität von Produkten und Dienstleistungen und höheren Preisen« geführt.[1]

Auch in politischer Hinsicht ist Souveränität heute weniger relevant als noch vor 20 Jahren. Anders als zur Zeit der militärischen Rücknahme des Suezkanals durch Ägypten ist die Souveränität über den Panamakanal heute mit dem politischen Management komplexer Interdependenzen verbunden und hat nichts mehr mit einer unabhängigen nationalen Kursbestimmung zu tun. Entsprechend der neuen Globalisierungslogik gilt, dass heute die meisten Entscheidungen über den Kanal von Reaktionen anderer Nationen und Benutzer des Kanals abhängen. So verpflichtete sich Panama vertraglich, seine Passiergebühren »gerecht, vernünftig, unparteiisch und in Übereinstimmung mit den Prinzipien des Internationalen Rechts« festzulegen. Es ist daher auch nicht überraschend, dass die Gesellschaft, die den Kanal betreibt, eine Nichtprofitorganisation ist. Letzte Zweifel am Risiko der Kanalrückgabe dürften durch den Präzedenzfall der 89er Invasion ausgeräumt worden sein, mit der die USA der diktatorischen Herrschaft General Noriegas ein Ende bereiteten. Hier wurde ein Exempel statuiert, wenn auch – im Sinne des internationalen Rechts – mit fragwürdigen Mitteln.

Gefährliches Erbe

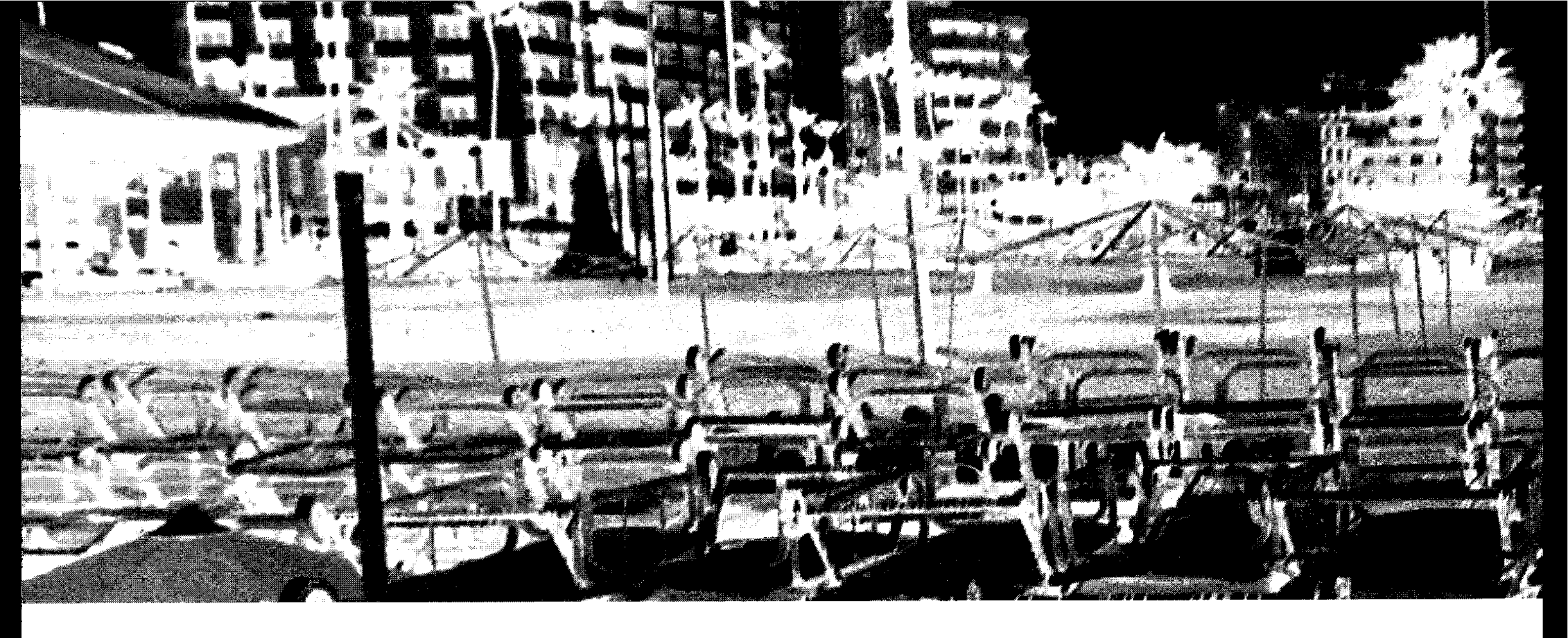
► Mit der Rückgabe des Kanals sind jedoch noch lange nicht alle Streitpunkte zwischen den USA und Panama aus dem Wege geräumt. In vielerlei Hinsicht beginnen für Panama die Schwierigkeiten jetzt erst richtig. Ähnlich wie die Sowjetarmee im ehemaligen Ostblock hinterlässt auch die US-Armee ein ganzes Arsenal ökologisch und anderweitig gefährlicher Restbestände in der Kanalzone: Bomben, scharfe Granaten und chemische Waffen, deren Beseitigung Millionen Dollar kosten wird. Obwohl die USA vertraglich zur Beseitigung verpflichtet sind, sieht es nach Angabe von Robert Pastor, Lateinamerikaspezialist und früherer Mitarbeiter von Präsident Carter, so aus, als ob »die gegenwärtige Regierung sich leise in die Nacht davonzustehlen versucht.«[2] Panama wird von den »Beseitigungsmaßnahmen« ausgeschlossen und auch nicht darüber informiert, an welchen Stellen vergrabene chemische Waffen vermutet werden. Eine Militärstudie von 1997 fand im Grundwasser eine Menge der krebserregenden Chemikalie TCE, die die in den USA festgelegten Höchstwerte um ein zwanzigfaches übersteigt. Dennoch planen die amerikanischen Militärs nur einen geringen Bruchteil (524 Morgen) der von ihnen verseuchten Fläche von insgesamt über 18.000 Morgen zu reinigen. Im Oktober 1998 gaben sie Panama 30 Tage Zeit, diesen Plan zu kommentieren. Panama insistierte natürlich auf einer kompletten Säuberung des Areals. Sowohl das Pentagon als auch der amerikanische Kongress dürften sich jedoch weiterhin weigern, einer umfangreichen Säuberung der Militärbasis zuzustimmen. Dass die Regierung Panamas nicht energischer auf einer Beseitigung des amerikanischen Militärmülls besteht, kann als ein Indikator für das Ausmaß der informellen Kontrolle der Amerikaner betrachtet werden.

Anmerkungen:

1 Méndez, Roberto N., »Neoliberalism and Demagogy.« in Panamá Update 25, December 1998, S.5.

2 Lindsay-Poland, John, »Sneaking Off into the Night.« in Panamá Update 25, December 1998, S.1.

► **Holger Henke** ist Research Fellow des Caribbean Research Center der City University of New York (Medgar Evers College). Er hat an der University of the West Indies (Kingston, Jamaika), am Hunter College und Iona College unterrichtet.
Kontakt: hhenke@ix.netcom.com



Kampagnen für Nullwachstum

Bevölkerungspolitik und Frauennetzwerke

von **Susanne Schultz**

6 Milliarden – diese Zahl ist das Motto des Weltbevölkerungsfonds der UNO (UNFPA) für das Jahr 1999. Fünf Jahre nach der Weltbevölkerungskonferenz 1994 in Kairo markiert die Kampagne zur »Geburt des 6-milliardsten Erdenbürgers« die Rückkehr zu einer offen bevölkerungspolitischen Rhetorik und zur Mobilisierung der öffentlichen Meinung durch Katastrophenszenarien.

► Seit Kairo hatte sich das internationale »Population Establishment« zumindest rhetorisch in der Betonung von Frauenrechten geübt, die Allianz mit liberalen Frauengesundheitsnetzwerken gefeiert und immer wieder offiziell von demographischen Zielvorgaben abgeschworen.

In den USA äußern sich die Strategen des Konsens von Kairo, d.h. diejenigen BevölkerungspolitikerInnen, die den Zusammenschluss des reformistischen Flügels des »Population Establishment« mit liberalen Teilen der internationalen Frauengesundheitsbewegung gefördert haben, so auch eher peinlich berührt zu den offen demographischen Verlautbarungen der Kampagne. Diese wird von Organisationen wie »Zero Population Growth« in den USA inzwischen auch abgekürzt Y6B (in Anlehnung an das für die Jahrtausendwende erwartete Computerchaos Y2K) genannt.

Einen entscheidenden argumentativen Baustein lieferten die »unmet needs« die – unter Demographen selbst umstrittenen – Statistiken über den weltweiten ungedeckten Bedarf an Verhütungsmitteln und daraus hergeleiteten Berechnungen über ungewollte Schwangerschaften. Das paradoxe Motto ist: bevölkerungspolitische Ziele als Regierungsplanziele abzuschaffen und statt dessen auf die Deckung des individuellen Bedarfs an Verhütungsmitteln zu setzen.

Die Forderungen von Frauen nach reproduktiver Selbstbestimmung und staatliche Bevölkerungspolitik seien damit kein Widerspruch mehr. Die Formel der »unmet needs« diente dem »Population Establishment« dazu, sich als VorkämpferInnen der Frauenbewegung darzustellen, und ist die Basis für die Erfolgsmeldung, dass der weltweite Rückgang der Geburtenraten in den letzten Jahrzehnten den Familienplanungs-Programmen zuzuschreiben sei. Statt zunehmend komplexerer sozialtechnokratischer Analysen der Demographie über den Zusammenhang aller möglicher sozialer, ökonomischer und kultureller Faktoren mit dem »reproduktiven Verhalten« gilt mit den »unmet needs« wieder die einfache Formel: Je mehr Verhütungsmittel, desto weniger Geburten.

Die Statistiken über den Rückgang der Geburtenraten von weltweit 4,9 Kindern pro Frau (1965/70) auf 2,7 (1995/2000) [1] – waren nach der Kairoer Konferenz und nach einigen Revisionen der Bevölkerungsprognosen durch den UNFPA veröffentlicht worden und führten dazu, dass das Bevölkerungswachstum in heutigen Medienberichten nicht mehr mit exponentiell, sondern nur linear steigenden und in einigen Jahrzehnten abflachenden Kurven illustriert wird.

Gerade die Verbreitung dieser »Erfolgsmeldungen« und nicht eine mögliche Gefährdung des Kompromisses von Kairo scheint der UNFPA jetzt als das entscheidende Problem anvisiert zu haben. Das zentrale Anliegen der »six-billion campaign« besteht darin, die Angst über das weiter anhaltende Bevölkerungswachstum zu schüren und die Geldgeber zu motivieren, mehr Geld zu investieren. Denn nach einer massiven Ausweitung der internationalen Finanzierung für Bevölkerungspolitik bis Mitte der neunziger Jahre, haben Sparprogramme in den entwicklungspolitischen Haushalten vieler Industrieländer zu Kürzungen geführt.

Die Argumentation der »six billion campaign« kapriziert sich in ihren Katastrophenszenarien insbesondere auf das sogenannte »population momentum«: eine sehr große Anzahl Jugendlicher – geboren noch in Zeiten hoher Geburtenraten – erreiche in den nächsten Jahren das »reproduktive Alter« und stelle weiterhin eine demographische Bedrohung dar. Die Konzentration der Kairo-Nachfolgekonferenzen in der ersten Hälfte diesen Jahres (Kairo+5) auf diesen »youth factor« und auf Sexualaufklärung und Verhütungsmittel für Jugendliche hat so keinen humanitären, sondern einen strategisch demographischen Hintergrund. Und so ist es auch nicht verwunderlich, dass – wie der Senior Advisor des Population Program der Weltbank, Tom Merrick, in einem Interview erwähnt – auch gesundheitsgefährdende Langzeitverhütungsmittel wie Norplant als Angebot für Jugendliche diskutiert werden.[2]

Noch Raum für Lobby-Politik?

► Welche Schlussfolgerungen zieht die internationale Frauengesundheitsbewegung aus der Abschwächung des Reformdiskurses und der Wiederbelebung neomalthusanischer Katastrophenszenarien im six-billion-day? Für diejenigen, die den Konsens von Kairo skeptisch bis ablehnend beobachtet





Foto: R. Maro / version

hatten und sich dementsprechend während der Nachfolgekonferenzen Kairo+5 in diesem Jahr nicht mehr in der Frauenlobby der Konferenzen engagierten, ist die Kampagne nicht Ausdruck eines Bruches, sondern eher einer Kontinuität. Das »Committee Women, Population and Environment« – ein Netzwerk kritischer Aktivistinnen vor allem in den USA – sieht im six billion day die Bestätigung einer unversöhnlichen »ideologischen Schizophrenie«, die seit dem Konsens von Kairo nur verdeckt habe, dass Bevölkerungskontrolle weiter das zentrale Anliegen der internationalen Investitionen ist.

Sich frauenfreundliche Versprechungen in die Tasche lügen

In einem Protestbrief gegen die Kampagne erklären sie: »Es handelt sich nicht nur um einen definitiven Schritt weg von Strategien, die Gender- und Entwicklungsfragen in den Vordergrund gestellt hatten, es zeigen sich darin auch die Widersprüche, die es beinhaltete, progressive Inhalte mit Bevölkerungskontrolle zu verbinden.« Dieser Protestbrief wurde auch von dem Women´s Global Network for Reproductive Rights mit Sitz in Amsterdam veröffentlicht – ein großes internationales Frauengesundheitsnetzwerk, das auch auf dem Forum der NGOs zu Kairo+5 im Februar in Den Haag bereits seine Kritik an neomalthusianischen Kontinuitäten geäußert hatte und sich in Distanz zum Konferenzgeschehen bewegt.

Diejenigen Organisationen, die sich dagegen für ein Festhalten am Konsens von Kairo und für eine Zusammenarbeit mit dem »Population Establishment« stark machen, sehen weiterhin keinen Anlass dafür, ihre Strategie zu überdenken. Organisationen wie die International Women´s Health Coalition (IWHC), Development Alternatives with Women for a New Era (DAWN) oder Women´s Environment and Development Organization (WEDO) betonen weiterhin die fortschrittlichen Elemente des Kairoer Aktionsprogramms als Ansatzpunkte für Lobbyarbeit und die Möglichkeit von Frauen-NGOs, in »partnership« mit der »Population Lobby« zu arbeiten. Neben der offiziellen Ächtung von vorgegebenen Zielquoten ist es vor allem der Ansatz einer breiten reproduktiven Gesundheitsversorgung, den sie im Aktionsprogramm von Kairo weiterhin für unterstützenswert und ausbaufähig halten. Dass sie zum six billion day schweigen oder wie das »Committee of Reproductive Lay and Policy« (New York) eine Erklärung herausgeben, die sich nicht wesentlich von dem »frauenfreundlichen« Teil der Rhetorik der UNFPA unterscheidet – mag sicherlich auch mit der finanziellen Abhängigkeit der Frauennetzwerke von den großen Privatstiftungen des »Population Establishment« und dem UNFPA selbst zusammenhängen.

Obwohl WEDO und DAWN im Rahmen von Kairo+5 durchaus kritische Berichte über die Bevölkerungspolitiken in verschiedenen Ländern veröffentlichten [3], war die Haltung der Frauenlobby während der UN-Sondergeneralversammlung Anfang Juli in New York dennoch nicht von Protestaktionen geprägt, sondern eher von einem Schulterschluss mit den VertreterInnen von Bevölkerungs- und Familienplanung in Verteidigung der Kairoer Errungenschaften – gegen den konservativen Block von GegnerInnen jeglicher Verhütungsmittelangebote und Abtreibungsmöglichkeiten.

Die wichtigste Protestaktion der für die Lobbypolitik gegründeten »Women´s Coalition« bezog sich so auch nicht etwa auf Menschenrechtsverletzungen im Rahmen von Bevölkerungsprogrammen nach Kairo, sondern auf die Geldverschwendung der UNFPA bei der Ausrichtung der Konferenz. Bezeichnenderweise war es nicht die Frauenlobby, sondern die konservative Schwester des guatemaltekischen Präsidenten, die mit Hinweisen über Zwangssterilisationen in Peru für einen kleinen Skandal sorgte.

Zwang statt »reproduktiver Rechte«

▶ Letztendlich legen die Berichte der Lobbyistinnen nahe, dass die Reformversprechen von Kairo weitgehend nicht eingehalten wurden. Auch nach Kairo gab es in vielen Ländern international finanzierte Bevölkerungskontroll-Programme, die zu Menschenrechtsverletzungen und Zwangsmaßnahmen führten. Eklatantestes Beispiel war das Sterilisationsprogramm in Peru von 1996 bis 1998, das von Angestellten des öffentlichen Gesundheitssystems unter Drohung von Kündigungen eine bestimmte Quote an Sterilisationen abverlangte. *(siehe auch iz3w Nr. 237)*

Auch aus Mexiko berichtete die Nationale Kommission für Menschenrechte über massive Sterilisationskampagnen und viele Fälle von Zwangsmaßnahmen.[4] Und in Hyderabad, Indien, protestierte Anfang 1999 eine Gruppe von NGOs dagegen, dass sie durch ein Weltbankprogramm unter Druck gesetzt wurden, innerhalb eines Monats 22.000 »Acceptors« von Familienplanungsdiensten in ihren Distrikten zu werben – das Programm operierte mit finanziellen Anreizen ebenso



wie mit Drohungen, etwa die Wasserversorgung der Slumviertel zu unterbrechen.

Ein weiteres Indiz für den Vorrang demographischer Ziele vor den Menschenrechten von Frauen ist die große Bedeutung, die in den Programmen der UNFPA langfristig wirkenden Verhütungsmethoden – insbesondere Norplant und der Dreimonatsspritze Depo-Provera – zukommt.

Abgesehen von Zwangsmaßnahmen in einzelnen Ländern, die von den finanzierenden Institutionen gerne als bedauernswerte Einzelfälle oder mit dem »Übereifer« der jeweiligen lokalen Behörden begründet werden, müssten sich die Kairoer Reformen auch an dem selbstgesetzten Anspruch einer breiteren reproduktiven Gesundheitsversorgung messen lassen – dem wesentlichen Erfolg der Frauenlobby in den Formulierungen des Aktionsprogramms. Damit sind Programme gemeint, die die Vorsorge und Behandlung von Geschlechtskrankheiten sowie Schwangerschaftbetreuung und Geburtshilfe integrieren.

Insbesondere das Thema Müttersterblichkeit schmückt seit Kairo fast jede Broschüre des Bevölkerungsestablishments – allerdings mit einer zweideutigen Botschaft: Unklar bleibt, ob mit dem Kampf gegen Müttersterblichkeit nicht vorrangig die Verhinderung von Schwangerschaften gemeint ist – mit der bestechenden Logik, dass eine nicht schwangere Frau auch nicht an Schwangerschafts- oder Geburtskomplikationen sterben kann.

Selbst die Weltbank, die bereits 1987 die Kampagne »Safe Motherhood« initiierte, gibt in einer Evaluierung zu, dass von 150 Familienplanungs- und reproduktiven Gesundheitsprogrammen nur 29 eine Komponente für Geburtshilfe hatten.[5] Bevölkerungsprogramme sind also weiterhin im wesentlichen Programme zur Verteilung von Verhütungsmitteln. Ohne Analyse der neomalthusianischen Motive wirkt es da hilflos, wenn Pro-Partnership-Organisationen wie zum Beispiel DAWN in ihrer Studie zu Kairo+5 diese Missverhältnisse aus der »Trägheit der Institutionen«, »konzeptionellen Unklarheiten« und »religiösen und kulturellen Widerständen« erklären.[6]

Medikalisierung der Bevölkerungskontrolle?

▶ Angesichts der in allen Studien der Frauen-Netzwerke angesprochenen Verschlechterung und Verteuerung der öffentlichen Gesundheitssyteme u.a. durch von der Weltbank vorangetriebene Strukturanpassungsmaßnahmen halten es Kritikerinnen des »reproductive health approach« für problematisch, sich nur auf diesen Gesundheitssektor zu beschränken und sich nicht mit der grundsätzlichen Frage einer medizinischen Basisversorgung zu beschäftigen.

Es bestehe die Gefahr, dass aus demographischen Motiven der internationalen Community reproduktive Gesundheitsprogramme zwar beibehalten bzw. ausgedehnt, aber von allgemeinen öffentlichen Gesundheitsdiensten abgekoppelt würden. In einer Erklärung zur Kairo+5 Konferenz im Februar in Den Haag erklärte das Women´s Global Network for Reproductive Rights: »Wir glauben, dass Gesundheit für alle ein grundlegendes Menschenrecht für jede Person in jedem Land ist. Das Aktionsprogramm besagt, dass reproduktive Gesundheitsversorgung ein integraler Teil der Basisversorgung sein sollte. Was jedoch überall geschieht, ist eine Kürzung der Regierungsausgaben für den Gesundheitssektor. Gleichzeitig werden Gesundheitsdienste auf das Angebot von Verhütungsmitteln unter dem Titel der reproduktiven Gesundheit reduziert.«[7]

Eine der ausgefeiltesten Kritiken des Konzeptes der »reproductive health« wurde von der indischen Medizinsoziologin Imrana Qadeer vorgelegt.[8] Sie kritisiert an dem universell formulierten Ansatz eine Reduktion der Gesundheitsprobleme aller Frauen auf den biologischen Prozess der Fortpflanzung. Mit epidemiologischen Daten weist sie nach, dass in Indien doppelt bis dreimal so viele Frauen im so genannten »reproduktiven Alter« – d.h. zwischen 15 und 44 Jahren – an heilbaren Krankheiten sterben als an den Folgen einer Schwangerschaft. Zum anderen seien auch Geburtskomplikationen wesentlich aus den sozialen Bedingungen wie Unterernährung, Anämie oder Krankheitsgeschichte zu erklären. Hinter dem Ansatz der reproduktiven Gesundheit stehe letztendlich das Konzept einer grundsätzlichen biologischen Schwäche (Vulnerability) der Frau, das von sozialen Bedingungen der Krankheiten abstrahiere und die Fortpflanzung an sich zum medizinischen Problem erkläre. Frauen würden nach einem Lebenszyklusmodell differenziert, das verschiedenen »reproduktiven Phasen« verschiedene Gesundheitsrisiken zuschreibe. »Es ist das unterernährte Mädchen, das dann eine sich überarbeitende und selbst verleugnende Mutter wird, die dann in die post-reproduktive Phase eintritt und eine enorme Last an Gesundheitsproblemen mit sich schleppt. Der Lebenszyklusansatz, der Fortpflanzung als Kriterium für die Definition von Lebensphasen identifiziert, medikalisiert diese und ignoriert die sozialen Prozesse, die sie bestimmen.«

Deutschland 99: unbefangener Neomalthusianismus

▶ In der Bundesrepublik ist es insbesondere die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) in Hannover, die die 6-Milliarden-Kampagne inszeniert. Die DSW ist eine expandierende GONGO (government oriented NGO), der von der alten wie auch der neuen Bundesregierung eine Art Alleinvertretungsanspruch in Sachen Bevölkerungspolitik zugebilligt wird. Zur großangelegten 6-Milliarden-Kampagne der DSW gehören neben einem Kinospot mit dem Titel: »Die Bevölkerung wächst, die Erde nicht!«, das seit Oktober durch deutsche CinemaxX-Kinos tourt, die Verbreitung von Broschüren und demographischen Prognosen, die meistens von den großen Schwestern, wie der Stiftung »Population Action International« (PAI) aus Washington übernommen werden. So zum Beispiel die Broschüre »Mensch, Wald!«, eine Übersetzung der PAI-Publikation »Forrest Futures«. »Für die globalen Waldbestände stellt das rapide Bevölkerungswachstum eine ernste Bedrohung dar«, lautet der erste Satz einer Kurzzusammenfassung der DSW für die Presse. Zu dieser Quintessenz kommt allerdings die sich aufgeklärt und wissenschaftlich gebende Orginalstudie nur zögerlich: Hier wird lang und breit dargelegt, wie schwer der Zusammenhang zwischen Bevökerungszahlen und Waldzerstörung wissenschaftlich zu konstruieren sei, – er schließlich auch nicht ausgeschlossen werden könne. *(Siehe auch iz3w Nr. 239)*

Insgesamt scheint der öffentliche Diskurs in der Bundesrepublik heute unbefangener an neomalthusianischem Gedankengut anknüpfen zu können, als die StrategInnen des Kairoer Konsens etwa in Institutionen wie Weltbank und US-AID.

So scheint nun auch das Thema »Sicherheit« im Zusammenhang mit der Variable »Bevölkerung« endgültig hoffähig zu werden. Die Behauptung, »Bevölkerungsdichte« sei Ursache von Kriegen und Konflikten ist zwar ein altes Element des bevölkerungspolitischen Diskurses. Eine neue Dimension ist es allerdings, wenn die deutsche UNFPA-Vertre-

Außerdem führe der Ansatz der »reproductive health« zu einem technokratischen Konzept, da er nicht die Ursache hierarchischer Geschlechterverhältnisse oder der Armut von Frauen thematisiere, sondern sie im Rahmen bestimmter Programmpakete als gesundheitspolitische Frage entpolitisiere und einem medikalisierenden Blick auf Frauen unterordne. Damit wird es für das »Population Establishment« einfach, die sozialen Dimensionen von Gesundheit auf den Status reiner Lippenbekenntnisse zu reduzieren – und letztendlich eben doch nur Familienplanungs-Programme anzubieten – hat doch die »Population Lobby« eine klare Vorstellung davon, was die Ursache von Armut sei – nämlich Bevölkerungswachstum. Qadeers Schlußfolgerung: »Ohne die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu berücksichtigen, kann medikalisierte reproduktive Gesundheitsversorgung so viel Zwang bedeuten wie die vorherigen Familienplanungs-Programme«.

Eine ähnliche Kritik trägt auch die Anthropologin Soheir Morsy für die Ideologie der »reproductive« health im Rahmen des ägyptischen Bevölkerungsprogramms vor.[9] Auch sie betont, dass der etablierte universelle Diskurs der reproduktiven Gesundheit oft vor allem die Schwäche oder Ohnmacht der Frauen konstruiere, und dies nicht nur als biologische sondern auch als kulturalisierende Zuschreibung. Statt auf Verteilungs- und Machtfragen einzugehen, werde die Missachtung reproduktiver Rechte oft auf ein Problem innerfamiliärer patriarchaler Kultur reduziert, aus dem die individuelle, als defizitär dargestellte Frau durch Bildungs- und Empowerment-Programme herausgeholt werden müsse, für deren Gelingen sie letztendlich selbst verantwortlich sei.

Reform durch »reproductive health and rights« oder neomalthusianischer Backlash – während die einen diese beiden Elemente der bevölkerungspolitischen Programmatik nach Kairo als widersprüchliche Pole auffassen, tendieren Qadeer und Morsy dazu, die Reformen eher als Medikalisierung der Bevölkerungskontrolle und damit als Modernisierung alter neomalthusianischer Strategien zu beschreiben. Auch unter Kritikerinnen der Lobby-Politikerinnen ist es so nicht unumstritten, ob das Kairoer Aktionsprogramm für einzelne Forderungen im Sinne bestimmter Gesundheitsangebote für Frauen sinnvoll zu nutzen ist.

Was jedoch angesichts des six-billion day und der Nichteinhaltung der Kairo-Agenda offensichtlich geworden ist – die Frauengesundheitsbewegung kann, egal ob mit Basis- oder mit Lobbystrategien nur noch etwas erreichen, wenn sie den Zusammenhang zwischen den neomalthusianischen Diskursen der Bevölkerungslobby und deren Praxis – von Zwangsprogrammen bis zur absoluten Priorität von Verhütungsmittelprogrammen – klar benennt und sich nicht weiter mit den frauenfreundlichen Versprechen auf Konferenzpapieren in die Tasche lügt und das Ende einer Politik der Zahlen behauptet.

► **Susanne Schultz** ist Politologin und seit langem in der Frauenbewegung gegen Bevölkerungspolitik aktiv.

Anmerkungen:

1 UN: World Population Prospects: The 1998 Revision, New York 1998.

2 Norplant ist ein Hormonpräparat, das in Form von 6 Silikonstäbchen unter die Haut implantiert wird und ca. 5 Jahre gleichmäßig das Hormon Levonorgestrel ausstrahlt. In den USA, wo Norplant seit 1990 genehmigt ist, wurden in den letzten Jahren 36.000 Klagen gegen den dortigen Hersteller Wyeth-Ayerst Laboratories eingereicht, da sich die Frauen über Nebenwirkungen wie Kopfschmerzen, Depression, Übelkeit, Gewichtsveränderungen und unregelmäßige Blutungen vorher nicht ausreichend informiert fühlten.

3 Dawn: s. Fußnote 6, WEDO: Risks, Rights and Reforms: A 50-Country survey assessing government actions five years after the ICPD, New York 1999.

4 US-Department of State: Mexico Country Report of Human Rights Practices for 1998.

5 World Bank: Safe Motherhood and World Bank, Washington 1999.

6 Sonia Correa: Implementing ICPD: Moving Forward in the Eye of the Storm, DAWN´s Platform for Cairo+5, Januar 1999.

7 Women´s Global Network for Reproductive Rights: Position Paper on Women, Population and Development, Den Haag, Februar 1999.

8 Imrana Qadeer: Reproductive Health and Rights: A Public Health Perspective in: Centre of Social Medicine and Community Health (Hg): Reproductive Health in India´s Primary Health Care, New Delhi 1998, S. 1-24.

9 Soheir Morsy: Deadly Reproduction among Egyptian Women: Maternal Mortality and the Medicalization of Population Control in: Ginsburg, Fayne D./ Rayna Rapp (Hg): Concieving the new world order, California 1995, S. 162-176.

tung Anfang November eine ganze Tagung dem Thema »Bevölkerungswachstum und internationale Sicherheit« widmet. Und erschreckend ist es, wenn das Auswärtige Amt der GRÜNEN Anfang Oktober zu einem gemeinsam mit der DSW organisierten »Forum Globale Fragen« lud und in der Einladung vor allem auf »die Auswirkungen des Bevölkerungswachstums auf die internationale Stabilität und die Wechselwirkung mit der globalen Friedenssicherung« hinwies. Ein Vorschlag auf der Tagung war dementsprechend: die Zusammenarbeit von NGOs und Bundeswehr zur Kontrolle des Bevölkerungswachstums.

Bereits seit einigen Jahren ist das Thema Ökologie und Sicherheit – gekoppelt mit dem Bevölkerungsdiskurs – ein boomendes Terrain für Consulting-Firmen und Think Tanks im Umfeld von Entwicklungs- und auch Militärpolitik. Ähnlich wie bei dem behaupteten Zusammenhang zwischen Waldzerstörung und Biomasse Mensch geben zwar die damit beauftragten ExpertInnen, wie zum Beispiel Alexander Carius, Direktor des Institutes Ecologic in Berlin, das für die NATO zum Thema arbeitet, zu, dass die »Ansätze noch nicht angemessen integriert« seien und es noch an »wissenschaftlichen Grundlagen und Reflektion der Implikationen für Theorie und Praxis« fehle. Dies scheint aber für die Politikberatung nicht vonnöten zu sein, denn: »Gleichzeitig erhöht die empirische Evidenz die politische Relevanz dieses Themas und drängt nach einer Lösung.« Die Konstruktion von Bevölkerungszahlen als Sicherheitsrisiko ist einer der Bausteine, mit denen nach dem Kalten Krieg militärischer Handlungsbedarf legitimiert werden soll. Bereits in den verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr von 1992, in denen die Grundlage für out of area Einsätze und die schrankenlose internationale Zuständigkeit der Bundeswehr erstmals verankert wurden, war von »durch demographischen Druck« erzeugten »Bedrohungen« die Rede.

Ob Umwelt oder Sicherheit – das »Forum Globale Fragen« zeigte, dass nicht nur die SPD, sondern auch GRÜNE RegierungsvertreterInnen wie Uschi Eid, Ludger Vollmer und Joschka Fischer sich auf die bevölkerungspolitische Rhetorik eingelassen haben und auch keine Probleme damit hatten, ohne kontroverse Diskussion gemeinsam mit der Direktorin des Bundesinstitutes für Bevölkerungsforschung, Charlotte Höhn, aufzutreten. Diese hatte mit ihren Aussagen zur »durchschnittlich niedrigeren Intelligenz von Afrikanern« und ihrer ablehnenden Haltung zur »Vermehrung von Kranken« noch während der Konferenz von Kairo einen international beachteten Medienskandal hervorgerufen.

Kontinuität durch Staatsstreich

Militärputsch in Pakistan kam nicht überraschend

von **Boris Wilke**

▸ Nach den Atomtests im Frühjahr letzten Jahres und den Kämpfen mit Indien um Kaschmir im Sommer diesen Jahres gelangte Pakistan am 12. Oktober 1999 schon wieder in die Schlagzeilen: Die Absetzung seiner demokratisch gewählten Regierung durch die Armee kam für viele überraschend. Zwar hatte sich das südasiatische Land seit Monaten in einer dramatischen ökonomischen und politischen Krise befunden. Auch hatte der im Sommer von Washington erzwungene Rückzug pakistanischer Truppen aus dem indischen Teil Kaschmirs zu einer ernsthaften Verstimmung zwischen Premierminister Nawaz Sharif und Oberbefehlshaber General Pervaiz Musharraf geführt. Doch ein Militärputsch war im Zeitalter der demokratischen Transformation kaum für möglich gehalten worden.

Um so deutlicher fiel dann die Verurteilung des Putsches durch weite Teile der westlichen Medien und Politik aus. Der britische Außenminister Robin Cook, oberster Kreuzritter eines praktizierten »liberalen Institutionalismus«, erklärte bereits wenige Stunden nach dem Coup, dass sich Britannien an die Spitze einer internationalen Bewegung zum Sturz der Putschisten setzen werde. Für Militärregime sei im britischen Commonwealth kein Platz, denn dies sei ein »Klub von Demokratien«. Mit Vehemenz betrieb die New-Labour-Regierung daraufhin die Suspendierung Pakistans aus dem Commonwealth. In der internationalen Öffentlichkeit wurden weitere Maßnahmen gegen das am Rande des Ruins stehende, aber nuklear bestens gerüstete Land diskutiert – vom Ende der Wirtschaftshilfe bis zum Wirtschaftsboykott.

Begrüßter Putsch?

▸ Auch über die Hintergründe der Entmachtung Sharifs, der vor knapp drei Jahren mit breiter Mehrheit an die Macht gewählt worden war, herrschte in der westlichen Öffentlichkeit zunächst Einigkeit. Der pakistanische Premier hatte mit seinem indischen Amtskollegen Atal Behari Vajpayee den »Lahore-Prozess« initiiert, der zu einer Aussöhnung der verfeindeten Nachbarn führen sollte. Das pakistanische Militär unter General Musharraf stand dieser Annäherung äußerst skeptisch gegenüber und verweigerte dem indischen Premier sogar den Empfang am Grenzposten in Lahore. Als im Mai dann islamistische Freischärler mit offensichtlicher Unterstützung der pakistanischen Streitkräfte in den indischen Teils Kaschmirs einfielen, entstand der Eindruck, dass dies ohne das Wissen und gegen den Willen Sharifs geschehen war, um den Friedensprozess zu torpedieren.

Für die »Süddeutsche Zeitung« (14.10) war es daher keine Frage, dass am 12. Oktober jene »unverantwortlichen Militärs die Macht übernommen, die im Frühjahr den Konflikt mit Indien um Kaschmir angezettelt haben«. Gabriele Venzky gab sich in der »Zeit« (21.10.) sogar überzeugt, dass die pakistanische Armee, deren Offizierskorps »bereits vollständig (!) von Taliban-Sympathisanten unterwandert« sei, nach der demütigenden Niederlage gegen Indien »auf Revanche« sinne. Fundamentalistische Militärs jagen die auf den Friedensprozess verpflichtete, demokratisch gewählte Regierung aus dem Amt, um sich am Erzfeind Indien zu rächen, möglicherweise mit Nuklearwaffen! Wie aber ist dann zu erklären, dass der Staatsstreich in Pakistan fast ausnahmslos begrüßt wurde? Was ist dran an der skizzierten Interpretation der Ereignisse um den 12. Oktober?

Schon seit langem versteht sich das Militär als Wächter des Staates

Kurz gesagt: Nicht allzu viel. Die Gefahr eines Krieges zwischen Pakistan und Indien und eines Einsatzes nuklearer Waffensysteme ist durch die Machtübernahme des Militärs nicht erkennbar gestiegen. Sie bleibt aber bestehen. Denn richtig ist, dass die Armee kein unmittelbares Interesse an einer Beilegung des Kaschmirkonfliktes hat. Richtig ist aber auch, dass keine zivile Regierung gegen den Willen des Militärs, des beinahe einzigen handlungsfähigen staatlichen Akteurs, eine dauerhafte Lösung der Kaschmirfrage erreichen kann. Schon seit langem versteht sich das Militär als »Wächter« des pakistanischen Staates. Es hatte als solcher stets die effektive Kontrolle über die Entwicklung, Produktion und den eventuellen Einsatz nuklearer Waffensysteme inne. Hierin hat sich durch den Putsch nichts geändert.

Letzter Ausweg: Macht

▸ Es ist zu bezweifeln, ob die Unstimmigkeiten, zu denen es über die Art des Rückzugs aus dem indischen Teil Kaschmirs zwischen ziviler und militärischer Führung gekommen ist, tatsächlich ursächlich für den Staatsstreich waren. Unstrittig ist, dass General Musharraf mit dem Coup »spontan« auf seine Entlassung reagierte, die Sharif ausgesprochen hatte, als der General in Sri Lanka weilte. Sharif hatte zuvor über Monate versucht, den erst im November 1998 von ihm ernannten Armeechef innerhalb der Streitkräfte zu isolieren und wichtige Schaltstellen in der Armee mit Leuten seines Vertrauens zu besetzen. Nach diesem Muster war der Premier wiederholt mit anderen staatlichen Institutionen verfahren – deren Handlungsfähigkeit letztendlich gegen Null tendierte. Ironischerweise hatte dies zur Folge, dass sich die Armee auf Bitten Sharifs und anderer Politiker mehrfach ziviler Staatsaufgaben annehmen musste, wie der Durchführung der Volkszählung, der Wasser- und Elektrizitätsversorgung und der Korruptionsbekämpfung. Vor diesem Hintergrund ist die Behauptung Musharrafs durchaus glaubwürdig, ihm sei als letzter Ausweg nur die Machtübernahme geblieben, um die letzte intakte staatliche Institution vor den Spaltungsversuchen des Premierministers zu schützen.

Najam Sethi, der Herausgeber der Wochenzeitung »Friday Times«, sprach sogar von einem Gegen-Staatsstreich. Er wies zudem darauf hin, dass sich Premierminister Sharif durch die vom State Department ausgesprochene Warnung vor »verfassungswidrigen Aktionen« – gemeint war ein Staatsstreich des Militärs – zu seinem Amoklauf animiert gefühlt haben dürfte. Überhaupt stößt in Pakistan die Empörung des Westens über die gewaltsame Abschaffung der gerade zehn Jahre jungen »Demokratie« auf Unverständnis, glich das Land unter Sharif doch eher einer formaldemokratisch gewählten Bereicherungsdiktatur. Vor dem Hintergrund der äußerst prekären ökonomischen Lage und der steigenden Akzeptanz islamistischer Gruppierungen braucht es nicht viel Fantasie um sich vorzustellen, welchen wirtschaftlichen und politischen Schaden Wirtschaftssanktionen anrichten würden. Die besonnenen Reaktionen des State Department lassen allerdings erhoffen, dass die kurzsichtige Politik einiger moralistischer Eiferer des Dritten Weges international noch nicht mehrheitsfähig geworden ist.

▸ **Boris Wilke** ist Mitarbeiter der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung und der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung, Universität Hamburg.



Nachhaltiges Protektorat

Bilanz nach einem Jahr rot-grüner Süd-Nordpolitik

von **Georg Lutz**

Die beiden Zentralbegriffe des neuen Machtpols um Schröder und Fischer sind 'Modernität' und 'Kontinuität'. Nicht die Frage, wie der sozial-ökologische Wandel schrittweise durchgesetzt werden kann, steht im Vordergrund. Vielmehr setzt Rot-Grün die neoliberale Revolution effektiv fort. Die alte Entwicklungspolitik – unter dem Stichwort »Projektitis« heftig kritisiert – wird als Steinbruch für den Finanzminister benutzt. Mit der Errichtung eines Protektorats im Kosovo zeigen sich darüberhinaus neue Tendenzen in der Außenpolitik der BRD.

► In den letzten Jahren wurden in Europa sozialemokratische Regierungen an die Macht gewählt. Mit frischem Wind und neuen Köpfen, so wurde versprochen, könnten diese – mit kommunistischen und grünen Tupfern bereichert – für Bewegung sorgen. In der Bundesrepublik sollten auch im Bereich der Entwicklungspolitik neue Töne angeschlagen werden. Eine ‚neue Partnerschaft' zwischen Süd und Nord war das Ziel. Darin spielten Armutsbekämpfung oder Genderfragen eine entscheidende Rolle. Die unselige Konzentration auf oft gescholtene ‚Projektitis' ohne Änderung der politischen Rahmenbedingungen und die unverblümte Förderung der Privatwirtschaft unter dem CSUler Spranger sollten der Vergangenheit angehören. Die Entscheidungen der ersten Wochen klangen vielversprechend. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), noch vor wenigen Jahren mit Abschaffungsszenarien konfrontiert, bekam mehr Kompetenzen. Das BMZ rang dem Wirtschaftsministerium die Zuständigkeit für die AKP-Länder und damit für die anstehenden Reformen der Lomé-Verträge ab. Sitz und Stimme im Bundessicherheitsrat wurden durchgesetzt und ein jährlicher Bericht zum Stand der bundesdeutschen Rüstungsexporte versprochen. Mehr Einfluss, Geld und Transparenz schienen für die gebeutelten VertreterInnen der ‚Entwicklungspolitischen Community' keine Fremdworte mehr zu sein.

Es geht nicht um Armutsbekämpfung oder Menschenrechte, sondern um Marktanteile

Foto: R. Maro / version

Doch vieles blieb beim alten: Zentrale Fixpunkte im neoliberalen Koordinatensystem sind mehr denn je die Geldwertstabilität und Haushaltskonsolidierung. Sogar »Nachhaltigkeit« wird nun mit dem Begriff fiskalisch in Verbindung gebracht. Neoliberale Grüne bestimmen den Diskurs und schwören die eigene Gemeinde in jeder talkshow auf den harten Sanierungskurs ein. Ende Juni diesen Jahres etwa tagte die ‚Bundesarbeitsgemeinschaft Außenpolitik' von Bündnis 90 / Die Grünen, um über die Politik des neuen BMZ zu diskutieren. Interessierte Teile der Basis bzw. VertreterInnen der entwicklungspolitischen Community befragten die zuständige Staatssekretärin Uschi Eid (BMZ) nach ersten Schritten hin zur hochgehaltenen neuen 'internationalen Strukturpolitik'. Die Staatssekretärin hatte ein wichtigeres Problem: sie wollte Vorschläge hören, an welcher Stelle der BMZ-Haushalt gekappt werden kann.

Bevorzugte Abwicklung

► Nach Vorgaben des Finanzministeriums soll das BMZ den Rotstift ansetzen – im Vergleich zu anderen Ministerien überproportional: 677 Millionen Mark muss das BMZ allein im nächsten Jahr zusammenklauben. Das sind knapp 9 Prozent des Etats. Bis 2003 hat das BMZ die Vorgabe, noch einmal rund eine Milliarde Mark einzusparen, das sind dann insgesamt ein knappes Fünftel des jetzigen Etats. Im Programm zur Bundestagswahl 1998 von Bündnis 90/Die Grünen hieß es noch, dass »die Kompetenzen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erweitert werden« müssten.

Und auch im Koalitionsvertrag ist von einer bevorzugten Behandlung die Rede. Nun darf sich das Ministerium bevorzugt abwickeln. Nur noch knappe 60 Schwerpunktländer sollen künftig BMZ-Mittel erhalten – statt 156 Staaten zur Zeit. Neben »Schwerpunktsetzung« und »Effizienz« heißt das neue Schlagwort »Armutsbekämpfung«.

Nur 15 Prozent der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit dienen explizit 'sozialen Grunddiensten'. Dagegen fließen für jede Mark restliche »Hilfe« knappe drei Mark Auftragsumsatz an bundesdeutsche Unternehmen zurück; ein wichtiger Hinweis, um in eigener Sache Werbung zu machen. Ein weiterer entscheidender Punkt sind die sogenannten Verpflichtungsermächtigungen. Knapp 90 Prozent des BMZ-Etats (aktueller Stand: 7,5 Milliarden DM) ist auf Jahre hinaus an spezifische Länderprogramme gebunden. 60 Prozent der Mittel gehen in nur 20 Länder, von denen ganze sechs zu den »Least Developed Countries« zählen. Länder wie China und Ägypten stehen ganz oben auf der Liste. Dort geht es nicht gerade um Armutsbekämpfung oder Menschenrechte, sondern um Absatzmärkte. Folglich sind hier die erforderlichen Mittel für die Sparwelle schwierig zu bekommen. Das exportorientierte Unternehmerlager hat vorsorglich sein Herz für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit entdeckt. Es hat ja auch real etwas zu verlieren und baut daher politischen Lobbydruck auf – Erfolge bleiben nicht aus.

Das zentrale Schlagwort dabei heißt Verbundfinanzierung, staatliche und privatwirtschaftliche Kredite werden vermengt. Für Staatssekretärin Uschi Eid ist die Verbundfinanzierung ein »geeignetes Instrument, um privates Kapital zu mobilisieren.« Früher kritisierten grüne Bundestagsabgeordnete vehement derartige Formen der Mischfinanzierung als »ein entwicklungspolitisches Legitimationsmäntelchen«. Diese Kreditlinien nützten und nutzen der deutschen Exportwirtschaft und haben mit den Bedürfnissen der Gesellschaften im Süden oft herzlich wenig zu tun.

Richtig gespart werden kann dagegen schon in diesem Haushaltsjahr an den restlichen zehn Prozent Haushaltslinien. Dies betrifft dann in erster Linie die Mittel für Nichtregierungsorganisationen (NRO). Vor der Wahl wurden sie in den Wahlprogrammen als zentrale Träger einer neuen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit gefeiert. Heute will man auch davon nichts mehr wissen, stattdessen geht es um »Dialoge« zwischen NROs und multinationalen Konzernen – an 'runden Tischen' mit scheinbar gleichberechtigten TeilnehmerInnen. Dem Staat bleibt in diesem Bild die Funktion eines Moderators. Die Staatssekretärin Uschi Eid fasst wie folgt zusammen. »Am Ende könnte in der Tat stehen, dass der Staat künftig vor allem eine Katalysatorenfunktion hat.« Auch dies ist ein Beispiel, wie tief sich das neoliberale Bild in die Köpfe vieler FunktionärInnen der Regierungsparteien eingegraben hat.

Eine neue Form des kolonialistischen Protektionats wird durchgesetzt

Internationale Sozialhilfe

▶ Das einzige schwarze Plus neben den vielen roten Minuszeichen im Haushalt des BMZ steht vor der Haushaltslinie ‚Nothilfe'. Das BMZ übernimmt zunehmend die Funktion einer Reparaturbrigade in Katastrophen- und Nachkriegsgesellschaften. Zudem dienen diese Haushaltslinien indirekt der Begründung für die sonstigen Streichungen. Die vorgeschlagenen Konzepte von Ulrich Menzel, die Anfang der neunziger Jahre auch in der iz3w zu heftiger Kritik geführt hatten, gewinnen Realitätsgehalt. »Diese Gebiete, die nicht unbedingt mit den territorialen Grenzen identisch sind, werden bis auf weiteres der Treuhandschaft der Länder des Nordens unterstellt (...). Die Treuhänder übernehmen die Finanzierung und Durchführung der Hilfe inklusive des logistischen und personellen Apparats und garantieren durch die Entsendung eigener Expertenstäbe, dass ausschließlich die bedürftigen Adressaten erreicht werden«. Diese internationale Sozialhilfe ist zur Zeit am besten am ‚zukunftsfähigen' Fallbeispiel Kosovo zu beobachten. Nachdem frühere Versuche – etwa in Somalia – noch aus organisatorischen, aber auch politischen Gründen schon nach kurzer Zeit abgebrochen werden mussten, scheint im Kosovo der Durchbruch geglückt zu sein.

Menzel hat mit der »Treuhandschaft des Nordens« die aktuellen Entwicklungen mit herbeigeschrieben. Damit scheint ein altes koloniales Gebilde aus dem 19. Jahrhundert seine Wiederauferstehung zu feiern: das Protektorat. Analogien lassen sich zunächst auf militärischer Ebene ziehen. Die überwältigende Überlegenheit der militärischen Mittel erlaubt eine Kriegführung, die mit geringsten eigenen Verlusten auskommt. Sie kann so gegenüber der eigenen Bevölkerung auch besser legitimiert werden. Irakisches oder jugoslawisches Militär muss mit Technologien der siebziger Jahre auskommen. Das NATO-Gerät – zudem mit gewaltiger numerischer Anzahl – kann demgegenüber technologisch voll auf der Höhe der Zeit agieren. Das war Ende des letzten Jahrhunderts nicht anders. Durch den Einsatz erster Maschinenwaffen und Präzisionskanonen konnte zum Beispiel das britische Empire 1899 im Sudan einen Aufstand niederschlagen, bei dem Tausende Afrikaner umgebracht wurden – bei nur wenigen Dutzend Toten in den eigenen Reihen.

Neben dieser militärischen Überlegenheit, die eine wichtige Voraussetzung für die Errichtung eines Protektorats bildet, lassen sich Analogien im wirtschaftspolitischen Bereich ziehen. Ökonomisch konnte und kann das Protektorat nur in völliger Abhängigkeit zu einem Metropolenland existieren. Zentrales Merkmal ist die Übernahme der Währung. Die D-Mark ist das Zahlungsmittel im Kosovo. Da es aber keine Zentralbank oder andere tragende interne Institutionen gibt, ist die Wirtschafts- und Finanzpolitik komplett von außen determiniert.

Zehn Jahre nach dem Ende der bipolaren Blockkonfrontation und dem Ende nationalrevolutionärer Bewegungen ist offensichtlich, dass eine neue Form des kolonialistischen Protektorats wieder durchzusetzen und zu legitimieren ist. Das bedeutet nicht, dass die heutigen Gründe für die Errichtung eines Protektorats die gleichen wie noch vor 100 Jahren sind. Nicht mehr nur ökonomische Interessen führen zu dessen Etablierung. Mit der militärischen Eroberung entsteht vielmehr ein Machtvakuum, das von außen gefüllt wird – mit einem transnationalen Polizeiregime, das dabei erprobt wird.

Papierpanzer

▶ Die VertreterInnen der entwicklungsplitischen Lobby-Politik setzten diesen Tendenzen bisher nichts entgegen. Sie dachten bislang, mit dieser Regierung würde alles besser gehen. Doch ein Wechsel hat bislang allenfalls auf dem Papier und in der Rhetorik stattgefunden. In der Praxis passiert genau das Gegenteil. Die geplante Lieferung von Panzern in die Türkei ist dabei nur die Spitze des Eisbergs. Die BMZ-VertreterInnen decken das Tuch der Verschwiegenheit über politische Niederlagen, reden von Kommunikations- bzw. Führungsproblemen und präsentieren Veränderungen, wie zum Beispiel die neue Denkrichtung der Weltbank bei Strukturanpassungen als eigene Erfolge, obwohl offensichtlich ist, dass diese Reformvorhaben bei der Weltbank selbst erarbeitet wurden.

Die RegierungsvertreterInnen, die sich früher als links oder basisdemokratisch bezeichneten, haben völlig vergessen, dass eine neue Regulierung des Kapitalverhältnisses sich nicht durch eine neue Regierung sozusagen natürlich entwickelt. Bisher haben immer sozial-politische Kämpfe zwischen unterschiedlichen Interessengruppen der Gesellschaft zu Veränderungen geführt. Französische Soziologen wie Pierre Bourdieu liefern dazu die Hintergründe.: »Die Geschichte lehrt, dass es ohne eine soziale Bewegung keine durchsetzbare Sozialpolitik gibt. Sie lehrt auch, dass nicht, wie man es uns heute glauben machen möchte, der Markt, sondern die sozialen Bewegungen die Marktkräfte ‚zivilisiert' und ihre heutige Effizienz maßgeblich mitentwickelt haben«.

▶ **Georg Lutz** ist Mitarbeiter der **iz3w**.

opulismus und Politik

Das westliche Bild von der Politik in den Staaten des Südens ist geprägt durch Vorstellungen und Vorurteile von Korruption, Vettern- und Misswirtschaft, ethnischen Konflikten und – nicht zuletzt – Populismus. Die politische Riege, die das Volk verführt, die Massenbewegung, Anti-Modernismus, zuweilen auch ausgeprägter Nationalismus – wo ließe sich das finden wenn nicht in den unterentwickelten Regionen der Welt. Dem entgegen steht das Bild einer rational handelnden, demokratisch legitimierten Politik, die Stabilität und Sicherheit verkörpert. Hier gilt der Populismus als überholt, als historisches Phänomen. Die Zweiteilung in vernünftige und emotionale Formen der Politik ist dabei klar definiert. Meyers Großes Taschenlexikon beschreibt Populismen als »politische Strömungen, deren Führer eine volksnahe Politik zu betreiben vorgeben, die programmatisch unscharf und unverbindlich ist und zwischen sozialem Fortschritt und einer rückwärts gerichteten Utopie pendelt«.

Nicht nur die Programmatik des Populismus, so scheint es, hat unter der Unschärfe zu leiden, auch die Definition bleibt unverbindlich: Versucht nicht jeder Politiker und jede Politikerin, die wiedergewählt werden will, eine »volksnahe Politik« zu betreiben? Wer äußert sich im politischen Alltagsgeschäft schon scharf und verbindlich? Und konzentriert sich nicht gerade die sozialdemokratische europäische Wendefraktion in ihrer Rhetorik auf »sozialen Fortschritt« und »rückwärts gerichtete Utopien«? – »Gerechtigkeit und Innovation« oder »Arbeit und Sicherheit für alle« sind Slogans, wie sie populistische Regimes nicht unverbindlicher formulieren könnten. Vor allem in Wahlkampfzeiten, in denen viel gefordert und versprochen wird, in denen Führerpersönlichkeiten aufgebaut werden, in denen sich vor allem die »Volksparteien« an »das Volk« wenden und dabei gesellschaftliche Widersprüche umformulieren, wird der Populismus der Politik deutlich.

Parlamentarische Politik ist also immer populistisch – allerdings in sehr unterschiedlichem Maße. Wenn Debatten um gesellschaftliche Entwicklungen kontrovers diskutiert werden und Konflikte auch benannt werden, dann unterscheidet sich das sehr wohl von populistischer Rhetorik. Diese versucht Auseinandersetzungen im »Volk« dadurch zu entschärfen, indem sie äußere Feinde konstruiert. Dabei lassen sich unterschiedliche populistische Ausprägungen unterscheiden: Während Rechtspopulisten in den Metropolen in der Regel gegen »Außenseiter« polemisieren (als Feindbilder gelten etwa Feministinnen, Ausländer, Drogenabhängige und alle, die die gewohnte Ordnung gefährden könnten), gab es etwa in Lateinamerika populistische Regimes, die ihr Feindbild im Auslandskapital und der nationalen Elite sahen. In Ländern der »Dritten Welt« kam es im Zuge der Entkolonisierung zu etlichen populistischen Regimes mit antiimperialistischer Ausrichtung. Häufig gingen aus diesen Bewegungen charismatische Führer hervor, die versuchten, Partikularinteressen verschwinden zu lassen. So in Schwarzafrika die Herrschaftssysteme der Nkrumah in Ghana, von Keyatta in Kenia oder von Nyerere in Tansania.

Anfangs progressive (links-)populistische Bewegungen konnten und können jedoch schnell in reaktionäre Erscheinungen umschlagen. So etwa festigte die Installierung von »Sittenwächtern« im »befreiten« Algerien ein typisch populistisches Diktat der Sitte über abweichende oder emanzipatorische Lebensäußerungen. Antisemitische und rassistische Reaktionen sind integrale Bestandteile vieler populistisch geführter Proteste vor allem in Krisenzeiten (etwa die Propaganda gegen chinesische Händler und deren anschließende Vertreibung oder die antisemitischen »Krisenanalysen« russischer Nationalisten).

Populismus existiert häufig als eine soziale Bewegung, die bei der Politik nur andockt, um diese zu beeinflussen. Gerade rechte oder linke Politik ist oft zu hierarchisch oder programmatisch, um als populistisches Regime bezeichnet werden zu können. Eher tritt Populismus hier als Element zutage. Krisenangst kann sich im Kontext industrieller Modernisierung mit dem Reflex verbünden, in der Vergangenheit und in einer imaginierten Einfachheit die Lösung aktueller Probleme zu finden. Dem liegt die Definition von Volk als einer sich nach früheren Zuständen sehnenden Masse zugrunde. Dieser Begriff von Gemeinschaft hängt zusammen mit einer Vorstellung von homogener Sitte, Kultur und Moral.

Die Köpfe populistischer Bewegungen können ihr »Volk« nicht ohne weiteres verführen, sie brauchen die Stimmung und Unterstützung, die aus dem »gesunden Volksempfinden« entsteht und so in wechselseitiger Beziehung Bewegungen erst entstehen lassen. Vor diesem Hintergrund ist Populismus als ausgeprägter Demokratismus zu verstehen. Alles Handeln wird dem vermeintlichen Willen des Volkes untergeordnet. Und alle Minderheiten haben sich ihm eben unterzuordnen. Populismus ist dort am stärksten, wo er die innergesellschaftlichen Widersprüche und Konflikte zugunsten eines (volks)gemeinschaftlichen konsensualen Weges umformulieren kann. Insofern sind die Volksparteien der »Mitte« dem Populismus am nächsten: Volksnahe Politik, programmatisch unscharf und unverbindlich, die »zwischen sozialem Fortschritt und einer rückwärts gerichteten Utopie pendelt«.

die redaktion

Das Volk, das folgt

Ein Streifzug durch Populismus und Politik



von **Winfried Rust**

Populismus gilt als Randphänomen der Politik. Linke und rechte Ausprägungen haben danach gemein, dass sie »das Volk« verführen, zumindest aber mit einfachen Wahrheiten für sich zu gewinnen suchen. Doch Populismus ist mehr. Jede Demokratie braucht – spätestens im Wahlkampf – Populismus. Und umgekehrt braucht der Populismus »die Mehrheit«. So ist es kein Wunder, dass sich gerade die »Neue Mitte« populistischer Mittel von rechts und links bedient.

► Im gängigen Diskurs gilt Populismus als irrational und wird von der »rationalen« Sphäre der Politik abgegrenzt. Politiker wie der französische Rechtspopulist Jean-Marie Le Pen scheinen diese Zuordnung zu bestätigen: »Die Politik ist kein Beruf, sie ist eine Kunst. Und sie ist nicht die Kunst, auf Notwendigkeiten zu antworten, sondern auf Gefühle.« [1] Die Frage ist jedoch, ob nicht Politik und Parlamentarismus grundsätzlich populistisch sind. Hier soll erstens davon ausgegangen werden, dass die Berufung auf das Volk die letzte und definitive Legitimation ist, welche die Ausübung von Herrschaft und institutioneller Regulierung heute hat. Zweitens ist die Sphäre der Politik dadurch gekennzeichnet, »dass die Gewaltsamkeit zur Garantie von Ordnungen angewandt wird.« Dabei »ist ein politischer Verband ein Herrschaftsverband«, wobei Herrschaft wiederum bedeutet, »für einen Befehl bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden«.[2] Drittens schließlich soll von dem einem bürgerlichen Staat innewohnenden »Dualismus von moralischer Betrachtungsweise und systemeigener Herrschaftslogik«[3] ausgegangen werden, d.h. die (demokratische) Herrschaft legitimiert sich durch Moral und umgekehrt wird die Moral im herrschenden System konstruiert.

Die widersprüchlichen Sphären von Interessensvertretung und Gemeinschaft werden vom »politischen Verband« gewaltsam zusammengehalten und abgesichert. Von dieser Grundannahme gehen Populismus wie »vernünftige« Politik gleichermaßen aus, nur dass ersterer moralisch und an seinem Bild des einfachen Bürgers ausgerichtet ist, zweitere eigenverantwortlichen PolitikerInnen diese Aufgabe zuweist. Aber auch diese sind auf Zustimmung angewiesen, und darauf, gewählt zu werden, sowie auf die Konsistenz der zugrundeliegenden Interessens- und Schicksalsgemeinschaften. Dabei ist diese Politik zwar komplexer als die populistische Kirchturmpolitik, aber nur ein scheinbarer Gegensatz zu ihr. Mit keinem von beidem wird die grundlegende Vergesellschaftungsform hinterfragt. Komplexe Politik vertritt genauso wie der Populismus eine Interessensgemeinschaft, zumeist den Staat. Allgemeine Abschlüsse z.B. im Bereich internationaler Handelsverträge finden letztlich nur statt, weil sie dem Wohlstand spezifischer Einrichtungen oder Menschen dienen sollen. Weder parlamentarisch-rationale noch populistische Politik denken dabei jenseits ein- und ausschließender Herrschafts-, Ausbeutungs- und Vergemeinschaftungskriterien. Während im Regelfall »vernünftige Politik« von einem Krieg zur nächsten Hungersnot durchmarschiert, zetert die staatsgläubige Diskursgemeinde über die populistischen Kollegen, die mit volksnaher Politik bitteren Ernst machen. So ist denn auch die Sternstunde der Demokratie, der Wahlkampf, ein 'event' des Populismus. Aus der zunehmenden Ähnlichkeit der Parteiprogramme, dem gemeinsamen Ziel der Machtteilhabe und übermächtiger »Sachzwänge« ersteht eine geradezu rituelle Beschwörung des vorgefundenen Staates. Appelle an Ressentiments, Zugehörigkeit, Eigennutz oder die Präsentation charismatischer Anführer – ohne dies alles ist ein »vernünftiger« Wahlkampf nicht denkbar.

Das Spiegelbild des Populismus ist das Elitäre

Feindbild als Nährboden

► Das Feindbild des Populismus ist diejenige Politik, welche die Notwendigkeit zur Abstraktion in einer komplexen Gesellschaft nachvollzieht. Die »Abstrakte Politik« ist dem Populismus allerdings zugleich Feindbild und Nährboden. Die Populisten mögen die Politik nicht. Dort wird »nur geredet«, die Politik ist zu weit von den eigentlichen Problemen entfernt, abstrakte Sachzwänge und komplexe Interessensgeflechte sind Populisten ein Greuel. Das Problem dabei ist, dass ihnen sogar schon bürgerliche Politik zu universalistisch ist. Im Gegensatz dazu wird Politik, und oft auch Gesellschaft, auf die Herrschenden verkürzt und personalisiert. Die Distanz zur Politik schlägt aber in Zustimmung um, wenn sich diese volkstümlich gibt.

Bei den neurechten Parteien Europas sind populistische Merkmale nicht wegzudenken. Furcht von Kleinbürgern und kleinen UnternehmerInnen, Kriminalitätsangst, Appelle für





Fotos: U. Moschner/version, H. Sachs/version

Arbeitszwang und gegen Immigration zielen auf die Ebene von Ressentiments. Parteien wie die FPÖ in Österreich oder die SVP in der Schweiz schafften eine Modernisierung dieses Konzepts. Die »Ewiggestrigen« können heute nur noch in einem neuen Kontext verstanden werden, nämlich als Avantgarde der populistischen Bearbeitung eines gesellschaftlichen Paradigmenwechsels. Die zugespitzte Konkurrenz um Arbeitsplätze und Sozialleistungen führt zu einer pragmatischen Affinität hin zu den Erfolgreichen. Neoliberale Ausgrenzung wird allgemein in Schuldzuweisungen gegen die Verlierer legitimiert, um dann zu versuchen, ins Boot der Gewinner zu gelangen. Christoph Blocher, der rechtsorientierte Führer der SVP, rechtfertigt seinen proklamierten Stopp der Aufnahme von Flüchtlingen explizit mit finanziellen Gründen und macht sich damit in erster Linie zum Vorkämpfer für den Geldbeutel der KleinbürgerInnen.

Der Rechtspopulismus ist antipluralistisch, oft verbunden mit Angriffen auf wohlfahrtsstaatliche Leistungen, Anprangerung bürokratischen Aufwands, der Forderung nach autoritärer Führung und dem Ruf nach mehr Härte. Neurechter Populismus wird von einer Bevölkerung getragen, die sich gegenseitig an Unterordnung und Wohlanständigkeit zu überbieten und den steigenden Anforderungen für einen festen Arbeitsplatz zu entsprechen versucht. Der Einzelne ist der Gemeinschaft untergeordnet, aus der eine charismatische Leitfigur hervorragt. Dabei kommt der rechtspopulistische Blick eben nicht von oben, sondern aus dem, was die autoritäre Verwüstung der Gesellschaft unten übrig läßt. Helmut Dubiel verweist hier auf Leo Löwenthals Begriff der »umgekehrten Psychoanalyse«.[4] Dabei nähere sich der rechtspopulistische Agitator in gegenteiliger Absicht, wie es ein Analytiker tun würde, seinem Publikum. Er greift vorhandene neurotische Ängste auf, nicht, um sie zu heilen, sondern, um sie für seine Zwecke zu verstärken.

In einem Vergleich des nordamerikanischen Rechtspopulismus während der Kongresswahlen 1994 und dem französischen Linkspopulismus während der Massenstreiks im öffentlichen Dienst arbeitet Wolfgang Fach Unterschiede heraus.[5] Dabei hatte »der fröhliche Dezember-Populismus« gemeinsame Züge mit dem rechten Gegenpart in den USA, wie z.B. die Massenmobilisierung und die öffentlichen Sympathien: »Nicht länger sollen anonyme Mächte, globale Zwänge, sachliche Gebote ihre Herrschaft unwidersprochen ausüben; ihre versprochenen Segnungen sind viel zu ungewiß. Darum sagen Gesellschaften nein – wenigstens manche, wenigstens manchmal.« Und dennoch gab es einen entscheidenden Unterschied: Der Dezember-Populismus war »wütend«, ohne auf die beliebten Sündenböcke einzudreschen, und »herrisch«, ohne autoritär fixiert zu sein auf Führungspersönlichkeiten und Zuständigkeiten.

Populismus der Mitte

▶ Wenn also Populismus im folgenden grundsätzlich kritisiert wird, soll damit keine Gleichsetzung jeglichen Populismus bezweckt werden. Dennoch muss gefragt werden: Wie reflektiert sich die Gesellschaft im Populismus? Ein Linkspopulismus vertritt zur Zeit unter der Losung der »Gerechtigkeitslücke« das Interesse der ModernisierungsverliererInnen. In der PDS sind hier beispielhafte Wesenszüge zu betrachten. Mit Parolen wie »ein Volk« oder »alle wollen arbeiten« wird jedoch nur die mangelnde Einbeziehung der »betrogenen kleinen Leute« in das zugrundeliegende Regime reklamiert. In der »Ostpartei« wird eine »Ostidentität« reproduziert, die – innergesellschaftliche Widersprüche überdeckend – eine kollektive Identität stiftet. Kritisiert wird weniger kapitalistische Vergesellschaftung, sondern eher der »Betrug« durch die Wiedervereinigung. Marktwirtschaftliche Vorgänge erscheinen, als Störung der nationalen Harmonie gekennzeichnet, nur deshalb als Makel, weil Deutschland noch zu uneinheitlich sei. Dazu passt auch die Bezeichnung sozialer Ungleichheit als »Gerechtigkeitslücke«. Denn Gerechtigkeit ist an Leistung geknüpft und ohne weiteres kompatibel mit Losungen wie »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen«. Beim Projekt der Definition von Individuen zum »Volk« übernimmt Linkspopulismus diesen Job für deklassierte und kritische Segmente der Gesellschaft. Falls andere populistische Bewegungen noch als partiell fortschrittlich bezeichnet werden, so soll deutlich gemacht werden, dass dies trotz des Populismus der Fall ist. Eingeräumt werden kann hier auch, dass es sich kritische Linke zu einfach machen, wenn sie die Erfordernisse der massenhaften Zustimmung für fortschrittliche Inhalte einfach nicht beachten. Das Spiegelbild des Populismus ist das Elitäre, und vor beidem sind Linke nicht gefeit.

Populismus im öffentlichen Raum

▶ Der Populismus der Neuen Mitte schließlich möchte keinen der vorgenannten Populismen auslassen. Sicherheit, Nation und Arbeit heißt die Harmonielehre von Schröder oder Blair. Hinter einem zivilisatorischen Anstrich wird das Thema der »inneren Sicherheit« hochgehalten, in dem allgemeine Bedrohungsängste auf wechselnde Minderheiten projiziert werden. Wenn der »Kanzler aller Autos« Schröder proklamiert, dass »jeder Job besser ist als kein Job«, so schafft er auch eine populistische Brücke zur Konservierung der Arbeitsgesellschaft. Wenn Innenminister Schily beisteuert, dass »die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung überschritten« sei, dann wird die Anstalt deutscher Biedermenschen geschlossen. Der neoliberale Populismus vertritt eine Leistungsideologie, welche den Wert des Einzelnen im Verhältnis zu seiner geleisteten Arbeit sieht. Dabei wird auch die Verantwortung für sozialen Abstieg als Leistungsschwäche individualisiert. Begleitend wird der Verknappung

von Ressourcen und sozialen Leistungen damit begegnet, sie »Gemeinschaftsfremden« zu missgönnen.

Populistische Bewegungen gelten generell als ländlich. Die Stadt ist dem Populismus ein Feindbild. Sie ist ein Ort sozialen Wandels, der Anonymität, Komplexität, verschiedener Lebensweisen. Kulturelle Stadtentwicklung stützt sich zudem stets auf Zuwanderung: die Fremden. Als Ort der Moderne ist städtische Realität nicht mehr in den Kategorien von Gewohnheit, Sitte, unmittelbarer Erfahrung zu verstehen, sondern nur in der Reflexion über den Alltagsverstand hinaus. Dem entflieht der Populismus mit Kampagnen einer vorgeblichen »moral majority«, welche die Gesellschaft als zerrüttet und regellos hinstellt. Die Modernität hat die Ruhe der alten Zeit zerstört, und unfähige PolitikerInnen haben das Heft nicht mehr in der Hand. Im Diskurs über die Nutzung des öffentlichen Raums werden unerwünschte Personengruppen stigmatisiert. Interessengruppen und OrdnungsbürgerInnen stellen ihr Anliegen als eines »der Bevölkerung« dar. Bestärkt durch diese Definitionsmacht schweißt sich eine Gemeinschaft der Wohlanständigen gegen einige Ausgegrenzte zusammen. Das gesellschaftliche Segment, welches nun Angst vor Kriminalität vorgibt, verschwindet bald hinter dem allgemeinen »Interesse der öffentlichen Sicherheit«. Ebenfalls verschwindet die Frage nach dem Schicksal der Bevölkerungsgruppen (und deren realistischeren Ängsten), die der Stigmatisierung ausgesetzt werden, und die Frage, wie es tatsächlich zu den Bedrohungsgefühlen kommt, und welche Konflikte auf diese Weise bearbeitet werden. Das Gefühl des Betrogenseins und Bedrohtseins lässt sich dem Kleinbürgertum durch keine wie auch immer geartete administrative Maßnahme nehmen. Die (gruppen-)egoistische Identität des Warenbesitzers und des Einzel- oder Abstammungsnomaden (»Jeder ist sich selbst der nächste« / Familie / Dorfgemeinschaft / Betriebsgemeinschaft / Volk) ist letztlich ein Problem der Vergesellschaftungsform und taucht in vielfältiger Gestalt wieder auf. Dass die derzeitigen Formen der Normenabweichung bezüglich Lohnarbeit und Konsumweise – nichtarbeitende und nichtkonsumierende Ausgegrenzte auf der Straße – in populistischen Kampagnen angeprangert werden, hängt auch damit zusammen, dass die ökonomischen Umwälzungs- und Krisenprozesse den kleinbürgerlichen Lebensentwurf, »travail, famille, patrie«, selbst bedrohen.

In solchem Kontext können auch scheinbar fortschrittliche Elemente, wie sie in populistischen Bewegungen häufig sind, ihre Bedeutung verlieren. Hier sei auf das Phänomen der Basisdemokratie verwiesen, am Beispiel der kalifornischen Plebiszite. Mittels populistischer Kampagnen sind diese lediglich ein Instrument ausgrenzerischer Interessen geworden: ein »Appell an Menschen mit stark emotional und moralisch ausgeprägten Reaktionsbereitschaften, die sich für einfach und unverdorben, aber machtlos halten, und sich empören über die Zerstörung von Moral und Lebensgrundlagen«.[6] Eine Koalition aus Alteingesessenen und zahlungskräftigen Eliten organisierte eine »Plebiszitindustrie« gegen Gemeinschaftsfremde, mit der die Zuwanderung begrenzt, die öffentlichen Haushalte und Sozialleistungen dezimiert oder sozialer Wohnungsbau abgeschafft wurden.

Populismus als Ideologie

▶ Tatsächlich erhellen gerade die Ambivalenzen des Begriffs Populismus seine Bedeutung. Als Ideologie ist er das Resultat von Umbrüchen zur Zeit der Konstitution der bürgerlichen Gesellschaft. Die kapitalistische Warenvergesellschaftung wurde, gerade bei »kleinen Leuten«, als unübersichtlich oder bedrohlich empfunden, nicht aber verstanden. Soziale Herrschaftsverhältnisse änderten sich, ohne dass diese Prozesse als eigenes aktives Handeln gedeutet werden konnten. Die unverstandene Gegnerschaft dagegen, ein bedrohter Spielball der Verhältnisse zu sein, führt zu einer grundsätzlich ressentimentgeladenen Wahrnehmung der Gegenwart, und dessen, »was einen noch erwartet«, sowie zu einem verklärenden Blick zurück, als alles noch einfacher und übersichtlicher war. Populismus ist in seiner Zusammensetzung, seinen Inhalten und Äußerungsformen von dieser Gesellschaft geprägt, und an jeweilige Situationen, regionale Erscheinungen und politische Bewegungen gekoppelt.

Ohne Bezug auf das Volk gibt es keinen Populismus

Ein gängiges Diskursbild über Populismus ist das des charismatischen Verführers, der eine verunsicherte Bevölkerung mit seiner Demagogie auf seine Seite zwingt. »'Man hat uns belogen und betrogen.' Und sie schoben alle Schuld auf den einst so geliebten Führer.«[7] Gerade in Deutschland ist solche Selbstinszenierung als Opfer bestens eingeübt. So werden bei dem Versuch, sich vom NS-Deutschland zu distanzieren, genau jene populistischen Denkmuster reproduziert, welche die alte Volksgemeinschaft zusammenhielten, diesmal aber, um von eigener Beteiligung abzulenken. Dabei wird der Weg zur Volksgemeinschaft von den Einzelnen aufgrund individueller Bedürfnisse eingeschlagen. Gerade eine Volksgemeinschaft muss von unten zusammengesetzt werden. Wenn sie dann autoritär strukturiert ist, so auch, weil das von unten so verfolgt wurde.

Ohne Bezug auf das »Volk« gibt es keinen Populismus. Dabei ist es nur ein Ausschnitt der Bevölkerung, die rechtschaffenen kleinen Leute, der das Volk definiert. Die in der Linken gebräuchliche Unterscheidung in gute (linke Volksbewegungen) und schlechte Völker unterschlägt, dass in diesem zu Ende gedachten 'Volk' der Einzelne nicht mehr existent ist. Er ist Träger einer kollektiven Identität. Die Vorstellung von Volk nivelliert Unterschiede, Widersprüche, Andersheit.

Der Einzelne reproduziert die gewaltförmige Vergesellschaftung – zu herrschen und beherrscht zu werden – indem dies in einem Grundelement aller Lebensäußerungen eingefangen wird. Im Ressentiment[8] steckt eine generelle Abwehr gegen alles von Außen kommende, das auf Distanz gehalten und feindselig betrachtet wird. So wird jeglicher Sinnesreiz im Ressentiment als bedrohlich oder zu Eroberndes eingeordnet. Die Kraft der kleinbürgerlichen Negation ist entweder die Paranoia des Unterworfenwerdens oder Herrschaftswille, weil sie die ursächlichen Gewaltverhältnisse nicht erkennt, sondern nur reproduziert. Lediglich der Pakt einer naturwüchsigen Communitiy kann hier noch halten. Die Community wird zusätzlich als natürlicher Schutz vor der drohenden konkurrenzökonomischen Ausgrenzung gedacht. Ein fester Wesenszug von Populismus ist seine Ambivalenz zwischen Harmoniesehnsucht und Freund-Feind-Denken. So sind die Zeiten exzessiver Ausgrenzung ebenfalls reich an hohen Idealen. Das Ressentiment, das jeglichen Sinnesreiz als feindlich einordnet, projiziert erlittene Gewalt auf stigmatisierte Personengruppen oder Sphären (z.B. Finanzkapital oder Globalisierung), was die Gesellschaft in einem schwarz-weißen Weltbild zurücklässt. Solche Merkmale aber lassen sich nicht nur in den aktuellen populistischen Bewegungen ausmachen, sie sind ebenso Bestandteil des aktuellen Mehrheitsdiskurses: ein alter Weg in eine Neue Mitte.

Anmerkungen:

1 Jean-Marie Le Pen, zitiert nach Adelheid Zinell: Moderner Rechtspopulismus in Frankreich, 1996, S.221

2 Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft, 1972, S.29

3 Werner W. Ernst: Zu einer Theorie des Populismus, in: Anton Pelinka: Populismus in Österreich, 1987, S.16

4 Helmut Dubiel: Populismus und Aufklärung, 1986, S. 42

5 Wolfgang Fach: Volkes Stimme, in: blätter für deutsche und internationale politik, 10/1996, S. 1263

6 Rudolf Billerbeck: Plebiszitäre Demokratie in der Praxis, 1989, S.17; und Mike Davis: City of Quarz, 1994, S.179

7 Johannes Agnoli: Die Transformation der Demokratie, 1968, S.37

8 Friedhelm Lövenich: Dem Volk aufs Maul. in: Politische Vierteljahreszeitschrift 30/1989, S.23

▶ **Winfried Rust** ist Mitarbeiter im **iz3w**.



»G'schen muss was«
Über den Zusammenhang von Demokratismus und Populismus

von **Franz Schandl**

War der Populismus bei den politischen Eliten der nachfaschistischen Ära eher verpönt, so ist er in den letzten Jahren salon- und hoffähig geworden. Nicht nur am rechten Rand, sondern auch und vor allem in der Mitte der Gesellschaft. Zweifellos, der Populismus ist populär. »Ich bin ein positiver Populist«, sagt etwa der österreichische Kanzler Viktor Klima. Populist zu sein gehört heute mehr denn je zum Anforderungsprofil eines erfolgreichen Politikers.

▶ Wenn hier in der Folge von Populismus gesprochen wird, dann sind ausschließlich aktuelle Strömungen in den Zentren des Kapitals gemeint. Als Prototyp dieses sekundären, d.h. postfaschistischen und postfordistischen Populismus gilt uns Jörg Haider, der auch des Öfteren als Fallbeispiel herangezogen wird. Unsere Analyse erhebt gar nicht erst den Anspruch, alles, was unter jenem Begriff firmiert, unter ein Dach zu bringen. Insbesondere der so genannte Befreiungsnationalismus, bleibt in diesem Text außen vor.

Populismus meint Auslieferung an Volkes Stimmung durch ihre Einforderung. Was natürlich dazu führt, dass die tendenziell sowieso populistisch angelegte Politik im Zeitalter kulturindustrieller Diktate immer populistischer agieren muss, wollen ihre Träger in der medialen Arena bestehen. An ihr Ende gekommen, zeigt uns die Demokratie ihren blanken Hintern. Sie demonstriert sich kenntlich, doch fast alle schauen weg. Fast täglich blamiert sie auch ihre Tadler, denen nichts Besseres einfällt, als unentwegt gestrige Verhältnisse gegen heutige Zustände einzufordern.

Gesunder Menschenverstand

▶ Der Populismus baut auf die ungebrochene Verallgemeinerung des gemeinen Menschenverstands, der auch in der Politik, ja in der öffentlichen Kommunikation überhaupt kaltschnäuzig seine Allgemeingültigkeit behauptet. Politik soll gesäubert sein von jedem reflexiven und komplexen Gedanken, sie soll sich ausrichten auf Unmittelbarkeit und Direktheit. Was hochkommt ist eine Erregung, die sich in ihrer einfältigen Dualität aufzudrängen versteht. Sie orientiert sich dann an so hervorragenden Kriterien wie leistungswillig gegen arbeitsscheu, inländisch gegen ausländisch etc. Immer freilich ist das eine ausschließlich positiv besetzt, während man sich vom anderen abgrenzt.

Die Demokratisierung der Demokratie führt zum Populismus

Populismus bedeutet die Zurückdrängung von Erkenntnis und Begriff zu Gunsten eines dumpfen Gefühls: dem gesunden Volksempfinden. Es herrscht das Ressentiment, es verlangt nach einprägsamen Formeln. Es will nicht denken, es will nur noch handeln: »G'schen muss was«, wie der hiesige Volksmund sagt. Der Stammtisch erhebt sich und will zur Tat schreiten.

Etablierte Politiken haben dem bisher unzureichend entsprochen, sie haben einfach zu differenziert, zu rücksichtsvoll agiert. Der Populismus will nun diese Vorsichtigkeiten und Zurückhaltungen über Bord werfen, ja er verurteilt dieses zaghafte Lavieren und Taktieren seiner Konkurrenz als einen Makel des Systems. Wobei der Populismus unter System irgendwelche abgeleiteten Machenschaften versteht, z.B. Skandale oder Privilegien bzw. gar die Bürokratie oder den Steuerstaat insgesamt. Was interessieren ihn Zustände, wenn er gegen Missstände loslegen kann. Der sekundäre Populismus ist die falsche Auflösung der Politikverdrossenheit. Kein Vorurteil, das nicht zum Applaus führen kann.

Der Populismus ist ziellos, aber nicht zwecklos. Sein Zweck besteht in seiner Unmittelbarkeit, in der synchronen Begleitung des gesellschaftlichen Ablaufs. Er ist dessen verallgemeinerter Kurzschluss. Er ideologisiert diese Entwicklung, benennt seine Schuldigen. Er ist der synergetische Puffer, die realfiktive Richtschnur der Orientierungslosen. Sein Mund ist so voll wie sein Hirn leer ist.

Stets findet der Populismus Demonstrationsobjekte, die singulär betrachtet, wirklich grotesk und übel sein mögen, so dass sie nicht zu verteidigen sind. Sensationierung, Skandalisierung und Krimininalisierung lassen jeden Anlass (unabhängig vom Wahrheitsgehalt) als eigentlich der Gesellschaft untypische Absonderlichkeit erscheinen. Nicht eine spezifische Verwirklichung der gesellschaftlichen Norm wird erkannt, sondern eine Willkür der Abnorm, die sofort bestimmten Menschengruppen typologisch zugeordnet wird: Sozialschmarotzern, Privilegienrittern, Machthabern, Spekulanten, Funktionären, Bürokraten, Gaunern, Ausländern, Juden etc.

Die herkömmliche repräsentativ-demokratische Politik will den komplexen Bedürfnissen irgendwie Rechnung tragen. Je komplizierter das gesellschaftliche Aggregat ist, desto wirrer erscheinen nicht nur Teile, sondern auch das Gesamte. Der Populismus tut so, als hätte er auf der gegebenen gesellschaftlichen Basis einfache Rezepte, die es nur durchzusetzen und anzuwenden gelte. Er banalisiert, aber gerade dadurch kommt er an. Er beharrt auf einer metaphysischen Eindeutigkeit, wo gar nichts eindeutig ist.

Politik konnte zu ihren besten Zeiten eine notwendige Abgehobenheit von den aktuel-

len Stimmungen und Bedürfnissen aufrechterhalten. Der repräsentative Parlamentarismus wollte sich eine relative Autonomie von den sinnlichen Gewissheiten seines Staatsvolkes durchaus bewahren. Diese Politik wollte nicht nur gegängelt sein, sie wollte auch gängeln. Das Trottoir der Gemüter war nicht ihr primäres Terrain. Die Volksmassen waren ihr nicht Fetisch, sondern durchaus auch Manövriermasse. Politik verstand sich als Vormund des Volkes. Und das ist ausdrücklich nicht negativ gemeint! Es gibt wahrlich Übleres. Dass die etablierten Parteien bisher (von seltenen Ausnahmefällen abgesehen) jeweils links von ihren Wählern anzusiedeln gewesen sind, spricht für jene. Der obligate Ansatz das Volk zwar anzurufen, ihm aber nicht ganz zu trauen, verschwindet nun. Es ist der Populismus, der diese Restbestände bürgerlich-immanenter Emanzipation eliminieren will, indem er ganz auf Identität und Gemeinheit setzt.



»Die Zukunft gehört den Freiheitlichen«

Demos alias populus

► Demokratie heißt Herrschaft des Volkes. Da wir sowohl gegen die Herrschaft als auch gegen das Volk sind, warum sollen wir ausgerechnet für die Volksherrschaft sein? Demokratie meint die Selbstbeherrschung der sozialen Rollenträger, d.h. das tätige und geistige Bekenntnis des Individuums zu seiner Position. Herrschaft ist dem bürgerlichen »Dividuum« (Günther Anders) eine immanente Größe. Es hat die objektiven Zwänge von Wert und Geld völlig aufgesogen, kann sich selbst ohne diese gar nicht mehr vorstellen, geschweige denn etwas anstellen. Es beherrscht sich wahrlich selbst, es ist seine eigene Instanz, sein eigener Herr. Herr und Knecht treffen sich in demselben Körper. Bürgerliche Freiheit determiniert Selbstbeherrschung, Selbstverfügung, Selbstgehörigkeit. Das Ideal des aufgeklärten Menschen blamiert sich an seinen Exemplaren. Der mündige Bürger entpuppt sich in bürgerlichen Zeiten stets als das hörige Subjekt.

Die Krise der Demokratie ist empirisch evident. Fast alles, was die Demokratie trägt (im Sinne von beinhalten wie konstituieren), ist in Verruf gekommen: Parteien, Politiker, Bürokratien, der Parlamentarismus, die Gesetzgebung, der Proporz. Bejaht, und das dafür umso frenetischer, wird lediglich der volksgemeinschaftliche Kern. Der Populismus hat gegen die herkömmliche, von Funktionären und Mandataren geprägte Demokratie die besseren Argumente, da er sie zu Ende führt. Zurecht beruft er sich auf das Volk und entzieht so denen, die sich auch auf dieses berufen, die argumentative Basis. »Ich habe keine Angst vor dem Volk. Daher bin ich für einen weiteren Ausbau der Direkten Demokratie.«[1] Jörg Haider mag kein klassischer Demokrat sein, ein reinrassiger ist er zweifelsfrei.

Die moderne Demokratie giert nach kommerzialisierter Abstimmung, sie fragt nach Stimmung, will und muss diese demonstrieren. Der Populist ist dahingehend sogar der (in doppeltem Wortsinn) lauterere Demokrat, da er ungeschminkt die Normalität zum Ausdruck bringt. Was rechte Demagogen wissen oder zumindest spüren, das will linken Demokraten überhaupt nicht in den Sinn kommen. Dass gerade in der Linken, ja sogar in der radikalen Linken, die Demokratie so anerkannt ist wie der Populismus verkannt, ja beide wie natürliche Antipoden erscheinen, ist Ausgeburt dieser völlig unhistorischen Sicht bürgerlicher Herrschaft, die Demokratie von dieser entkoppelt, sie nicht als Formprinzip des Kapitalverhältnisses sieht, sondern als eherne Form, ja Höhe- und Endpunkt menschlicher Kommunikation. Fällig ist die Entzauberung der Demokratie. Nichts verklärten die bürgerlichen Aufklärer und ihre linken Brüder und Schwestern so wie die Demokratie. Die allseits Bekannte ist die Nichterkannte.

Ordinary people

► Griechisch wie lateinisch: Populismus ist Demokratismus. Der Populismus ist seinem Wesen nach nicht der Gegner der Demokratie, sondern ihre Fortsetzung mit entschiedeneren Mitteln. Es ist die ursprünglich von der Linken propagierte und zwischenzeitlich fast allseits eingeforderte Demokratisierung der Demokratie, die zum Populismus führt. »Demokratie hält die Demokraten auf Trab, und die Demokratisierung der Demokratie ist unser Anliegen«[2], sagt Haider.

Die normalen Leute nehmen es Haider nicht übel, wie er mit seiner Umgebung verfährt. Sein autoritäres Gehabe kommt prächtig an. Sie selbst sind nichts anderes gewohnt. Kleine Leute hassen kleine Gauner, kennen sie sich doch selbst nur allzu gut. Haider aber, den sie lieben, ist kein kleiner Gauner. Ja, er prügelt diese vor einer begeisterten Menge regelrecht durch: »Das ist Haiders Angebot. 'Er gibt ihnen Saures!' (...) Die Leute erfreuen sich gar nicht an seinen Wortschöpfungen, sondern an den Wirkungen, die sie auslösen. Sie wählen Haider nicht, weil er die Beschäftigungspolitik der Nazis gelobt hat, sondern weil er damit die 'Bonzen' gezwiefelt hat.[3] Die Verletzten wollen verletzen. Sie wählen zufleiß ihn, weil sie damit die Regierenden am meisten ärgern können! Die Qual, die sie den Oberen so einmal bereiten können, ist ja auf dem Bildschirm fast zu greifen. Es geht den Kaputtgemachten gar nicht darum, dass Haider ihr Leben besser macht, sondern nur noch darum, dass er das Leben anderer schlechter macht. So verpatzt sind die Leute.«[4] (Wilhelm Markus im FOEHN 22, S. 19) Haider ist ihr Stellvertreter, über den sie sich abreagieren können. Und es ist gar nicht so sehr das Ziel, das anspornt (welches könnte es auch sein?), sondern die Methode des Umgangs.

Jene, die sich von Bürokraten und Funktionären nicht drangsalieren lassen wollen, schreien nicht nach Emanzipation, sondern nach totaler Führung. Sie wollen richtig rangenommen werden. Nur in einem Führer kommen jene zu sich, die sich selbst fremd sind. Endlich wieder aufschauen können. Die Rücksichtslosesten kassieren die Stimmen der am wenigsten Berücksichtigten. Der kleine Mann wählt ganz selbstverständlich die Par-



Foto: R. Maro / version

tei der Großgrundbesitzer (Haider) und Großindustriellen (Prinzhorn). Das Volk folgt in instinktiver Genügsamkeit gleich einer Viehherde, die freilich auch von der Herde zur Horde werden kann, wiegelt man sie entsprechend auf.

Fan und Führer

► Anstatt zu meinen, der Wähler könne gar nicht unrecht haben (wie das die etablierte Politik tut, aber nicht nur sie), gilt es umgekehrt festzuhalten, dass der kulturindustriell vorgefertigte Monadenauflauf außer in spezifischen Ausnahmesituationen unrichtig liegen muss. Sein Alltagsbewusstsein, der vielbeschworene gesunde Menschenverstand, ist nicht zu unterstützen, sondern ganz entschieden zu bekämpfen. Eine grundsätzliche Liebe zu den Stimmungen des Volkes ist jedenfalls irrwitzig, sie ist nichts anderes als die Unterstützung »notwendig falschen Bewusstseins«, Populismus pur. Was geleistet werden muss, sind radikale, aber nachvollziehbare Einwendungen gegen den Alltagspositivismus und seine Tücken. Die so genannten kleinen Leute dürfen daher nicht aus der Kritik entlassen werden. Ihre Konditionierung ist zwar nicht ihre Schuld, ihre Genügsamkeit und Fügsamkeit jedoch kein ehernes Naturgesetz, dem sie absolut nicht entgegentreten könnten. Sie sind gefordert.

Auf die Frage, ob Jörg Haider in diesem oder jenem Fall recht hat, antworten viele seiner Anhänger wortwörtlich: »Er wird schon Recht haben.« Er ist der unhinterfragte und unumstrittene Meinungsführer. Führer, wir vertrauen dir! Führer, wir folgen dir! Führer, führe! Des Führers Publikum hat sich in ihm und seiner Bewegung volksgemeinschaftlich aufgelöst. Darin liegt ja auch dessen Gefährlichkeit, da es sich als Fanclub einfach jeder vernünftigen Argumentation entzieht.

Haider ist auch hier Spitze – die Speerspitze des gemeinen Volksempfindens. Die Geführten folgen dem Führer, weil er ihnen folgt. Er ist jenes Markenprodukt, das am markttauglichsten ist. Man sehe sich seine Quoten, seine Einschaltziffern und seine Stimmen bei den Wahlen an. Das bürgerliche Subjekt ist auf einen so wie ihn prädestiniert und trainiert. Das Heillose erwartet im wahrsten Sinne des Wortes Heil. Haider entzückt als Heilsbringer. Das Faszinosum aller Populismen des bürgerlichen Zeitalters ist in diesem Charisma der Erlösung zu suchen. Schwäche impft sich durch Unterwerfung und Hörigkeit.

Hinschnappen, anfallen, festbeißen, das sind die wahren Kunststücke von FPÖ und Anhang. Der freiheitliche Parteigänger ist der absolute Fan. Charakteristisch sind eine eifernde Genügsamkeit und eine hörige Ergriffenheit, die gegenüber der obligaten österreichischen Untertanenmentalität noch einmal negativ abfallen. Wusste und spürte der Untertan zumindest noch die Differenz von Oben und Unten, so geht der Freiheitliche völlig in der indifferenten Identität einer Volksgemeinschaft auf. Statt bloß zu kuschen, schreit er zu allem Überfluss auch noch »Hurra!«. Aus der fatalistischen Hinnahme wurde eine fanatische Hingebung.

Der Fanatiker von gestern heißt heute Fan. Der Führerkult hat sich ins Starprinzip transformiert. Die Promiparade ist der Laufsteg der Kulturindustrie. Haider trägt dem in seinem letzten Buch sogar in der Satzkonstruktion Rechnung, indem der Egomane laufend Ich-Ich-Ich-Ich sagt. »Ich möchte dieses Land...« »Ich werde diesem Spuk....«, »Ich habe keine Angst...« Man kann sich die direkt beim Stampfen vorstellen, die (noch) nicht losmarschieren dürfen. Ich und Wir schließen die Reihen dicht. Das Du und das Ihr kann in diesem Szenario nur noch als Konkurrenz wahrgenommen und somit als individuelle oder kollektive Bedrohung empfunden werden. Aber das ist das moderne Programm: Weg von den anonymen Apparaten, hin zum Individuum, lautet die Parole. Kein Zufall ist, dass der positive Populist Klima wie der negative Populist Haider nun auch ihre Werbetexte im Staccato-Ich aufsagen.

»Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber«, nirgendwo passt dieser Satz heute so gut wie hier zu Lande. Der Widerwille, den viele SPÖ und ÖVP zurecht entgegenbringen, von dem bleibt die FPÖ weitgehend verschont, obwohl deren Konzepte (wie etwa der propagierte einheitliche Steuersatz durch eine so genannte Flat tax oder diverse Ausgabenkürzungen) noch um einiges aggressiver sind als die Sparpakete der rosa-schwarzen Regierung. Was Haider gelungen ist, das ist die Zusammenführung der Überfressenen mit den Under-Dogs. Gemeinsam gehen sie nun auf die Jagd. Letztere werden gar angehalten, den Sozialabbau voranzutreiben. Opfer verlangen nach Opfern, ohne zu begreifen, dass per definitionem nur ihresgleichen und somit auch sie selbst das sein können. Doch im Verblendungszusammenhang geht dies unter, erhält jede Aversion eine falsche Richtung.

»Natürlich sind die Haider-Wähler zum Teil bösartig, widerlich, niederträchtig, fies, gehässig, aber diese Eigenschaften sind ehrliche Produkte ihrer Lebensverhältnisse. Bevor wir uns ereifern wollen darüber, was die Leute anstellen, bitt' ich, sollten wir uns doch ereifern darüber, was mit den Leuten angestellt wird.«[5] Wir haben für beides zu sorgen. Der Objektivismus neigt zur Rechtfertigung, der Subjektivismus zu einer billigen Schuldzuweisung. Nichtsdestotrotz gilt es aber, da hat Markus Wilhelm recht, zwischen Haider und seine Wähler reinzukommen, zumindest wenn das als Sprengsatz zu verstehen ist.

Man muss die Leute darauf stoßen, was sie sind, welche gesellschaftliche Rolle sie erleiden und ausleben. Gleichzeitig gilt es aber auf der Unterscheidung von Chraraktermaske und möglichem Charakter zu bestehen, also die Einheit des bürgerlichen Subjekts zu dekonstruieren, sie nicht als Selbstverständlichkeit zu akzeptieren. Praktischer Zweck der Kritik ist die Wirkung. Strategisches Ziel ist das Sich-an-sich-reflektieren der jeweils Angesprochenen.

Das ist jedoch ein schwieriges Unterfangen, läuft es doch stets Gefahr, selbst ins (links)populistische Fahrwasser abzugleiten. Das spricht aber noch nicht gegen das Vorhaben. Loseisen statt anknüpfen ist gefragt, selbst wenn die Versuche bisher in der Anpassung oder im Abseits endeten. Alles andere würde nämlich nicht nur eine schicksalshafte Zusammengehörigkeit zwischen Fan und Führer behaupten (was ja vorerst stimmt), sondern auch deren Unaufhebbarkeit. Wäre das der Fall, dann sähe es freilich finster aus.

Abrundung

► Zwei Aspekte sollen noch gesondert angemerkt werden, ohne sie groß auszuführen. Erstens ist festzuhalten, dass immer, wenn Jörg Haider klassische Mobilisierungen versucht, z.B. Demonstrationen oder Volksbegehren, scheitern diese – zumindest bis jetzt – kläglich. Auch gilt es darauf hinzuweisen, dass etwa die stimmenmäßig gleichstarke christlichsoziale ÖVP um ein Vielfaches mehr Mitglieder hat als die Haider-Partei. Der se-

kundäre Populismus ist ein Medienpopulismus: Nicht der Aufmarsch und die Massenversammlung stehen im Zentrum, sondern das im Wohnzimmer vor der Kiste sitzende Publikum, das auf Grund der Kompatibilität freiheitlicher Programme von Haider zu Stimmen verwurstet wird.

Zweitens macht es die obligate Verortung Haiders im äußersten rechten Eck den Herrn Normaldemokraten so leicht, von sich selbst und ihrer Freiheitlichkeit abzulenken. Wenn Haider Identität mit ihnen behauptet, beharren sie auf Differenz. Der Freiheitlichen-Chef weiß, was andere nicht wissen wollen: »Die Zukunft gehört den freiheitlichen Bewegungen: Patriotisch, marktwirtschaftlich, gemeinschaftsorientiert und menschlich. New Labour vollzieht gerade diesen Prozess. In Deutschland darf man gespannt sein, wer die besseren Freiheitlichen sind – Edmund Stoiber und seine CSU oder Gerhard Schröder mit seinen Sozialdemokraten.«[6] Und wenn nicht, dann soll nichts Schlimmeres passieren: »Wenn es keiner von beiden schafft, gibt es nach Kohl eine freiheitliche Bewegung in Deutschland.«[7] Und diese Drohung würden wir nicht unter Größenwahn einreihen.

Anmerkungen:

1 Jörg Haider, Befreite Zukunft jenseits von links und rechts. Menschliche Alternativen für die Brücke ins neue Jahrtausend, Wien 1997, S. 99.

2 Ebenda, S. 46.

3 Obwohl es selbstverständlich auch solche gibt, die ihn gerade wegen seiner nazistischen Aspekte wählen, wählt ihn die Mehrheit seines postfordistischen Publikums trotz dieser Äußerungen. Auch wenn sie diese nicht unterstützen, stört es sie aber schließlich nicht, daß er sie tätigt. Zum Stellenwert des Faschismus bei den Freiheitlichen siehe meinen Artikel »Das Phänomen Haider« in Krisis 23 (erscheint zur Jahreswende 1999/2000).

4 Markus Wilhelm, Wir Haiderwähler und wir Nichthaiderwähler, FOEHN 22, Innsbruck 1996, S. 19.

5 Ebenda, S. 4.

6 Jörg Haider, Befreite Zukunft jenseits von links und rechts, S. 96.

7 Ebenda, S. 97.

► **Franz Schandl** ist Redakteur der Zeitschrift Streifzüge, Publizist und Historiker.

Der Koran als L(ö)sung

Die islamistische Gemeinschaftsideologie

von **Jochen Müller**

Politik und Populismus sind zwei Seiten einer Medaille – der Repräsentation und Vertretung der Interessen eines in der Regel nationalstaatlich verfassten Kollektivs. An dieses appelliert Politik, wenn sie die Zustimmung vom (Wahl)volk verlangt, die ihr per Gesellschaftsvertrag schon sicher ist. »Populistisch« etikettierte Politik unterscheidet sich dabei von etablierter Politik nur wenig. Das gilt auch für den Islamismus in seinen verschiedenen Spielarten.

► Politik und Populismus treten im Namen des Allgemeinwohls auf, von dem sie behaupten, es zu vertreten, zu schützen oder zu vergrößern. So greifen beispielsweise die »moderaten« bürgerlichen islamistischen Strömungen – zu ihnen zählen etwa die Refah-Partei in der Türkei, die Muslimbrüder in den Staaten des Nahen Ostens oder die algerische FIS vor dem Militärputsch – je nach Region und Gesellschaft meist nur gering voneinander abweichende Themenbereiche auf. Es geht ihnen um Armut und die krasse soziale Ungerechtigkeit, um nationale Schwäche und Fremdbestimmung, Korruption, den Verfall von »authentischer« Kultur und ihren Werten, aber auch um politische Partizipation gegen die autoritären Regime. Stark geworden sind viele der islamistischen Bewegungen mit den wachsenden sozialen Widersprüchen infolge einer zunehmenden ökonomischen Liberalisierung in diesen Ländern. Viele Menschen erfahren die gesellschaftliche Modernisierung unter kapitalistischen Vorzeichen als Bedrohung ihrer sozialen und kulturellen Existenz. Dagegen setzen Islamisten von Algerien bis Afghanistan, von liberal bis radikal-reaktionär, die prinzipiell gleiche einfache Losung: Der Islam ist die Lösung.

Eine solche Ein-Punkt-Programmatik – d.h. die Probleme der Gesellschaft in einem zentralen Faktor zu bestimmen und ihre Bewältigung dementsprechend in der Beseitigung oder Veränderung dieses Faktors zu suchen – ist Ausgangspunkt der meisten sozialen und politischen Bewegungen. Beim Islamismus lautet der Kern der simplen Botschaft: Die sozialen Probleme und die Schwäche der eigenen Gesellschaft resultieren aus der Abwendung vom Islam. Zu dessen vor allem im Koran niedergelegten Vorgaben für die Ordnung der Gesellschaft müsse nun zurückgekehrt werden. Adressat dieser Opposition ist die meist national begriffene Gemeinschaft der Muslime. Daneben tritt häufig das Konzept der ´Umma´, Leitbild für eine weltweite islamische Gemeinde. Ein Konsens der »wahren« Muslime über die »islamischen« Werte und Normen, der die Basis der vermeintlich einfachen Regelung aller Lebensbereiche in der Gesellschaft bilden sollen, wird als eine Art »gesundes Volksempfinden« vorausgesetzt. Die Mitglieder des Kollektiv werden von Islamisten meist in typisch populistischer Manier als Masse der kleinen und ehrlichen Leute definiert, die hart arbeiten und doch nicht genug zusammenbringen, um ihre Familie zu ernähren. Demgegenüber steht das Bild der wenigen reichen und mächtigen Manipulatoren, der »fetten Katzen« in Wirtschaft und Politik. Diese beuteten im Bund mit »dem kapitalistischen Westen« die kleinen Leute aus und seien mit ihrem Lebensstil für Kulturverlust, Niedergang und Zerfall des einst doch so mächtigen »islamischen« Kollektivs verantwortlich.

Der Islamismus spricht im Namen des »gesunden Volksempfindens«

Das in der islamistischen Propaganda häufig verwandte Bild der Parasiten verdeutlicht, wie hier das negative Prinzip, das Böse, das Andere im Körper der imaginierten Gemeinschaft aufgespürt und deren Hass ausgesetzt wird. Die »Wut der Zukurzgekommenen« (Dubiel) wird also nicht gegen die gesellschaftlichen Bedingungen gerichtet, sondern gegen die vermeintlichen Bösewichter, die das Boot – eine beliebte Metapher für die Gemeinschaft – durch ihren Egoismus zum Kentern bringen. Im Fall islami-



Mobilisierung zur Erringung der Macht im Staate

Foto: R. Maro/version

stischer Bewegungen werden die »Anderen« als schlechte Muslime geoutet, derer es sich zu entledigen gilt, um dem Wohl der Gemeinschaft der »wahren« Muslime zu dienen. Für die Misere wird nicht die Verfasstheit des gesellschaftliche Ganzen verantwortlich gemacht. Die Ursachen von Krisenerscheinungen und die Gründe des Gefühls des Betrogenseins werden stattdessen in vereinfachender Weise verortet: im raffenden Kapital, das nicht im Dienste des Allgemeinwohls schafft (vgl. auch die aktuelle Globalisierungsdebatte mit der Kritik am spekulativen Kapital) oder in den »Fremden«, die den hart erarbeiteten (»verdienten«) Ertrag des Kollektivs auf dessen Kosten genießen. »Fremde« sind im Fall des Islamismus neben den Ausbeutern im eigenen Land in der Regel die »neoimperialistischen« Profiteure der ungerechten Weltwirtschaftsordnung in den Industriestaaten. Diese für den Populismus typische Polarisierung und Personalisierung der Ursachen von Miseren verheißt den »Zukurzgekommenen« noch nicht einmal eine Umverteilung des Reichtums – angeboten werden vielmehr Ressentiments. Der »...eigentliche Gewinn, auf den der Volksgenosse rechnet, ist die Sanktionierung seiner Wut durchs Kollektiv« (Horkheimer/Adorno, Dialektik der Aufklärung, 1988, S.179).

Ein weiteres klassisches Merkmal populistischer Politik ist der Bezug auf die kollektive Moral. Auch im Islamismus wird etwa die Frau, ihr Körper und ihre Rolle in der Gesellschaft zum Gegenstand der Agitation. Konservative bis extrem reaktionäre Konzepte herrschen hier vor und werden biologistisch begründet. Die Bewahrung der Macht über die Frau durch das von Männern repräsentierte Kollektiv erscheint als wesentliche Bastion gegen die Erfahrung von Fremdbestimmung, der kulturellen »Verwestlichung« und/oder sozio-ökonomischen Veränderungen. Dabei weichen die Frauenbilder und die Vorstellung von öffentlicher Moral bei weiten Teilen islamistischer Bewegungen allerdings kaum von denen in Gesellschaft und Politik ohnehin verbreiteten ab – sie erscheinen lediglich in noch zugespitzterer, noch vereinfachter Form.

Politik wie Populismus geht es um die zweckmäßige Integration der Gemeinschaft

Ohnehin ist der Unterschied zwischen sich rational gebender Politik und den von ihr vertretenen Positionen auf der einen und dem vermeintlich »irrationalen« Populismus auf der anderen Seite nur ein gradueller. Der vermeintliche »Extremismus« populistischer Agitation dient der Politik in der Regel vor allem dazu, sich von ihm positiv abzugrenzen. Als »vernünftige« Politik kann so erscheinen, was doch der gleichen Maxime folgt: Politik und Populismus versprechen das Allgemeinwohl, verstanden als Wohlstand des eigenen Kollektivs. Für alle das Beste zu sein, ist Verheißung und Legitimation jeglicher Gemeinschaftsideologie. Was den Islamisten die Umma, ist der Politik – ob in Algerien und Ägypten wie in Deutschland und Frankreich – Volk oder Nation. So führt die ägyptische Staatspartei die Einheit der Nation gegen die radikalen Islamisten ins Feld, die etwa mit Anschlägen auf TouristInnen Ägyptens Bild im Ausland »beschmutzten« und die Nation um die Einnahmen aus dem Tourismus brächten. Hier wie dort wird mit dem Vorwurf der Schädigung der Gemeinschaft agitiert. Hier wie dort wird mit dem »Wir-sitzen-doch-alle-in-einem-Boot«-Argument eine Einheit beschworen, die von den tatsächlichen gesellschaftlichen Widersprüchen abstrahiert.

Genau darin liegt das Prinzip von Politik: in der Überzeugung oder Mobilisierung von Massen oder der Mehrheit zur Erringung oder Behauptung der Macht im Staate. Dessen Aufgabe ist es, die Individuen zum Kollektiv von Staatsbürgern zu integrieren, auch gegen deren je eigene Interessen. Im Vordergrund stehen die Verteidigung, Aufrechterhaltung und die Fortentwicklung des Bestehenden. Probates Mittel dafür ist die Konstitution und Organisation der »Wir-Gruppe« – sei es als Volk, Stamm, Nation oder Gemeinde gegenüber den »Anderen«. Der Populismus ist nur eine der Spielarten dieser Politik. Er rüttelt kaum an der Verfasstheit des Systems. Seine Forderungen wie seine TrägerInnen kommen meist aus dem Zentrum der Gemeinschaft. Die Führer der gemäßigten islamistischen Bewegungen entstammen den Mittel- und Oberschichten. Sie verlangen mehr Demokratie und würden sich mit dem IWF über die Durchführung von Strukturanpassungsmaßnahmen schnell einig.

▶ **Jochen Müller** ist Mitarbeiter im **iz3w**.



Foto: J. Holst

Helden und Propheten

Der Wandel des Populismus in Lateinamerika

von **Christian Suter**

Vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Globalisierungsprozesses erfährt der Populismus in Lateinamerika derzeit eine Umwandlung von der traditionellen wirtschaftsfeindlichen zu einer neuen politikfeindlichen Variante. Im Zuge der Staatsgründung und Entkolonisierung hatten sich populistische Regierungen gegen das vor allem ausländische Kapital gestellt. Heute, im Zuge wirtschaftlicher Globalisierung, ist der lateinamerikanische Populismus auf der Suche nach neuen Feinden.

► Im Dezember 1998 gewann der ehemalige Putsch-Offizier Hugo Chávez die Präsidentschaftswahlen in Venezuela. Der charismatische Offizier und Politiker, von seinen Anhängern »El comandante« genannt, sieht sich als geistiger Nachfolger des Freiheitshelden Simón Bolívar – wie viele lateinamerikanische Populisten. Chávez hat gleichsam über Nacht die alten etablierten Parteien (Copei und AD) entmachtet und eines der stabilsten politischen Systeme Lateinamerikas aus den Angeln gehoben. Seine Nähe zum Volk hat er kürzlich in einem seiner großen, medienwirksam inszenierten Auftritte mit der Versteigerung von 23 staatseigenen Flugzeugen demonstriert: Mit dem Erlös könnten 3000 Wohnungen, Schulen und Spitäler für arme Venezolaner gebaut werden. Noch nicht ein Jahr im Amt, hat Chávez das Parlament entmachtet und durch eine verfassungsgebende Versammlung ersetzt, in der seine Bewegung des »Patriotischen Pols« über 90% der Sitze kontrolliert. Mit der von ihm vorgegebenen neuen Verfassung setzte Chávez die Verlängerung seiner Amtszeit und die Möglichkeit seiner direkten Wiederwahl durch.

Nicht nur in Venezuela, auch in anderen Ländern Lateinamerikas ist der tot geglaubte Populismus in alter Frische neu erwacht. In Ecuador, einem Land mit langer populistischer Tradition, übernahm 1996 Abdalá Bucarám, der sich »El Loco« (der Verrückte) nannte, die Regierung. Der selbst ernannte »Streiter für die Armen« und »Geißel der Oligarchie«, zählte neben Bolívar auch Gandhi, Christus und natürlich den großen Populisten aus Ecuadors Vergangenheit, José María Velasco Ibarra, zu seinen Vorgängern. Velasco, der zwischen 1934 und 1972 fünfmal zum Präsidenten von Ecuador gewählt wurde, musste das Regierungsamt nach Inter-

ventionen seitens des Militärs viermal vorzeitig abgeben. Auch Velasco Ibarra verstand sich als Prophet und Apostel, als Vater der Armen und Vergessenen. Im Gegensatz zu Bucarám, der in der Öffentlichkeit vorwiegend als begnadeter Unterhaltungssänger und Tänzer in Erscheinung trat, pflegte Velasco einen ausgesprochen asketischen Lebensstil: »Ich will keinen Komfort und kein Geld; ich will arm bleiben, um meine revolutionäre Seele zu bewahren«. Solche Widersprüchlichkeiten im Erscheinungsbild sind ein charakteristisches Merkmal des lateinamerikanischen Populismus. Bucarám teilte schließlich das Schicksal seines Idols, Velasco Ibarra – er wurde nach kaum sechs Monaten Amtszeit vom Parlament wegen »geistiger Unfähigkeit« abgesetzt, nachdem es zu Massenprotesten gegen seine neoliberalen Sparmaßnahmen gekommen war.

Heimat des Populismus

► Dabei unterscheidet sich dieser neue Populismus zwar von den früheren Formen populistischer Herrschaft, die sich eher durch Wirtschaftsfeindlichkeit auszeichneten. Er steht allerdings in einer langen populistischen Tradition. Bevor also auf die neuen Kennzeichen eingegangen wird, soll die Geschichte des lateinamerikanischen Populismus in ihren Grundzügen nachgezeichnet werden.

Der Populismus ist eine der dominanten Regimeformen in Lateinamerika: Seit dem frühen 20. Jahrhundert lassen sich über 70 verschiedene Fälle populistischer Regimes zählen.[1] Besonders deutlich trat der Populismus in Lateinamerika in seiner »goldenen Ära« zwischen den zwanziger und den späten sechziger Jahren dieses Jahrhunderts in Erscheinung. In dieser Phase wurden zeitweise bis zu 12 Länder – also die Hälfte aller größeren Staaten Lateinamerikas – von populistisch ausgerichteten Regimes regiert. Eine Häufung lässt sich v.a. Ende der vierziger Jahre und in den sechziger Jahren erkennen. In der lateinamerikanischen Populismusdiskussion wird denn auch davon ausgegangen, dass der Populismus an ein bestimmtes historisches Entwicklungsstadium – die importsubstituierende Industrialisierung – gebunden sei. Allerdings kam es bereits in den ersten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zur Herausbildung populistischer Regimes. Dies wird dokumentiert durch die Machtübernahme von Yrigoyen in Argentinien (1916) oder durch das kurzlebige Regime von Billinghurst in Peru (1912-1914). Entgegen der oben erwähnten These vom Zusammenbruch und dem Ende des Populismus gab es auch in den siebziger Jahren verschiedene populistische Regimes – so etwa Velasco in Peru oder Torrijos in Panama.

Klassenloses Volk

► Auf Grund der sehr vielfältigen mit dem Populismus assoziierten Phänomene wird der Begriff selbst in unterschiedlichster Weise verwendet. Mein Verständnis des Populismus orientiert sich besonders an der von Ernesto Laclau vorgeschlagenen Charakterisierung. Ich unterscheide drei Merkmale des lateinamerikanischen Populismus: Erstens die Anrufung an »das Volk« und Artikulation eines Eliteantagonismus. Dies erfolgt in unspezifischer Weise, d.h. man wendet sich nicht an bestimmte Klassen, Schichten oder Interessenvertreter, sondern insbesondere an die »kleinen Leute«. Mit dieser Anrufung an das Volk ist gleichzeitig die Artikulation eines Gegensatzes oder eines Antagonismus zu bestimmten Eliten und Machtgruppen verbunden. Dabei kann es sich um wirtschaftliche, politische, ethnische oder (bildungs)kulturelle Eliten handeln. Mit der Artikulation des Eliteantagonismus werden Forderungen nach politischer Teilnahme und/oder wirtschaftlicher und sozialer Teilhabe gestellt.

Der lateinamerikanische Populismus unterscheidet sich in einem wesentlichen Punkt vom derzeitigen »Rechtspopulismus«, wie er in den europäischen Zentrumsgesellschaften auftritt. Der europäische »Rechtspopulismus« artikuliert nicht nur einen Antagonismus gegenüber bestimmten Elitegruppen – vorzugsweise gegen das politische Establishment, Intellektuelle und Bildungsbürgertum. Hinzu kommt eine ähnliche Abgrenzung gegenüber marginalisierten Gruppen – vorzugsweise AusländerInnen, AsylbewerberInnen, Suchtabhängige. Es handelt sich beim »Rechtspopulismus« demnach um eine doppelte Ausschließung, gegen oben und gegen unten. In Lateinamerika dominierte hingegen lange die einfache Ausschließung gegen oben.

Marginale Gruppen aus der traditionellen Elite übernehmen die Führung

Ein zweites Merkmal des lateinamerikanischen Populismus ist der klassenübergreifende Charakter der politischen Allianz. Typischerweise setzt sich das Bündnis einer populistischen Allianz aus Mittel- und Unterklassen zusammen, wobei häufig marginale Gruppen aus der traditionellen Elite die Führungsrolle übernehmen – ein Beispiel dafür ist der argentische Radikalismus unter Yrigoyen. Der Charakter des populistischen Bündnisses variiert dabei je nachdem, welche gesellschaftlichen Gruppen ein- und welche ausgeschlossen werden. Der eingangs erwähnte »velasquismo« in Ecuador stützte sich weitgehend auf den urbanen informellen Sektor außerhalb der Hauptstadt (Kleinhandel, Handwerker, nicht organisierte städtische Unterschicht). Andere »typische« populistische Regimes, wie das Movimiento Nacionalista Revolucionario (MNR) in Bolivien, Perón in Argentinien, die Alianza Popular Revolucionaria Americana (APRA) in Peru oder Mexiko unter Cárdenas basierten stärker auf der organisierten Arbeiter- und/oder Bauernschaft des formellen Sektors.

Das dritte Merkmal neben dem klassenübergreifenden Charakter und der oftmals losen Organisationsform ist die charismatische Führerfigur. Gerade weil eine straffe Organisation auf Grund der heterogenen Zusammensetzung der sozialen Basis nicht oder nur sehr schwer zu bewerkstelligen ist, wird charismatische Führerschaft zu einem wichtigen Integrationsmechanismus. Heiligkeit, Heldenkraft und Vorbildlichkeit sind wichtige Ressourcen, die diese Führer neben ihrer Voksverbundenheit benötigen. Deshalb ist es nicht erstaunlich, dass sich die populistischen Führungspersönlichkeiten als (Bürgerkriegs-) Helden (siehe Chávez), Heilige und Propheten präsentieren.

Bündnis für Industrialisierung

► Wie eingangs erwähnt, wird in der lateinamerikanischen Literatur der Populismus einer bestimmten historischen Epoche zugeordnet. So wird die Blütezeit des lateinamerikanischen Populismus zwischen 1920 und 1965 mitunter auch als eigentliche populistische Periode bezeichnet.[2] Sie wird einerseits abgegrenzt von den historisch vorgelagerten, auf die Ausfuhr von Rohstoffen ausgerichteten Exportoligarchien des 19. Jahrhunderts und andererseits von den nachfolgenden bürokratisch-autoritären Militärregimes der siebziger Jahre. Als eine der Voraussetzung für ihre Entstehung wird eine schwache Mittelschicht betrachtet, die gleichzeitig in einem ausgeprägten Gegensatz zur traditionellen Oberschicht steht, sich aber noch nicht deutlich von der Unterschicht abzugrenzen versucht. Dies bildet die Grundlage für die Mehrklassenallianz zwischen Mittel- und Unterschichten. Wirtschaftliche Basis des Populismus ist die importsubstituierende Industrialisierungsstrategie mit ihrem binnenmarktorientierten nationalen Enwicklungsmodell.

Die Grundidee dieses Modells ist der Aufbau eines Industriesektors, der die Ersetzung importierter Konsumgüter durch einheimische Produktion ermöglicht. Dadurch sollen nicht nur Beschäftigungsmöglichkeiten im Industriesektor im Ausmaß der früheren Importe geschaffen werden. Vielmehr wird – ausgelöst durch die Einkommenssteigerung auf Grund der Beschäftigungseffekte – gleichzeitig eine Erweiterung von Angebot und Nachfrage auf dem Binnenmarktes an-

gestrebt. Die Substitution importierter Konsumgüter (z.B. Textilien) löst eine Nachfrage nach Kapitalgütern aus (z.B. Textilmaschinen) und schafft so die Voraussetzung für den Aufbau einer nationalen Produktionsgüter- und Grundstoffindustrie (z.B. Maschinenindustrie, Stahlindustrie). Mit handels- und investitionspolitischen Maßnahmen sowie reformorientierten Politiken soll der Importsubstitutionsprozess gestützt werden. Diese Industrialisierung schuf so die Grundlage für die Entstehung einer bürgerlichen Klasse von Unternehmern und freien Berufen, aber auch einer gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft im staatlichen Sektor.

Die Reformneigung populistischer Regimes ist auch vor dem Hintergrund der partizipatorischen Forderungen zu sehen, die im Rahmen politischer Mobilisierungsprozesse artikuliert werden. Ein politischer und/oder sozialer Reformbedarf ist denn auch eine weitere wichtige Voraussetzung für das Auftreten populistischer Strömungen. Sozialpolitische Reformen und Wahlrechtserweiterungen wurden entsprechend häufig von populistischen Regimes initiiert und durchgesetzt. Ein Beispiel dafür sind Landreformpolitiken und Nationalisierungsmaßnahmen. So wurde die Verstaatlichung der von ausländischen Unternehmen aufgebauten Erdölindustrie ausschließlich von populistischen Regimes durchgesetzt: Perón in Argentinien, Busch in Bolivien, Vargas in Brasilien, Cárdenas in Mexiko, Velasco in Peru und Pérez in Venezuela sind Beispiele hierfür.

Soziale Reformen wurden häufig von populistischen Regimes durchgeführt

Mit dem Ende der Importsubstitutionsstrategie wurde aber nicht das Verschwinden populistischer Mobilisierungen und Strategien eingeläutet. Im Gegenteil: Im Gefolge von Finanz- und Schuldenkrisen und der langen wirtschaftlichen Stagnation in den achtziger Jahren sind populistische Mobilisierungs- und Herrschaftsstrategien wieder auf dem Vormarsch. Der Übergang zu (häufig instabilen) formal-demokratischen Systemen, der in Lateinamerika im Verlaufe der achtziger und neunziger Jahre vollzogen wurde, eröffnete zusammen mit der wirtschaftlichen Umbruchs- und Krisensphase neue Möglichkeiten für populistische Politiken. Dies trifft in besonderem Maße auf Länder zu, wo das alte Parteiestablishment versagt hat und keine Vermittlung zwischen Gesellschaft und Politik mehr zu bewerkstelligen vermochte. Parteipolitik und Parlamentarismus können so zu

Volk im Einwanderungsland

Der Peronismus vereint Gewerkschaften und Unternehmer

von **Stephan Günther**

Der Peronismus gilt als argentinisches Musterbeispiel des Populismus: Eine Volksbewegung unter der Führung Peróns vereint gesellschaftliche Kontrahenten von links bis rechts, von der Arbeiterin bis zum Großgrundbesitzer. Doch mit der veränderten Rolle des Staates hat sich auch der Peronismus gewandelt. Zwar tritt er immer noch mit populistischen Parolen als Volkspartei auf, doch das Publikum hat sich abgewendet.

▸ Bei den Präsidentenwahlen Ende Oktober wurde der populistische Peronist Carlos Menem von einem »erfolgreichen Langweiler« (WOZ) abgelöst: »Mit dem Mauerblümchen De la Rúa verbindet sich die vage Hoffnung, dass der Respekt in die Politik zurückkehrt.« Menem war vor allem wegen seiner neoliberalen Wirtschaftspolitik der letzten Jahre Verrat am Peronismus vorgeworfen worden, hatte er sich doch im Wahlkampf vor zehn Jahren als Nachfolger des zum Mythos gewordenen Juán Perón präsentiert. Er hatte damit Hoffnungen auf bessere Zeiten genährt, die gleichsam mystifiziert in den argentinischen Geschichtsbüchern beschrieben stehen.

Doch Menems Politik unterschied sich nicht nur durch ihre am Weltmarkt ausgerichtete Wirtschaftspolitik und investitionsfreundliche Finanzpolitik von der Peróns, der in den vierziger Jahren eine »antiimperialistische« und binnenzentrierte Entwicklung angestrebt hatte. Während Perón noch heute als »Mann des Volkes« gilt, der Argentinien erst wirklich vom Kolonialismus befreit habe, steht Menems Populismus ganz im Zeichen des Wettbewerbsstaats. Während sich Perón dafür feiern ließ, dass er den britischen Einfluss schmälerte und Eisenbahn und Ölförderung verstaatlichte, sah es Menem 50 Jahre später als Erfolg an, wenn er das Gegenteil tat: Er öffnete das Land für ausländische Investoren und privatisierte Staatsbetriebe. Perón steht für den Aufbau des besten Sozial- und Rentensystems Lateinamerikas, Menem für dessen Abbau. Die unterschiedliche Politik der beiden peronistischen Phasen hat ihre Ursachen in den neuen Vorstellungen vom Staat, die wiederum mit veränderten Konstellationen auf dem Weltmarkt zu tun haben.

Beide setzten ihre vollkommen unterschiedliche Politik in ganz ähnlich populistischer Weise um. In Argentinien sind die beiden großen Parteien seit ihrer Gründung als Massen- und Volksparteien, mehr noch: als Volksbewegungen, entstanden. Bereits die bei den ersten Wahlen 1916 siegreiche »Radikale Bürgerunion« UCR war aus einer nationalen Bewegung entstanden, die sich gegen die Exportbourgeoisie gerichtet hatte. Der Präsident Yrigoyen hatte vor allem die breiten Unterschichten und die noch kleine Mittelschicht mobilisieren können. Wie die »Radikalen« Anfang des Jahrhunderts, hatte auch Juan Domingo Perón in den 40er Jahren Teile der Oberschicht zum nationalen Feindbild stilisiert. Der Ausverkauf des Landes, so seine einfache These, sei auf den viel zu großen britischen Einfluss zurückzuführen. Schon als Sozialminister der Putschisten-Regierung verwandelte er sich zum Wohltäter. Er machte sich beliebt durch eine progressive Sozialgesetzgebung und sozialen Wohnungsbau. Der Oberst bereitete demokratische Reformen vor, die er gleichsam auf sich zuschnitt. Schon lange vor den Wahlen 1946 hatte er ein breites Bündnis aufgebaut, das »Movimiento Justicialista«, die Gerechtigkeitsbewegung. Perón, der »Gaudillo«, verkörpert den Führer dieser Bewegung, seine erste Frau, Evita, die Fürsorgerin und Sprecherin der Armen und Unterdrückten. Es gelang ihm, Gewerkschaften und Unternehmerverbände, Linke und Rechte, Neoliberale und Protektionisten zu einer nationalen Bewegung zu vereinigen. Der Peronismus gilt

Zielscheiben populistischer Abgrenzung werden, wie es in einer autoritären Umgebung nicht möglich wäre. Paradebeispiele hierfür sind Venezuela, Peru und Ecuador. Des Weiteren ist darauf hinzuweisen, dass Populismus als politische Mobilisierungs- und Herrschaftstechnik und die importsubstituierende Industrialisierung als wirtschaftliches Entwicklungsmodell auch in der Blütezeit des Populismus nie so eng verklammert waren wie von den modernisierungs- und dependenztheoretischen Stadienmodellen behauptet. Zum einen wurde die Importsubstitutionsstrategie gerade in Lateinamerika auch von anders gelagerten Regimetypen verfolgt. Zum anderen sind populistische Mobilisierungs- und Herrschaftstechniken durchaus auch in einem anderen wirtschaftspolitischen Kontext denkbar. Hinzu kommt, dass sich der lateinamerikanische Populismus nicht auf den gegen Auslandskapital und Unternehmertum gerichteten Elitegegensatz reduzieren lässt. Auch in der Vergangenheit gab es zahlreiche gegen die politischen und/oder intellektuellen Eliten gerichtete Populismusformen. Auch der eingangs genannte Velasco Ibarra gehört dazu. Aktuellere Beispiele sind – neben Chávez in Venezuela – Alberto Fujimori in Peru oder Carlos Salinas in Mexiko. So eröffnete Salinas gleichzeitig mit seinen neoliberalen Wirtschaftsreformen eine gegen einflussreiche Gewerkschafts- und Parteiführer gerichtete populistische Kampagne.

Anmerkungen:

1 Entsprechend gibt es in der Fachliteratur unzählige Fallstudien zu populistischen Regimes, Bewegungen und Persönlichkeiten: Cardoso, Fernando und Enzo Faletto: Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika. Suhrkamp, Frankfurt 1976. Hentschke, Jens R.: Populismus – Bedeutungsebenen eines umstrittenen theoretischen Konzepts. Arbeitshefte des Lateinamerika-Zentrums Nr. 46, Westfälische Wilhelms-Universität, Münster 1998. Laclau, Ernesto (1981): Politik und Ideologie im Marxismus: Kapitalismus – Faschismus – Populismus. Berlin: Argument Verlag.

2 Dazu und zum Folgenden vgl. zum Beispiel O'Donnell, Guillermo: Modernization and Bureaucratic Authoritarianism. University of California. Berkely 1973. Oder: Cardoso und Faletto, 1976 (vgl. Anm. 1).

▶ **Christian Suter** ist Soziologe an der Eidgenössischen Technische Hochschule Zürich sowie Autor u.a. des Buches: Gute und schlechte Regimes: Staat und Politik Lateinamerikas zwischen globaler Ökonomie und nationaler Gesellschaft, Vervuert, Frankfurt 1999.

als wichtige Etappe im Prozess der argentinischen Nationenbildung.

Der Aufbau einer eigenen Industrie wurde begünstigt durch die internationale Nachfrage an Fleisch und Getreide und das – wegen der Kriegsfolgen – Fehlen internationaler Konkurrenz. Durch die Stärkung der peronistischen Gewerkschaften und eine Sozialpolitik, die auch den unteren Lohnschichten mehr Einkommen bescherte, wurde gleichzeitig die Inlandsnachfrage gestärkt. Das Projekt der nachholenden Entwicklung schien mit diesem »Dritten Weg« Erfolg zu haben. Doch mit der ersten Wirtschaftskrise zerfiel der nationale Konsens, das Volk wurde mehr und mehr durch Repression unter der peronistischen Einheitsbewegung zusammen gehalten. Perón (wie übrigens auch Yrigoyen, der Begründer der Radikalen Partei) ließ politische Gegner verfolgen, verbot oppositionelle Zeitungen und verhinderte die Gründung von anarchistischen und sozialistischen Gewerkschaften, die sich von der peronistischen CGT (Confederación General de Trabajo) abspalten wollten. 1955 schließlich putschte das Militär, Perón floh ins spanische Exil zu General Franco, den er seinerseits in den Nachkriegsjahren ökonomisch und politisch unterstützt hatte. Die protektionistische Wirtschaftspolitik verfolgten jedoch – anders als etwa im Nachbarland Chile – auch die diversen Militär- und Zivilregierungen in der Folgezeit weiter.

Erst nach der letzten Militärregierung, die nach dem verlorenen Falklandkrieg einer Zivilregierung weichen musste, orientierte sich auch Argentinien zunehmend am Weltmarkt. Der neugewählte radikale Präsident Raúl Alfonsín wollte das Land mit einer rigorosen Sparpolitik und Wirtschaftsreformen sanieren – beste Voraussetzungen für den Protest der Peronisten. Deren Präsidentschaftskandidat Carlos Menem präsentierte sich während des nächsten Wahlkampfs denn auch als Nachfolger Peróns, forderte ein Ende der Weltmarktorientierung und legte ein sozialdemokratisches Programm vor. Nach wie vor waren die peronistischen Gewerkschaften loyal zur Partei, das Volksbündnis schien wiederhergestellt. Doch während der zehnjährigen Amtszeit (wozu die Verfassung geändert werden musste) stellte sich diese enge Zusammenarbeit als fatale Verbindung heraus. Menem steuerte – unter starker Einflussnahme des Internationalen Währungsfonds – einen strikt neoliberalen Kurs. Sein Populismus diente lediglich dazu, unpopuläre Entscheidungen gut zu verkaufen. Wiederholt appellierte er an das Nationalgefühl, forderte Verzicht ein, um das peronistische Erneuerungsprojekt zu Ende zu bringen. Die Gewerkschaften spielten lange mit, akzeptierten Nullrunden und Entlassungen, weil sie sich längerfristige Erfolge versprachen.

Vollkommen unterschiedliche Politik im gleichen populistischen Gewand

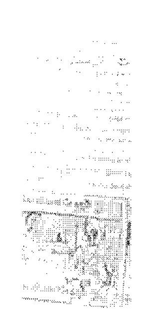
Mehr und mehr richtete sich der peronistische Populismus gegen »innere Feinde«. Die multinationalen Konzerne, die sich nach dem Ausverkauf staatlicher Betriebe vor allem bei den lukrativen Energie-, Telefon- und Fluggesellschaften bedienten, durften nicht verprellt werden, weil die Politik auf Auslandsinvestitionen angewiesen schien. Andererseits ist der Peronismus von den Gewerkschaften abhängig. Der Zusammenhalt des »Volkes« war unter den konfliktiven Bedingungen schwerlich aufrechtzuerhalten, ein neues Feindbild musste her. Plötzlich, seit etwa Mitte der 90er Jahre, gibt es in Argentinien »Drogen-«, »Straßenkinder-« und »Ausländerprobleme«. Der Zuzug vor allem von bolivianischen, peruanischen und paraguayischen MigrantInnen soll begrenzt werden. Begleitet wird diese Politik der Abschottung von rassistischen Polemiken gegen »Indios«. Obgleich das Einwanderungsland Argentinien geprägt ist durch MigrantInnen aus der ganzen Welt, wird der Volksbegriff zunehmend rassisch definiert. Angriffe gegen »Negros«, zu denen Indios genauso zählen wie alle nichteuropäischen EinwanderInnen, und Anschläge auf die jüdische Gemeinde waren unter anderem Folge der neuen populistischen Hetze.

Die mit dem Ende des Fordismus einsetzende Entwicklung zum »nationalen Wettbewerbsstaat« (Joachim Hirsch) führt auch in Argentinien zu einer neuen Gemeinschaft, die auf dem Weltmarkt in Konkurrenz zu anderen Nationen tritt – um Marktanteile, um Investoren und um Kredite. Die dazu notwendige unsoziale Spar- und Rationalisierungspolitik wird nur dann nicht von Protesten und Widerstand begleitet, wenn das Volk auf die Notwendigkeit des »Gürtel-engerschnallens« eingeschworen wird. Insofern hat sich folgerichtig der peronistische Populismus an den europäischen angenähert. Er hat seine spezifisch lateinamerikanische Form (wirtschaftskritisch mit elitekritischer Tendenz) eingebüßt und dagegen Formen des (europäischen) Rechtpopulismus übernommen: Die Abgrenzung gegen innere Feinde.

▶ **Stephan Günther** ist Mitarbeiter im **iz3w**.



Ministerpräsident Karunanidhi Foto: E. Weber



Helden der Leinwand

Film und Demokratie im südindischen Tamil Nadu

von **Eberhard Weber**

Populismus zielt oft auf die Identifikation der Bevölkerungsmehrheit mit einem Volk, einer Nation oder einer Gruppe in Abgrenzung zu anderen Völkern, Nationen oder Gruppen. In vielen Regionen findet so eine Ethnisierung von sozialen Konflikten statt. Doch mit deren Befriedung bedarf es neuer Legitimationen der Machthaber: Nachdem sich etwa die einstigen Separatisten im südindischen Tamil Nadu dazu entschieden hatten, in der indischen Föderation bleiben zu wollen, verlor die nationalistische Propaganda an Durchschlagskraft. Neue Botschaften von Gut und Böse werden seither vor allem über Fernseh- und Kinofilme transportiert.

► Der Niedergang der Congress-Partei, die jahrzehntelang als Garant für politische Stabilität in Indien galt, geht einher mit dem Erstarken regionaler, religiös eingefärbter und entlang von Kastenlinien organisierten Parteien. Dies führte nicht nur zu einer Zersplitterung der indischen Parteienlandschaft, sondern auch zu einer neuen Qualität des Populismus, der in Indien schon seit der Unabhängigkeit ein zentrales Element jeglicher Politik ist, durch die wachsende Bedeutung der Medien aber neue Formen annimmt. In Tamil Nadu, dem südöstlichsten Bundesstaat der indischen Union, hat diese Entwicklung schon sehr früh eingesetzt. Hier stellen mit der 1967 gegründeten DMK (Drawidische Progressive Vereinigung) und der 1972 von der DMK abgespaltene AIADMK (All India Anna DMK) ausgeprochen populistisch auftretende Parteien die Regierung. Auch für die nationale Politik waren beide Parteien in den letzten Jahren von entscheidender Bedeutung, obwohl in Tamil Nadu lediglich 39 der 545 Abgeordnete für das indische Parlament gewählt werden. Am 12. April diesen Jahres teilte die Parteivorsitzende der AIADMK, die ehemalige Filmschauspielerin J. Jayalalitha, Premierminister Vajpayee mit, dass ihre Partei die Regierung nicht weiter unterstützt. Bereits eine Woche später verlor Vajpayee eine Vertrauensabstimmung im Parlament, seine Regierung war damit am Ende.

Jayalalitha erreichte aber nicht, was sie in den Monaten zuvor eigentlich vorgehabt hatte. Immer wieder hatte sie Druck auf den Premier ausgeübt, er möge doch gefälligst ihren Kontrahenten in Tamil Nadu, den dort regierenden Ministerpräsidenten K. Karunandidhi (DMK) entlassen. Der hatte bei den Landtagswahlen 1996 Jayalalitha vernichtend geschlagen und anschließend das frühere Filmidol und ihr gesamtes Kabinett mit einer Flut von Korruptionsanklagen überschüttet. Zu guter Letzt ließ er Jayalalitha auch noch für einige Wochen ins Gefängnis werfen. Am Tag ihrer Verhaftung wurde den Menschen der Reichtum demonstriert, den Jayalalitha in ihrer Amtszeit als Ministerpräsidentin von Tamil Nadu angehäuft hatte. Im Fernsehen waren detaillierte Aufnahmen ihrer Residenz zu sehen, die Zeitungen listeten ausführlich auf, was dort an Wertvollem gefunden wurde: 40 kg Goldschmuck, 800 kg Silberartikel, mehr als 10.000 Saries, 750 Paar Schuhe, 91 Armbanduhren, 19 Autos. Nicht wenig für eine Politikerin, die als Ministerpräsidentin ihr Volk wissen ließ, dass sie mit einem symbolischen Gehalt von einer Rupie die Regierungsgeschäfte leite, und die sich von ihrem Volk als Puratchi Thalaivi, als revolutionäre Führerin, feiern ließ. So wie in Kuba das Konterfei des Revolutionärs Che Guevara allgegenwärtig ist, war in ihrer Amtszeit nicht



Polit-Ikonen von links: Rajiv Gandhi, MGR und Jayalalitha Foto: E. Weber

nur das Straßenbild der Landeshauptstadt Madras von meterhohen Pappfiguren mit Jayalalithas Abbild geprägt.

Mit Kulturalismus gegen den Norden

▶ Was sich in Tamil Nadu abspielt, ist aber mehr als ein Privatkrieg zwischen zwei Politikern. Nachdem die DMK Mitte der 60er die politische Macht übernommen und das Ziel eines unabhängigen Drawidenstaates aufgegeben hatte, musste die Legitimation der drawidischen Parteien durch eine neue Ideologie ergänzt werden. Ihre gegen den indischen Norden gerichtete kulturalistische Ideologie wurde durch eine nach innen wirkende populistische Politik erweitert, die vor allem durch die Ausweitung staatlicher Aktivitäten im »Sozialbereich« zum Ausdruck kam. Dies begann mit der Regierungszeit von Marudur Gopalamenon Ramachandran (genannt MGR), der zwischen 1977 und 1987 in Tamil Nadu eine religiös eingefärbte »Wohlfahrtsdiktatur« errichtete, und hat sich auch in späteren Regierungen bis heute fortgesetzt.

Die jeweiligen Regierungen stellen sich als Interessensvertreter der (vor allem armen) Bevölkerungsmehrheit dar, sind aber gleichzeitig wenig an strukturellen Veränderungen interessiert. Deshalb ist es neben der Aufrechterhaltung eines bestimmten »Minimalniveaus der Armut« auch notwendig, den »Armutsmassen« einen emotionalen Identifikationsraum anzubieten, der dabei hilft, dass die bestehende gesellschaftliche Ordnung nicht in Frage gestellt wird. Eine solche Ideologie beinhaltet eine starke Betonung der tamilischen (drawidischen) Kultur und Geschichte, aber auch das Anprangern von sozialen Missständen und Anbieten von Lösungsmöglichkeiten innerhalb der bestehenden Machtstrukturen, die vor allem auch über das Medium Film den Menschen nahegebracht werden.

Tamil Nadu hat innerhalb Indiens die höchste Kinodichte. Die wichtigsten Politiker in der Geschichte der drawidischen Parteien sind sehr eng mit der Filmbranche verbunden: Annadurai, der erste DMK-Ministerpräsident, und Karunanidhi sind angesehene Drehbuchautoren, und mit MGR und Jayalalitha sind die (zeitweilig) populärsten PolitikerInnen Tamil Nadus gleichzeitig auch die populärsten SchauspielerInnen. Sie konnten das Medium Film als politisches Instrument einsetzen. Sie erreichten, dass sich Bevölkerungsmassen mit ihnen persönlich identifizierten – ein wichtiges Element populistischer Politik.

Das Phänomen MGR

▶ Seit 1950 trat MGR vor allem in Filmen auf, die in vielfältiger Weise soziale Missstände anprangern und durch den Helden MGR zu einem »Happy End« geführt werden. Charakteristische Rollen sind die eines Arbeiters, der gegen die alltägliche Ausbeutung ankämpft, eines Kleinbauern, der vom Landlord um ein Stück Land gebracht wird, oder eines Fischers, der durch seine Bildung die Machenschaften eines betrügerischen Fischhändlers aufdecken kann. MGR spielt Personen, die arm sind, die unterdrückt werden. Dadurch – und weil MGR selbst aus armen Verhältnissen stammt – wird den Zuschauern eine Identifikation leicht gemacht.

Meterhohe Pappfiguren prägen das Bild der Landeshauptstadt

Das »Strickmuster« vieler Filme besteht darin, dass MGR das Böse besiegt und dem Guten und der Gerechtigkeit zum Durchbruch verhilft. Eines unterscheidet ihn jedoch in seinen Filmen von den Unterdrückten und Rechtlosen: Er ist es, der Gerechtigkeit bringt, und er ist es auch, der dazu Gewalt anwendet – ein Privileg, das im wirklichen Leben den Eliten vorbehalten ist. Neben den Filmen, in denen MGR das Böse physisch bekämpft, gibt es auch jene, in denen er Gerechtigkeit über Bildung erreicht; wiederum ein Monopol, das den Eliten vorbehalten ist. Damit spielt er auf ein zentrales Motiv der Drawidischen Bewegung an, die Bildung als wichtigstes Mittel zur Bekämpfung brahmanischer Dominanz ansah.

Ein dritter Bereich, der durch eine asymmetrische Machtstruktur gekennzeichnet ist und der regelmäßig in den Filmen von MGR thematisiert wird, ist die Macht der Männer über die Frauen. Bei Hochzeitsszenen setzt sich MGR gleich über mehrere gesellschaftliche Konventionen hinweg: seine Hochzeiten sind keine arrangierten Kastenhochzeiten, sondern Liebeshochzeiten. MGR schafft so im Film den Frauen die Freiheit, sich der Bestimmung von Kaste und Elternhaus zu widersetzen und ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Seine Hochzeiten werden so konstruiert, dass die durch die Kasten vorgegebene Distanz möglichst groß ist. Es sind etwa Hochzeiten zwischen dem armen Landarbeiter und der Tochter des Landlords. Der Sieg des Guten zeigt sich dann weniger in einem Triumph der Gerechtigkeit, in der Durchsetzung sozialer Reformen oder in einer Umverteilung, er zeigt sich in erster Linie in einer Heirat, in der MGR symbolisch die Klassen- und Kastengrenzen überschreitet.

Politisches Kino

▶ Als MGR 1977 Ministerpräsident wurde, gab er die Schauspielerei auf, um sich ganz der Politik zu widmen. In 136 Filmen hatte er mitgewirkt, in tausenden MGR-Fan-Clubs, die nun zum Ersatz für eine Parteistruktur wurden, hat er seine Anhängerschaft versammelt. Dass MGR in kurzer Zeit vom Leinwandidol zum populärsten Politiker Tamil Nadus werden konnte, setzt jedoch mehr voraus, als dass er mit seinen Filmen den ZuschauerInnen aus den armen Bevölkerungsgruppen Identifikationsräume anbieten kann. Es ist notwendig, dass zwischen dem Schauspieler MGR und dem Politiker MGR kein Unterschied gesehen wird. Das Image, das er durch seine Filme erhalten hat, muss auch für sein politisches Leben gelten.

MGR-Filme sind auch immer DMK-Filme gewesen. Subtile bis offensichtliche Anspielungen auf diese Partei durchziehen die Filme. Das Emblem der Film-Produktionsfirma zeigt die Flagge der DMK. Die aufgehende Sonne, Parteisymbol der DMK, ist ein beliebtes Motiv. In *Nadodi Mannan* (König der Vagabunden, 1958) wird er zum König gekrönt und verkündet sogleich ein Dekret, das ohne weiteres das Wahlkampfprogramm der DMK hätte sein können. In *Nam Nadu* (Unser Heimatland, 1969) erreicht die Instrumentalisierung des Kinos für parteipolitische Zwecke ihren Höhepunkt. MGR tritt mit einem roten Hemd und einer schwarzen Hose zum ersten Mal in den Parteifarben der DMK auf. In einer Sequenz des Filmes hält er ein Buch mit Bil-

dern von Gandhi und DMK-Chef Annadurai. Im Film tauchen die Farben rot und schwarz und die Suggestion einer Verbindung von Annadurai zu Mahatma Gandhi mehrfach auf. In einem der Filmsongs wird Annadurai als »Gandhi Südindiens« bezeichnet.

Dass das wirkliche Leben manchmal sogar noch wundersamer sein kann als der Film, wird an den Umständen deutlich, die MGR 1967 zu einem Abgeordnetenmandat verhalfen. Schon im Vorfeld der Wahlen kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Karunanidhi und MGR, die dazu führten, dass Karunanidhi MGR für einen aussichtslosen Wahlkreis nominierte. Wenige Wochen vor dem Wahltermin verübte ein Schauspielerkollege MGRs, M.R. Radha, auf diesen ein Attentat. Die Konstellation vieler MGR-Filme, in denen er dem Schurken Radha gegenüberstand, wiederholte sich in der Wirklichkeit. Schwerverletzt wurde MGR ins Krankenhaus eingeliefert, die Ärzte kämpften um sein Leben, manche Zeitungen veröffentlichten bereits Todesanzeigen und Nachrufe, doch MGR überlebte das Attentat und bestritt den Wahlkampf vom Krankenbett aus. Sein Mandat gewann er mit überwältigender Mehrheit.

Wie die »Unsterblichkeit« gehört auch seine Wohltätigkeit zu MGRs Image. Sie hat ihm auch die Bezeichnung *Ponmana Chemmal* eingebracht, »der, der mit goldenem Herzen gibt«, »der, der auf seinen Reichtum zugunsten der Armen verzichtet«. Wann immer Notlagen für arme Bevölkerungsgruppen entstehen, MGR ist der erste, der helfend vor Ort erscheint. Er unterstützt Kranken- und Waisenhäuser, verteilt Kleider an Arme, lässt Häuser für Obdachlose bauen und verteilt an arme Kinder Schuluniformen und Schulbücher. Besonders vor den Wahlen nehmen die Geschenkversprechungen »barocke Formen« an.

Ethnizität statt Sozialismus

► Auch heute geben sich DMK und AIADMK gerne einen sozialistischen Anstrich. Ihre PolitikerInnen treten als Fürsprecher für die Armen und Ausgebeuteten auf und lassen sich als »Revolutionäre Führer« (Puratchi Thalaivar) von den Massen verehren. Beide Parteien sind aus einer drawidischen Nationalbewegung hervorgegangen, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts aus dem Konflikt unterschiedlicher Kasten- und Volksgruppen entstanden war. Sehr vereinfacht ausgedrückt, handelte es sich dabei um den Konflikt zwischen Brahmanen und drawidischen nicht-brahmanischen Eliten.

Bald nachdem Ende des 15. Jahrhunderts europäische Händler ihren Fuß auf den indischen Subkontinent gesetzt hatten, folgten auch schon die christlichen Missionare. Im Süden Indiens stießen sie auf zwei Volksgruppen, die in ihren Augen vollkommen unterschiedlich waren: hellhäutige Brahmanen, die vor Urzeiten aus dem Norden eingewandert waren und dunkelhäutige Drawiden, die sie als die Urbevölkerung Südindiens ansahen. Die Brahmanenkaste war die höchste Kaste im Hinduismus, während die dunkelhäutigen Drawiden in der hinduistischen Sozialordnung viel weiter unten standen. Als religiöse Elite zeigten sich die Brahmanen den christlichen Bekehrungsversuchen gegenüber resistent, und so hofften die Missionare, wenigstens die drawidische Bevölkerungsmehrheit zum Glaubenswechsel bewegen zu können. Sie werteten die drawidische Kultur auf und stellten die Brahmanen als Unterdrücker und Zerstörer dieser Kultur dar. Die selbsternannten christlichen »Indologen« entwarfen die Theorie einer glorreichen drawidischen Vergangenheit. Nur die Befreiung von der Versklavung könne die drawidische Kultur wieder zu einer neuen Blüte führen. Die Drawidische Bewegung griff diese »kulturwissenschaftlichen Erkenntnisse« zu Beginn des 20. Jahrhunderts wieder auf und machte sie zur ideologischen Grundlage ihrer Agitationen gegen das Brahmanentum.

Selbsternannte christliche »Indologen« konstruierten eine glorreiche drawidische Vergangenheit

Die Geschichte der Drawidischen Bewegung zeigt deutlich, dass weniger eine sozialistische Gesellschaftsutopie als vielmehr eine reaktionistische und sehr häufig auch naive Auseinandersetzung mit vermeintlich äußeren Bedrohungen die Grundlage der drawidischen Ideologie war, wie sie von der 1916 gegründeten Justice Party und der 1925 von E.V. Ramaswamy Naicker (genannt Periyar = der große Weise) ins Leben gerufene Self-Respect-Movement propagierte. Beide Organisationen hatten zwar in der »Anti-Brahmanen«-Ideologie einen gemeinsamen Nenner, ansonsten jedoch bis in die 30er Jahre hinein wenig weitere Gemeinsamkeiten. In der Justice Party fanden sich vor allem jene Nicht-Brahmanen zusammen, die gebildet und wohlhabend waren, sich jedoch durch die Dominanz der Brahmanenkaste am gesellschaftlichen Aufstieg gehindert sahen. Vor allem der Zugang zu den höheren Posten in der Kolonialverwaltung war ihnen durch die Brahmanen versperrt. Ihre Forderung nach größerer Beteiligung nicht-brahmanischer Beamter in der Kolonialverwaltung stieß bei den Briten auf offene Ohren, denn ihnen wurde die Abhängigkeit von brahmanischen Beamtendiensten immer unerträglicher, zumal diese häufig große Sympathie für die Unabhängigkeitsbewegung zeigten. Die Justice Party hingegen lehnte den nationalen Unabhängigkeitskampf des Indischen Nationalcongresses ab, weil sie in ihm die Verkörperung brahmanischer Dominanz sahen. Sie konnten sich nicht vorstellen, dass in einem unabhängigen, vom Norden dominierten Indien ihre Interessen gewahrt würden.

Es ist bezeichnend, dass nicht die britische Kolonialmacht als ausbeutende Instanz wahrgenommen wurde, sondern die Brahmanen. Indem die Justice Party den Konflikt zwischen Brahmanen und Nicht-Brahmanen zum Kern ihrer Ideologie machte, war sie blind für die enormen Klassengegensätze, die in Tamil Nadu zu Beginn des 20. Jahrhunderts herrschten. Der ausbeuterische Charakter der britischen Kolonialherrschaft war auch deshalb kein Thema, weil die drawidische Elite davon gar nicht betroffen war. Sie profitierte vielfach von der britischen Divide and Rule-Politik und hatte eine starke Mitgliederbasis in der südindischen ländlichen Feudalschicht, den ländlichen Geldverleihern, den Handelshäusern und der aufstrebenden südindischen Industrie.

Viel grundsätzlicher griff Periyars Self-Respect-Movement das Brahmanentum als imperialen Eindringling aus dem Norden an und stellte ihm eine drawidische Kultur entgegen, die vor der Deformierung urkommunistische Züge gehabt haben soll. Anders als bei der Justice Party ging es dieser Gruppierung nicht darum, die Dominanz der Brahmanen zu brechen, sondern ihre Forderungen stellten das Kastensystem und all seine negativen Begleiterscheinungen radikal in Frage. Gesellschaftliche Missstände, die tatsächlich als Klassenkonflikte interpretiert werden können, wurden zwar angeprangert, nicht jedoch als solche dargestellt. Sie wurden vielmehr aus der Dominanz der Brahmanen erklärt. So suchte Periyar seine Unterstützung nicht bei den kommunistischen Parteien, die zu dieser Zeit großen Zulauf in Südindien hatten, sondern wandte sich der Justice Party zu.

Die Dominanz des Ethnischen findet sich in beiden Parteiprogrammen. Die abgespaltene AIADMK unterscheidet sich dabei programmatisch und ideologisch kaum von der DMK. Bei den Wahlen zum Landesparlament wechseln sich die Mehrheiten dementsprechend ab. Im Wahlkampf 1996 betrat ein neuer Filmstar die politische Bühne: der in Tamil Nadu als Superstar gefeierte Rajnikanth. Obwohl er selbst keiner Partei angehört, rührten er und seine Fan-Clubs eifrig die Werbetrommel für die DMK. So scheinen auch weiterhin das Medium Film und seine Sternchen die politischen Geschicke Tamil Nadus mitzubestimmen.

► **Eberhard Weber** ist Geograph und arbeitet u.a. am Südasieninstitut Heidelberg.



»Ich reise, um zu leben«

Frauenreiseliteratur der 90er Jahre zwischen Flucht und Abenteuer

von **Rosaly Magg**

Seit einigen Jahren sind die Buchläden voll von »abenteuerlichen« Reisebeschreibungen »mutiger« und »außergewöhnlicher« Frauen, die allein in entlegenste Gebiete »vordringen« konnten und somit eine »bedeutende Bastion männlicher Alleinherrschaft« eroberten. Moderne Frauenreiseberichte wie der Bestseller »Die weiße Massai« von Corinne Hofmann beschwören die Besonderheiten des »weiblichen Aufbruchs« in die Fremde. Allein die Tatsache, dass Frauen reisen, wird hierbei als emanzipatorisch bewertet. Welche anderen Potentiale und Problematiken darin verborgen sind, wird meist übersehen oder geleugnet.

► Reisen heißt Differenz herstellen. Die Fremde dient dabei der Abgrenzung vom Eigenen und wird zum Ort, an dem das reisende Subjekt über sich selbst und seine Welt nachdenken kann. So besteht Reisen aus einem Zusammenspiel daraus, wie das Ich sich selbst und andere, also die Fremde wahrnimmt. Die Kriterien für die verschiedenen Wahrnehmungen können sich überlappen und widersprechen. Die Konstruktionen der Fremde und des Selbst bedingen sich in diesem Prozess gegenseitig. Fremdheit ist Ausdruck dieses Beziehungsverhältnisses. Fremde ist in der reisenden Wahrnehmung Diskontinuität, das Nicht-Eigene. Es kann nur zusammen mit dem Selbst gedacht und durch Abgrenzung (Ein- und Ausgrenzung) definiert werden. Reisen ist eine Form des Kulturkontaktes, bei dem die individuelle Persönlichkeit der Reisenden eine gewichtige Rolle übernimmt. Das Selbst ist im Kontext der Reise vor allem durch die Faktoren Geschlecht, kulturelle Identität, soziale Herkunft und Einstellungen bestimmt und muss in der Fremde einen Umgang mit kultureller Differenz finden. Wie dieser gestaltet wird, hängt von der Interaktion von Fremd- und Selbstwahrnehmung ab.[1]

Reiseliteratur kann nicht als bloßes Ergebnis einer Reise gehandhabt werden, sondern muss im Licht aktueller Diskurse gesehen werden. Es gibt auch innerhalb der Reise kein herrschaftsfreies Vakuum. Die Produktion von Diskursen hängt nach Foucault mit Institutionen der Macht[2] zusammen, Orte, an denen bestimmt wird, auf welche Art worüber gesprochen, geschrieben oder gedacht wird oder eben nicht. Diese Diskurse bestimmen auch die jeweilig bestehenden Weiblichkeitsmuster. Die Ursachen für unterschiedliche Wahrnehmungsstrategien reisender Frauen liegen in eben diesen Definitionen von Macht und Weiblichkeit.

Die Fremde gleicht einem Frauenkörper

Sowohl Fremde als auch Weiblichkeit werden seit Jahrhunderten mit Urzustand, Wildheit und Naturhaftigkeit in Verbindung gebracht.[3] Indem die Reisenden kulturell bestimmten Weiblichkeitszuschreibungen genügen sollen, rücken sie in die Nähe der bereisten Fremde. Die Fremde selbst wird aus eurozentrischer Sicht sexualisiert, sie wird zu einem Frauenkörper, der entdeckt und erobert werden 'muss'. Reisende Frauen betreten nun das »jungfräuliche Land« der Fremde, das Ziel der Entdeckung ist. Gleichzeitig sind die Frauen selbst das unentdeckte Mysterium männlicher Gedankenwelten. Somit wird reisenden Frauen ein neuer Platz im sexualisierten Bild von Frauen zugewiesen. Ihre Reiseberichte zeichnen sich dadurch aus, dass die Beziehung zu den dominanten Diskursen variiert, denn die reisenden Frauen sind Teil des »weiblichen« Diskurses, nehmen jedoch gleichermaßen an Fremdheitsdiskursen teil. Sie grenzen sich damit zusätzlich (als Unterdrückte im Heimatland) gegenüber dem Fremden durch mehr oder weniger extreme (Vor-)Urteile ab oder meinen sich – als selbst Unterdrückte – mit dem »Anderen«, den ebenfalls Unterdrückten, identifizieren zu können.[4] Diese Verschmelzungsversuche sind meist zum Scheitern verurteilt. ►

Der Blick auf aktuelle Frauenreiseliteratur und auf die Besonderheiten »weiblichen« Schreibens zeigt, dass der Umgang mit der Fremde und der eigenen Kultur und Identität fast durchgängig im Vordergrund steht. Die Fremde als Projektionsfolie wird von reisenden Frauen unterschiedlich genutzt, die Sichtweise auf andere Kulturen wechselt oft zwischen Idealisierung und Zivilisationskritik. In aktuellen Frauenreiseberichten lassen sich die unterschiedlichsten Umgangsweisen mit fremden Kulturen finden, die alle einen ganz persönlichen Zugang zur jeweils bereisten Fremde erahnen lassen. In der Analyse von sechs ausgewählten Frauenreiseberichten möchte ich diese unterschiedlichen Herangehensweisen verdeutlichen. Wurde bislang in der Frauenreiseliteraturforschung zumeist die befreiende und emanzipatorische Grundhaltung in Frauenreiseberichten betont, so möchte ich diese Beurteilung in Frage stellen oder zumindest relativieren.

Ein ganz persönlicher Zugang

► Reiseschriftstellerinnen wie Bettina Selby »Timbuktu! Eine Frau in Schwarzafrika allein mit dem Fahrrad unterwegs«[5] oder Lieve Joris »Mali Blues«[6] nehmen zum einen einen verklärenden Blick auf die fremde Kultur ein, indem sie deren Werte und Traditionen in den Vordergrund stellen, zum anderen aber projizieren sie in ihr Bild von der Fremde unreflektierte Rassismen. Ihr Fremdbild ist von »weiblichen« Sehnsüchten und eurozentrischen Stereotypen geprägt, die aus dem Selbstverständnis als reisende Vertreterin der westlichen Welt gespeist werden.

Bettina Selby ist laut Klappentext »mit dem roten Fahrrad zu uralten Kulturen« unterwegs und meistert alle sich ihr stellenden Gefahren bravourös, da es »das oberste Gebot eines Reisenden ist, alle Gefahren zu überleben, wenn er seine Geschichte erzählen will«. Einerseits schwärmt sie für die Traditionen schwarzafrikanischer Ethnien, andererseits bezeichnet sie alles, was nicht in dieses Schema passt, wie am Straßenrand stehende Bettler, als hinderlichen »Afrika-Faktor«. Selby ist auf der Suche nach »echtem« Kontakt zu den Nomadenvölkern, aber dieser lässt sich kaum finden, da sie mit der Nomadenkultur Freiheit, Wildheit und Urzustand verbindet. »Eine gewisse Eigenart schien sie zu umgeben, ganz ähnlich wie das Rotwild in den Bergen – etwas Freies und Wildes – aber im wesentlichen Unbedrohliches.« Oft stehen in Reiseberichten Wunschbilder anstelle von realistischer Begegnung. Sobald die Realität diesen Bildern widerspricht, wird sie abgelehnt oder verworfen. Blanker Rassismus steht demzufolge eng neben exotistischen Projektionen, die den Urzustand der Fremde glorifizieren.

Lieve Joris geht auf ähnliche Weise wie Bettina Selby auf die sie faszinierende Seite Afrikas ein. Im ersten Teil ihrer »afrikanischen Notizen« ist sie um eine intensive Auseinandersetzung mit den gegensätzlichen Wertvorstellungen von Senegalesen und Franzosen bemüht, doch im zweiten Teil ihres im Tagebuchstil geschriebenen Berichtes stellt sie sich die scheinbar unabdingbare Frage, ob sie doch »vielleicht nur auf der Suche nach dem edlen Wilden« sei. In »Mali Blues« schildert Joris das Zusammenleben mit dem bekannten Sänger Kar, über den sie eine Art Biographie schreiben will. Schreibend greift sie in sein Leben ein, denn durch diese »Jagd nach Geschichten« sieht sie sich in der Lage, eine ganz persönliche Bindung zum bereisten Land herzustellen. Durch die spezielle Bindung an das Schicksal Kars hat sie »das Gefühl, im Mittelpunkt der Welt zu sein«, obwohl sie »hier so weit vom Weltgeschehen entfernt« ist. Joris Schreiben kreist letztendlich nur um sich selbst, denn sie selbst ist das Zentrum der Wahrnehmung, unabhängig von der von ihr beschriebenen Kultur. Die von ihr wahrgenommene Nähe entpuppt sich als Vereinnahmung des »Fremden«, als Aneignung von dessen Geschichten für das Selbst.

Bettina Selby und Lieve Joris versuchen auf unterschiedliche Art und Weise, körperliche und imaginäre Grenzen zu überwinden, um die Authentizität ihrer Reisen zu untermauern. Selby begibt sich dabei neben ihren Radtouren durch weite Wüstenabschnitte auf extreme Kanutrips in bisher nicht von EuropäerInnen befahrenen Gewässern. Joris ist während ihres gesamten Afrika-Aufenthaltes auf der besagten »Jagd nach Geschichten« menschlicher Leidenswege. Bei der Durchquerung von Räumen sind sowohl Selby als auch Joris auf ihre eigene Körpererfahrung zurückgeworfen, sie kommen an ihre Grenzen oder überschreiten diese durch körperliche Selbstüberwindung. Reisende Frauen überschreiten zusätzliche Körper- und Geschlechtergrenzen, die auf die Besonderheit weiblicher Erfahrungswelten zurückzuführen sind, wie in den folgenden Beispielen deutlich wird. Moderne Frauenreiseberichte orientieren sich an einer »neuen« Form des Reisens. Im Vordergrund steht dabei kein neokolonialistischer Kulturexport, sondern die Überschreitung von Grenzen auf der Reise. Vor allem über den Körper kann ein neuer Zugang zu fremden Kulturen gesucht werden. Auf Grund ihres Geschlechts bewegen sich Frauen auf Reisen immer im doppelten Diskurs. Frauen sind als Reisende Subjekt und gleichzeitig Objekt, indem sie als Projektionsfläche für Zuschreibungen und Geschlechterstereotype in der eigenen und in der fremden Kultur dienen.

Es gibt innerhalb der Reise kein herrschaftsfreies Vakuum

Geschichten von mutigen Frauen

► Der Faktor Geschlecht markiert besonders bei Corinne Hofmanns Bestseller »Die weiße Massai«[7] die Ausgestaltung der Fremderfahrung. Hofmann reist nach Afrika und heiratet einen »schönen Massai, ihren Krieger«. Ihre romantisierte und kitschige Sichtweise der fremden Kultur wird auf das Geschlechterverhältnis übertragen. Hier wird die Exotik des Reisens mit der Erotik des Reisens verbunden – und somit eine Nähe zur Fremde erreicht, nach der sich Reisende sehnen. Das Verschmelzen mit der Fremde soll durch eine romantische Beziehung vollzogen werden. Dabei überschneiden sich jedoch die Machtverhältnisse: als weiße Frau nimmt Hofmann eine privilegierte Stellung gegenüber den Massai ein. Gleichzeitig ist sie nach ihrer Heirat die »Unterlegene« im Geschlechterverhältnis. Reisende wie Hofmann können weder die kolonialistischen Weiblichkeitsbilder umkehren noch stellen sie rassistische Konstruktionen der Fremde in Frage. Durch ihre romantische Sehnsucht nach dem »edlen Wilden« reproduzieren sie diese ständig neu.

Marlo Morgans »Traumfänger«[8] repräsentiert eine völlig neue Stilrichtung innerhalb der Reiseliteratur. Es handelt sich hierbei um einen »fantastischen« Reisebericht, der Märchen und Mythen der Aborigines zum Gegenstand eines auf Tatsachen beruhenden Romans nimmt. Morgans Ökotourismus-Botschaft ist mit ihrem eigenen esoterischen Weltbild eng verbunden. Selbsterkenntnis und Erkenntnis der Strukturen westlicher Industrienationen finden durch eine körperlich extreme Fremderfahrung im australischen Outback statt. Wieder verspricht der Klappentext eine »Geschichte einer mutigen Frau, die mit den Aborigines wanderte und die wundervollen Geheimnisse und die Weisheiten eines sehr alten Stammes erfuhr«. Das festgeschriebene Ziel dieser Wanderung ist die Befreiung vom Sein und die Belehrung der »westlichen Welt«, die Zerstörung der Erde aufzuhalten. »Die Weisheit dieses Volkes erstaunte mich immer wieder

aufs Neue. Wenn doch nur sie es wären, die die Welt regierten, wie anders würden die Menschen miteinander umgehen.« Auch hier scheint das »edler-Wilder-Syndrom« einer sich als Ökologie-Botin auserwählt fühlenden Reisenden ganz deutlich durch. Morgan will eine Botschaft vermitteln und sie lässt die LeserInnen von dieser Botschaft kosten, bis sie daran ersticken. Letztendlich flüchtet sich Morgan in eine ganz persönliche Traumwelt, deren Grenzen innerhalb der eigenen Erfahrungen und Geschichte liegen.

Im Traumland verschwunden

▶ Selbstverwirklichung und Abenteuersehnsucht, Entdeckung und Grenzüberschreitung sind Paradigmen der Fremderfahrung. Sara Wheelers[9] Antarktisreise steht beispielsweise für eine dieser ultimativen Herausforderungen, denen reisende Frauen sich stellen. In »Terra incognita« schreibt sie über den einzigen nicht von »Einheimischen« bevölkerten Raum der Erde. Diese »Fremde pur« ist für Wheeler reines Abenteuer ohne den »Störfaktor« Mensch. Als Frau in dieser Eiswüste unterwegs zu sein, ist ein ganz besonderes Privileg. »Ich betrat angestammtes männliches Territorium – es kam mir vor wie ein Männerclub, wie eine Fortsetzung der Internatsschule und der Armee«. Die Einsamkeit der Antarktis bringt Wheeler zum Nachdenken über die Gründe ihrer Reisesehnsüchte. Sie stellt sich die Frage, ob sie nun auf der Flucht vor etwas oder auf der Suche nach etwas sei. »Reisen bedeutete entweder Entdeckung, ein Überschreiten von Grenzen aller Art oder aber es war ein bequemes Hintertürchen, durch das man in ein Traumland verschwinden konnte.« Reisen gehören zum »lifestyle« moderner Frauen, denn sie verhelfen zu einem von patriarchalen Machtdiskursen befreiten Selbstbild. Der freie Zugang zur Mobilität ist für die reisenden Frauen des 20.Jahrhunderts eine vollkommen neue Erfahrung. Selbst eine Reise in die Antarktis wird denkbar. Selby kann die »letzte große Reise antreten, die dem Menschen noch bleibt, denn heute ist die Welt geschrumpft, und ich war in der Lage, bis an ihre entlegenste Stelle zu gelangen«. Damit knüpft Selby schließlich nahtlos an die Eroberungsmetaphern männlicher »Entdecker« an.

Frauen erfinden sich neu in ihrer Rolle als schreibende Touristinnen, können Abenteuer bestehen und der Welt davon erzählen. Sowohl Wheeler als auch Morgan sind davon überzeugt, eine Botschaft zu vermitteln – sei es die von der Flucht in den letzten unbewohnten Fleck dieser Erde oder die Botschaft einer vom Untergang bedrohten Welt. Diese Eindrücke schreibend zu verarbeiten, ist der Gattung Reiseliteratur eigen. Sobald Frauen jedoch ihre Selbst- und Fremderfahrungen beschreiben, strukturiert der Faktor Geschlecht und die daraus resultierenden Sonderformen der Wahrnehmung die Reiseberichte. Die Sehnsucht nach Freiheit und Unabhängigkeit manifestiert sich in den Reisen aller AutorInnen. So erkennt Wheeler beispielsweise, dass »die Freiheit mir wichtiger war als ein Partner oder Kinder, und unterwegs war ich frei«; und Morgan wurde von »ihrem« Stamm als Botin erwählt, um der Welt mitzuteilen, dass die Aborigines diese Erde verlassen, bevor diese untergeht. Eine Reflexion der Herrschaftsverhältnisse, innerhalb derer diese Reisen stattfinden, fehlt diesen Berichten gänzlich.

Die flüchtige Wahrnehmung des Fremden auf der Reise ist der Stoff, aus dem Reiseliteratur geformt ist. Es ist schwer, eine Abgrenzung zwischen Reiseliteratur und Reisetagebuch vorzunehmen. Lieve Joris afrikanische Notizen stellen eine solche Zwischengattung dar. Sie stellt ihre eigenen Wahrnehmungsmuster vor und hat gleichzeitig den Anspruch, Menschen und ihre Geschichten zu beschreiben. So werden Touristinnen zu Autorinnen und nehmen dabei eine Abgrenzung ihrer Reisen von touristischen Reisen vor. Auch wenn Joris Mali verlassen wird, ist sie »froh, keine Touristin zu sein, sondern zu den Menschen zu gehören, die drinnen im Hof beieinander sitzen.« Am Realitätsgehalt dieser Illusion zweifelt auch selbst Selby nicht, wenn sie sich von außen in die »Rolle der Fremden gedrängt fühlt, die draußen steht und hereinschaut«. Ihr Selbstbild ist eben ein vollkommen anderes: Da sie sich für die Ursprünge und Traditionen der afrikanischen Kultur interessiert, fühlt sie sich nicht als Fremde. Reisende kommen an irgendeinem Punkt ihrer Reise zu der Erkenntnis, nicht mehr fremd sein zu wollen, es aber dennoch zu bleiben. Daraus können zweierlei Konsequenzen gezogen werden: Entweder die Reisenden kehren dahin zurück, woher sie gekommen sind oder sie bleiben und akzeptieren dieses Gefühl der letztendlichen Fremdheit.

Die Jagd nach Superlativen

▶ Die Autorinnen von heutigen Reiseberichten versuchen mit unterschiedlichen Mitteln, die Grenzen zwischen der eigenen und der fremden Kultur zu überwinden. Sie beschreiben ihre ganz persönlichen Fremderfahrungen mit Hilfe neuer Reiseformen und Begegnungsweisen. Sie befinden sich auf der Jagd nach Superlativen. In Sara Wheelers Antaktisbericht ist die vermeintliche Attraktion die unbewohnte Weite, die menschenleere Fremde. Während bei Bettina Selby und Lieve Joris vor allem der Umgang mit fremden Kulturen im Vordergrund steht, dreht sich das Denken und Schreiben bei Corinne Hofmann, Lucy Irvine und Marlo Morgan um die Erfahrung des »weiblichen Ichs« in einer fremden und zugleich traumhaft anmutenden Wirklichkeit. Die Grenzziehung zwischen Eigenem und Fremdem wird bei allen diesen Reiseberichten von der geschlechtsspezifischen Wahrnehmung überlagert. In der Auseinandersetzung mit der Fremde wechseln dabei die Perspektiven der Autorinnen auf ihr Selbst. Um aber die Unterscheidung von Fremdem und Eigenem beizubehalten, müssen die Reisenden herrschende Weiblichkeitsmuster und die persönliche Identifikation mit ihrem Geschlecht ständig in den Wahrnehmungsprozess miteinbeziehen. Die von Frauen entworfenen Fremdheitsbilder sind nicht weniger rassistisch oder unreflektiert und auf sich selbst bezogen als die der männlichen Reisenden, denn ihr Ursprung liegt in denselben kolonialen Herrschaftsdiskursen. Sie unterscheiden sich jedoch grundlegend durch die geschlechtsspezifische Wahrnehmung von Körper und Raum.

Anmerkungen:

1 Julia Kristeva: Fremde sind wir uns selbst, Frankfurt 1990; Robert Miles: Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs, Hamburg 1991

2 Michel Foucault: Die Ordnung der Diskurse, Frankfurt 1991

3 Sigrid Weigel: Topographien der Geschlechter. Kulturgeschichtliche Studien zur Literatur, Reinbek 1990

4 Sara Mills: Discourses of difference. An analysis of women´s travel writing and colonialism, New York 1991

5 Bettina Selby: Timbuktu! Eine Frau in Schwarzafrika allein mit dem Fahrrad unterwegs, München 1994

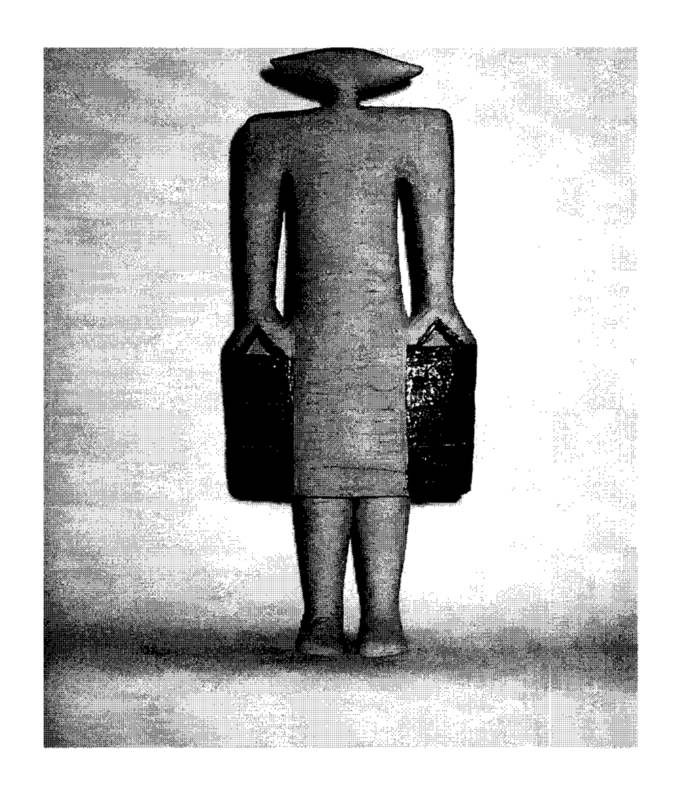
6 Lieve Joris: Mali Blues, München 1998

7 Corinne Hofmann: Die weiße Massai, München 1998

8 Marlo Morgan: Traumfänger. Die Reise einer Frau in die Welt der Aborigines, München 1995

9 Sara Wheeler: Terra incognita. Reisen in die Antarktis, München 1999

▶ **Rosaly Magg,** Germanistin und Ethnologin, ist Mitherausgeberin des Fotobandes »Tanz zwischen den Winden«.





Optimismus und militante Resignation

Strömungen der afrikanisch-feministischen Literatur

von **Susan Arndt**

Charakteristisch für die afrikanische Frauenliteratur ist ihr gesellschaftskritisches Moment, wobei der thematische Schwerpunkt eindeutig auf der Auseinandersetzung mit den Geschlechterverhältnissen in afrikanischen Gesellschaften liegt. Abhängig von der jeweiligen Interpretation der Geschlechterverhältnisse ergeben sich jedoch vollkommen unterschiedliche politische Perspektiven, die sich in den verschiedenen Strömungen der afrikanisch-feministischen Literatur widerspiegeln. Diese Strömungen werden im ersten Teil dieses Textes diskutiert, um dann das Werk von Calixthe Beyala vorzustellen, einer Vertreterin der radikalen afrikanisch feministischen Literatur.

► Als afrikanisch-feministisch kann die Literatur von SchriftstellerInnen bezeichnet werden, die den bestehenden Geschlechterverhältnissen und den daraus resultierenden Problemen von Afrikanerinnen auf den Grund geht. Sie befasst sich mit deren Ursachen und kritisiert sie mit dem Ziel, die vorherrschenden Geschlechterkonstellationen zu erschüttern und die Situation von Afrikanerinnen zu verbessern. Diese wohl global anwendbare Definition feministischer Literatur bedarf einer Zuspitzung auf den afrikanischen Kontext. Zunächst einmal äußert sich die Afrikaspezifik der afrikanisch-feministischen Literatur in der Themenwahl. Exemplarisch sind hierbei die Beschneidung von Mädchen und jungen Frauen, die Polygynie, das Levirat und die institutionalisierte Zahlung des Brautpreises zu nennen. Mutterschaft wird niemals in Frage gestellt, sondern in der Regel verteidigt. Afrikanisch-feministische Autorinnen vertreten die Auffassung, dass Frauen die Möglichkeit haben sollten, sich auch jenseits von Mutterschaft und dem Dasein als Ehefrau zu definieren. Letztlich wird auch die Benachteiligung von Frauen in Politik, Bildung, Geldangelegenheiten und im Erbrecht angegriffen. Weitere afrikaspezifische Facetten ergeben sich aus der Tatsache, dass afrikanische Frauen – und in vielerlei Hinsicht auch Männer – nicht nur unter Sexismus und patriarchalischen Strukturen zu leiden haben, sondern auch Opfer des Rassismus, Neokolonialismus, Kulturimperialismus, religiösen Fundamentalismus, sozial-ökonomischer Unterdrückungsmechanismen sowie diktatorischer und / oder korrupter Systeme sind. Deshalb wird die Kritik an den Geschlechterverhältnissen häufig mit der Anfeindung einer oder mehrerer der anderen benannten Formen von Ausgrenzung und Unterdrückung kombiniert. Eine weitere Folge dieses politisch komplexen Ansatzes ist, dass viele Texte Männer als (potenziell) Verbündete im Kampf gegen die sexistische Unterdrückung und andere Formen gesellschaftlicher Ausgrenzung und Diskriminierung darstellen. Darüberhinaus ist augenfällig, dass sich viele afrikanisch-feministische SchriftstellerInnen um eine differenzierte Kritik an den Geschlechterverhältnissen ihrer Gesellschaft bemühen. Das heißt vor allem, dass sie genau abwägen, welche traditionellen Institutionen für Frauen positiv sind oder zumindest sein könn(t)en und welche Frauen so sehr benachteiligen, dass ihre Abschaffung unerlässlich erscheint. Dieses sorgfältige Abwägen hängt eng mit der Befürchtung zusammen, dass eine Kritik an den afrikanischen Geschlechterverhältnissen die afri-

Die patriarchalische Grundausrichtung der Gesellschaft wird als gegeben akzeptiert

kanische Position gegenüber dem Westen und dem westlichen Kulturimperialismus schwächt. Letztlich belassen es viele afrikanisch-feministische SchriftstellerInnen nicht bei der Kritik an patriarchalischen Strukturen, sondern versuchen auch, traditionell bewährte sowie gänzlich neue Handlungsspielräume, Alternativen und Perspektiven zur Überwindung der Diskriminierung von Frauen zu benennen.

Will man die afrikanisch feministische Literatur hinsichtlich ihrer feministischen Positionen klassifizieren, scheint es angeraten zu sein, sich am Wesen der in dieser Literatur geäußerten Kritik zu orientieren. Dabei spielen folgende Aspekte eine Rolle: Werden die bestehenden Geschlechterverhältnisse parziell oder aber grundlegend kritisiert? Verlangt der Text nach Reformationen oder nach Transformationen? In welchem Tenor wird die Kritik vorgebracht – versöhnlerisch oder aggressiv, optimistisch oder resignierend etc.? Wird die Kritik an traditionellen und modernen Geschlechterverhältnissen afrikanischer Gesellschaften differenziert vorgebracht? Werden Alternativen zum Kritisierten geboten? Außerdem ist es aufschlussreich, die Darstellung von Männern und Frauen näher zu analysieren: Welche Verhaltensweisen von Frauen und Männern und welche Konzeptionen von Männlichkeit und Weiblichkeit werden kritisiert und nach welchen wird verlangt? Wie wird das Verhältnis von Männern und Frauen beschrieben? Kommen Männer als (potenzielle) Verbündete im Kampf gegen sexistische Unterdrückung in Frage oder wird die Solidarität von Frauen als einziger Hoffnungsanker beschrieben? Zudem ist von Interesse, ob die Geschlechterfrage im Kontext anderer Unterdrückungsmechanismen thematisiert wird.

Afrikanisch-feministische SchriftstellerInnen beziehen sehr unterschiedliche Positionen zu den hier aufgeworfenen Fragen, was auf sehr verschiedenartig gelagerte Sichtweisen auf die Geschlechterverhältnisse afrikanischer Gesellschaften schließen lässt. Insgesamt können drei Hauptströmungen der afrikanisch-feministischen Literatur unterschieden werden: eine *reformerische,* eine *transformatorische* und eine *radikale,* wobei diese Strömungen wiederum in sich sehr heterogen, die Grenzen zwischen ihnen fließend sind. In den Texten des *reformerischen* afrikanischen Feminismus werden einzelne, meist jahrhundertealte, patriarchalisch geprägte Haltungen, Normen und Konventionen moniert, die Frauen diskriminieren und an ihrer Selbstverwirklichung hindern. Die Kritik wird also differenziert vorgebracht und ist eher parziell ausgerichtet. Über neue Spielräume für Frauen wird verhandelt, die patriarchalische Grundausrichtung der Gesellschaft jedoch als gegeben akzeptiert. In diesen Texten werden immer Gegenkonzepte zum Kritisierten diskutiert. Ausgangspunkt ist die Reformfähigkeit der Gesellschaft; in dieser Logik schließen die Texte meist mit einem »Happy End«. Außerdem ist ein liberaler Umgang mit Männern für diese Strömung der afrikanisch-feministischen Literatur sehr typisch: Männer werden als Individuen und nicht als Repräsentanten der Männer schlechthin kritisiert. Dabei haben sie oft angenehme Seiten und sind in der Regel in der Lage, umzudenken und ihr kritikwürdiges Verhalten zu überwinden. Zumindest aber werden ihnen positive Pendants gegenübergestellt. Im Text agieren häufig Frauen, die für die kritisierten Aspekte mitverantwortlich sind. Nur selten wird die Kritik an der patriarchalischen Diskriminierung mit einer Kritik an anderen Unterdrückungsmechanismen kombiniert. In diesen Fällen wird in der Regel darauf hingewiesen, dass Männer und Frauen Verbündete sind, wenn es darum geht, sich gegen diese Umstände zu wehren. Als Vertreterinnen dieser Strömung sind hier exemplarisch Ifeoma Okoyes Romane und Kurzgeschichten, Sindiwe Magonnas *To my Children's Children,* Grace Ogots *The Graduate* und Flora Nwapas Romane *Efuru* und *Idu* zu nennen.

Literarische Texte, die dem *transformatorischen* und dem *radikalen* afrikanischen Feminismus zuzuordnen sind, kritisieren im Gegensatz dazu die patriarchalischen Gesellschaftsverhältnisse prinzipiell und verlangen ihre grundlegende Umgestaltung. Diskriminierendes Verhalten von Männern wird nicht als individuelle, sondern als typische Verhaltensweise von Männern als sozialer Gruppe beschrieben und aufs Schärfste kritisiert. Auch wird in aller Regel thematisiert, dass Frauen infolge ihrer Sozialisation die Geschlechterverhältnisse reproduzieren, die sie diskriminieren. In Bezug auf die konkrete Darstellung der Beziehungen zwischen den Geschlechtern sowie die potenzielle Überwindbarkeit der kritisierten gesellschaftlichen Strukturen unterscheiden sich die *transformatorische* und die *radikale* afrikanische Literatur jedoch grundlegend.

In der *transformatorischen* Ausrichtung wird mehr oder weniger explizit thematisiert, dass Männer nicht nur Handlanger, sondern auch Produkte patriarchalischer Denkweisen sind. Außerdem wird die Überzeugung zum Ausdruck gebracht, dass Männer in der Lage sind, ihre Fehler zu erkennen und ihr Verhalten gegenüber Frauen grundsätzlich zu ändern. Analog dazu wird auch das Verhalten von Frauen, das frauendiskriminierende Strukturen reproduziert, als prinzipiell überwindbar beschrieben. Die Mehrzahl der Texte stellt eine Lebenswelt mit einem positiven Gegenbild zum Kritisierten dar. Solche Alternativen realisieren sich auch unabhängig von dem »sich bessernden Mann«. Innerhalb der *transformatorischen* Strömung finden sich sowohl Texte, in denen nur die Gender-Frage thematisiert wird, als auch solche, die zusätzlich andere Unterdrückungsmechanismen beleuchten. In Texten des letztgenannten Typus wird suggeriert, dass Männer zumindest potenzielle Verbündete im Kampf gegen diese Unterdrückungsmechanismen sind. Die Romane von Buchi Emecheta und Mariama Ba sowie Wanjira Muthonis und

Reformerische afrikanisch-feministische Literatur

Nwapa, Flora. Efuru. Göttingen: Lamuv, 1997 (Nigeria)

Ogot, Grace. The Graduate. Nairobi: Uzima Press, 1980 (Kenia)

Okoye, Ifeoma. Behind the Clouds. London: Longman, 1982 (Nigeria)

Transformatorische afrikanisch-feministische Literatur

Adimora-Ezeigbo, Akachi. Rhythms of Life: Stories of Modern Nigeria. London: Karnak, 1992 (Nigeria)

Aidoo, Ama Ata. Changes. London: Women's Press, 1991 (Ghana)

Bâ, Mariama. Der scharlachrote Gesang. Frankfurt a.M.: Fischer, 1984

Dangarembga, Tsitsi. Der Preis der Freiheit. Reinbek/Hamburg: Rowohlt, 1991 (Simbabwe)

Emecheta, Buchi. 20 Säcke Muschelgeld. Zürich: Unions Verlag, 1991 (Nigeria)

Head, Bessie. Die Schatzsammlerin. Erzählungen, München: dtv, 1993 (Botswana/Südafrika)

Radikale afrikanisch-feministische Literatur

Beyala, Calixthe. Tu t'appelleras Tanga. Paris: Editions Stock, 1988 (Kamerun)

dies.: Wen die Sonne liebt, den tötet sie. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1989

Kabira, Elizabeth Akinyi; Wanjiku Mukabi Kabira; Muthoni Karega. They've Destroyed the Temple. Nairobi: Longman Kenya Limited, 1992 (Kenia)

Saadawi, Nawal El. Eine Frau am Punkt Null. München: dtv, 1993 (Ägypten)

Vera, Yvonne. Eine Frau ohne Namen. München: Marino, 1997 (Simbabwe)

Akachi Adimora-Ezeigbos Prosa gehören beispielsweise dieser Richtung an.

Radikale afrikanisch-feministische Texte hingegen unterstellen, dass Männer als soziale Gruppe prinzipiell und unabwendbar Frauen diskriminieren, unterdrücken und misshandeln. Die Männerfiguren sind »von Natur aus« oder aber infolge ihrer Sozialisation hoffnungslos sexistisch und zumeist zutiefst unmoralisch. Nur selten fallen Männerfiguren aus diesem Raster heraus, und wenn, dann meist in der Rolle als Ohnmächtige. Oft werden die Frauenfiguren auch auf Grund ihrer sozial-ökonomischen, ethnischen und/oder rassischen Zugehörigkeit unterdrückt. Die Gender-Frage wird also häufig mit einer Auseinandersetzung mit anderen Unterdrückungsmechanismen kombiniert. Männer werden nicht einmal als Verbündete im Kampf gegen diese Formen der Unterdrückung dargestellt. In diesen Texten klingt ein niederschmetternder Pessimismus an, der jede Hoffnung auf eine Transformation der Geschlechterverhältnisse grundsätzlich verneint. Die Texte verweisen nicht einmal auf die Möglichkeit, die Reproduktion patriarchalischer Strukturen durch das Verhalten von Frauen zu überwinden. Insgesamt wird eine Verbesserung der Situation nicht für möglich gehalten. Mit sisterhood bzw. Solidarität unter Frauen als möglichem Trostspender oder vagem Hoffnungsanker scheint das Maximum erreicht zu sein. Charakteristisch für die radikale afrikanisch-feministische Literatur ist, dass sie ihre Kritik an traditionellen und modernen Formen der fehlenden Gleichberechtigung der Geschlechter nicht differenziert vorbringt. Obgleich diese Differenzierung, wie oben ausgeführt, in der Regel auf das Bestreben afrikanisch-feministischer AutorInnen zurückzuführen ist, eine Balance zwischen einer proafrikanischen und einer antisexistischen Position zu halten, darf diese fehlende Differenzierung nicht dahingehend fehlgedeutet werden, dass radikale afrikanisch-feministische SchriftstellerInnen ihre afrikanischen Kulturen verleugnen würden. Sie ist einfach als Ausdruck der grundlegendsten und kompromisslosesten Zurückweisung jeder Form der Unterdrückung afrikanischer Frauen zu verstehen. Repräsentantinnen dieser Gruppe sind die Erzählungen kenianischer Autorinnen, die in Nziokis, Kabiras und Karegas Anthologie *They've Destroyed the Temple* veröffentlicht wurden, Calixthe Beyalas Romane *C'est le soleil qui m'a brulée* und *Tu t'appelleras Tanga* wie auch Nawal El Saadawis Roman *Eine Frau am Punkt Null.*[1]

Im folgenden wird mit *Tu t'appelleras Tanga* (1988) von Calixthe Beyala das wohl radikalste Werk der afrikanisch-feministischen Literatur vorgestellt.

Calixthe Beyala

eine Vertreterin der radikalen afrikanisch-feministischen Literatur

► Calixthe Beyala wurde 1961 in einem Slum in Douala (Kamerun) geboren. Mit siebzehn heiratete sie einen Franzosen und ging mit ihm nach Spanien. Später ließen sie sich in Frankreich, in einem Armenviertel in Paris nieder, wo ihre beiden Kinder geboren wurden. Die Ehe hielt nicht sehr lange und wurde geschieden. Heute lebt Beyala als freischaffende Autorin und Mannequin in Paris.

Beyalas Romane sind mehrheitlich in Slums westafrikanischer Großstädte angesiedelt und werden von einer niederschmetternden Hoffnungslosigkeit und Düsternis getragen. Die Menschen leben in bitterer Armut und werden von lähmenden Depressionen ereilt. Männer nutzen jedoch die sich ihnen bietende Möglichkeit, sich an Frauen zumindest temporär abzureagieren. Sie treten als völlig triebhafte Wesen auf, die Frauen auf äußerst brutale und unromantische Weise zu ihrer sexuellen Befriedigung benutzen oder »einfach nur« schlagen. Beyalas Romane erwecken den Eindruck, als seien alle Männer (potenzielle) Vergewaltiger und *wife-beaters,* die die Würde von Frauen mit Füßen treten. Nicht als Individuen, sondern als Gattung werden sie an den Pranger gestellt. Beyalas Männerfiguren sind nicht von Natur aus »verroht«, sondern sie sind so geworden. In den Romanen klingt weder eine Hoffnung auf eine Veränderungsfähigkeit von Männern noch auf mögliche gesellschaftliche Transformationen an. Alles erstickt in Trostlosigkeit.

In *Tu t'appelleras Tanga* begegnen wir zunächst jenen Männern, die den autonomen Geist, den Stolz und die Unnahbarkeit von Frauen nicht ertragen können. Das ist der Grund, warum sie die Großmutter Kadjaba der Protagonistin Tanga kollektiv vergewaltigen. Sex scheint nicht nur die einzige Sprache zu sein, die Männer zu sprechen im Stande sind, sondern auch ihre Waffe, mit der sie Frauen zerbrechen, um sie beherrschen zu können. Bei Kadjaba und ihrer aus der Vergewaltigung hervorgegangenen Tochter Taba – Tangas Mutter – geht die Rechnung auf: Kadjaba verliert jeden Lebensmut. Sie stellt sich künftig blind und stumm. Ihre Tochter Taba zerbricht an der Lieb- und Glücklosigkeit ihrer Kindheit. Sie flüchtet sich vorschnell in eine Ehe, in der die Spirale der Gewalt nur fortgesetzt wird. Ihr Mann schlägt und betrügt sie; Tanga und ihre Schwester werden von ihm sexuell missbraucht. Wie ihre Mutter will auch Tanga der Hölle ihrer Kindheit entkommen und wie ihre Mutter glaubt sie irrtümlicherweise, dies durch die Flucht in eine Kleinfamilie erreichen zu können. »J'aurai ma maison, le jardin, le chien, la pie au bout du pré, des enfants.« [Ich werde mein Haus haben, den Garten, den Hund, die Elster am Rande der Wiese, Kinder.] Dieser Wunsch, der im Roman zwölf Mal ausgesprochen wird, ist gewissermaßen das Leitmotiv des Romans. Nicht nur Tanga, auch alle anderen Frauenfiguren in Beyalas Roman hegen diesen Traum. Doch keine der Männerfiguren ist auch nur annähernd bereit und in der Lage, mit Tanga oder einer anderen Frau diesen Traum zu leben. Überhaupt gibt es im gesamten Roman keine einzige intakte Familie.

In Beyalas Romanen klingt weder eine Hoffnung auf eine Veränderungsfähigkeit von Männern ...

Die einzige männliche Figur, die aus dem Kanon der Männerfiguren ausschert, ist der gehbehinderte Mala – der 14-jährige Adoptivsohn der 16-jährigen Tanga. In ihm sucht sie sowohl ein Stück Kleinfamilie als auch ihre eigene verlorene Kindheit. Mala und Tanga geben sich lang ersehnte Zärtlichkeiten. Er verleiht ihren Hoffnungen Nahrung, Tanga ist »presque heureuse« [»beinahe glücklich«]. Beinahe deshalb, weil der Mann und das Haus für Tanga unerreichbar sind und bleiben. Hierfür wird im Roman nicht nur das Verhalten der Männer, sondern auch die neokoloniale Armut verantwortlich gemacht. Eine parabelhaft angelegte Szene, eine Schlüsselstelle des Romans, macht dies deutlich.

Die glücklichste Zeit in Tangas Leben endet jäh, als Malas Krankheit – er war als Kind infolge der Nachlässigkeit seiner sich prosti-



tuierenden Mutter von Würmern befallen worden – seinen Höhepunkt erreicht. Im überbelegten Krankenhaus verweigern die überforderten Ärzte Mala jede Behandlung. Tanga will das Unvermeidliche verhindern und schließt sich einer Prozession ebenso glück- und mittelloser Kranker an, die ins Stadion führt, wo ein gewisser Mr. Deutschman verspricht, alle anwesenden Kranken (per »Fernbehandlung«) zu heilen – natürlich gegen Bezahlung. Gerade als Tanga ihr gesamtes Geld, eine für sie beträchtliche Summe, in seinen Korb legt, stirbt Mala. Tanga denkt, dass Mala vielleicht hätte überleben können, wenn sie mehr Geld gehabt hätte. Die Parabel ist unübersehbar: Mala wird Opfer seiner Armut. Dieser Armut steht der Reichtum des Europäers Mr. Deutschman gegenüber, der als Sinnbild für die westliche Welt auf Kosten von Menschen wie Tanga und Mala zu Reichtum gelangt ist. Malas Tod stellt nicht nur das Ende Tangas Hoffnungen dar. Er ist auch ein herber Schlag ins Gesicht derer, die sich in diesem so deprimierenden Buch doch noch an einen Hoffnungsschimmer klammern. Aber die Wahrheit ist, dass selbst eine partielle Verbesserung der Lebenssituation von Frauen ausgeschlossen wird.

... noch auf mögliche gesellschaftliche Transformationen an

Mit Malas Tod konfrontiert und aller Hoffnungen beraubt, schließt sich Tanga einer Gruppe Kleinkrimineller an, die sich unter anderem durch Geldfälscherei – metaphorisch gesehen: durch die Illusion »dazugehören zu können« – am Leben erhalten. Während jene, die Tanga betrogen haben, straffrei ausgehen, wird Tanga, als sie zu betrügen beginnt, gefasst und im Verlaufe des Verhörs von der Staatspolizei gefoltert. Im Gefängnis erliegt sie ihren schweren Verletzungen. Tangas Zellnachbarin, die Pariser Philosophin Anna-Claude, will verhindern, dass Tangas Leben mit der Dunkelheit verschmilzt, »sans laisser de trace« [ohne Spuren zu hinterlassen]. Sie fordert Tanga auf, ihr ihre Geschichte zu erzählen, so dass sie sie in die Welt tragen kann. Tanga bietet Anna-Claude ein Bündnis an: »Alors, entre en moi. Mon secret s'illuminera. Mais auparavant, il faut que la Blanche en toi meure. Donne-moi la main, désormais tu seras moi. Tu auras dix-sept saisons, tu seras noire, tu t'appelleras Tanga. Viens, Tanga, donne-moi la main, donne.'« [Ok, komme in mich. Mein Geheimnis wird erhellt. Aber zuvor muss die weiße Frau in dir sterben. Gib mir deine Hand, von nun an wirst du ich sein. Du wirst siebzehn Jahre alt sein, du wirst Schwarz sein, dein Name wird Tanga sein. Komm Tanga, gib' mir deine Hand, gib' sie mir.] Anna-Claudes Hand haltend, erzählt Tanga ihrer Zellnachbarin ihre Geschichte, wodurch sie eine Metamorphose Anna-Claudes bewirkt: Mit jedem Wort, das Tanga von sich erzählt, nimmt Anna-Claude ein Stück ihrer Identität an. Sie wird Tanga, eine neue Tanga. Die Geste der Unterstützung und Freundschaft durch den Händedruck in der Gefängniszelle verweist auf ein solidarisches Bündnis, das das Schweigen besiegt und stärker ist als der Tod. Zwar kann Anna-Claude Tanga nicht vor dem Tod bewahren. Sie ermöglicht es ihr jedoch, in der Hoffnung zu sterben, ihr Tod wäre der Anfang vom Ende der Zustände, an denen sie zerbrach. Der abgeschlossene Raum einer Gefängniszelle wird zum Ort weiblicher Solidarität, Wärme und einer versteckten Hoffnung auf eine neue Welt.

Diesem solidarischen Bündnis der beiden Frauen stehen die anderen in diesem Roman gestalteten Frauenbeziehungen diametral entgegen. Kadjabas Schicksal zeigt symbolhaft, dass es zwar Männer waren, die den Stolz und die Würde von Frauen brachen und sie zwangen, den Weg eines glück- und lieblosen Lebens zu betreten, gleichzeitig aber auch, dass Frauen ein beträchtliches Stück Mitschuld daran tragen, wenn sie diesen Weg niemals verlassen. Beyala macht dies durch die Darstellung eines zutiefst gestörten Mutter-Tochter-Verhältnisses deutlich: Kadjaba weigert sich, ihrer Tochter Taba eine Mutter zu sein. So wächst Taba bei ihrer Großmutter

ohne Liebe, Geborgenheit und das Gefühl materieller Sicherheit auf. In Reaktion auf die fehlende Mutterliebe schiebt sich Taba Nüsse in ihre Vagina – ein Akt, der versinnbildlicht, dass sie sich nunmehr weigert, eine Mutter zu werden. Tatsächlich ist sie nicht gewillt oder fähig, eine liebevolle Beziehung zu ihren Töchtern zu entwickeln. Taba, die das Produkt und Symbol der Unterwerfung von Frauen durch Männer ist, setzt diese Unterdrückung fort, reproduziert sie. Sie sieht nicht nur zu, wie ihr Mann seine Tochter Tanga vergewaltigt, sie missbraucht auch selbst ihre zwei Töchter, indem sie sie in die Prostitution zwingt. Tabas (Mit-)Schuld an Tangas Schicksal kommt in der Szene zum tragen, in der Tanga genital beschnitten wird. Taba hat die Beschneidung nicht nur veranlasst, sondern heißt sie auch gut. Nach der Beschneidung ruft sie freudig aus. »Elle est devenue femme, elle est devenue femme.« [Sie ist eine Frau geworden, sie ist eine Frau geworden]. Hier klingt zweifellos Simone de Beauvoirs berühmte Äußerung an, dass man nicht als Frau geboren, sondern zu ihr gemacht wird. Durch die Beschneidung wie auch durch die Prostituierung ihrer Tochter beraubt Taba Tanga nicht nur ihres Rechtes auf sexuelle Lust, sondern spricht ihr auch das Recht ab, ihren eigenen Vorstellungen gemäß zu leben. Wie auch in anderen Texten der afrikanisch-feministischen Literatur versinnbildlicht die genitale Beschneidung die Rechtlosigkeit, Unterdrückung und Diskriminierung von Frauen.

Frauen tragen ein beträchtliches Stück Mitschuld

Vor dem Hintergrund des Verrats Tabas an Tanga ist auch die Anklage zu verstehen, die die 'frühere' Anna-Claude kurz nach Tangas Tod an Taba richtet: »Votre fille, c'est moi ... Vous nous avez tuées, madame.« [Ihre Tochter, das bin ich ... Sie haben uns umgebracht, Madam.] Hier spricht Anna-Claude nicht nur die stumme Billigung des sexuellen Missbrauchs Tangas und ihrer Schwester sowie die Tatsache an, dass Taba die Prostitution ihrer Töchter selbst forcierte. Anna-Claudes Anklage ist viel prinzipiellerer Natur: Warum, so fragt sie – und mit ihr auch Beyala –, verbünden sich Frauen mit Männern und patriarchalischen Strukturen, obwohl sie damit anderen Frauen Schaden und Leid zufügen, anstatt sich mit anderen Frauen zu solidarisieren, um gegen diese Strukturen und die Männer anzugehen, die diese aus egoistischen Gründen reproduzieren. Tanga hatte vergebens versucht, aus diesem Netz auszubrechen. Als ihre Mutter begann, auch ihre Schwester in die Prostitution zu schicken, rebellierte sie – erfolglos. Nun, da sie in Anna-Claude eine aktive Bündnispartnerin gefunden hat, entsteht der Anschein einer neuen Hoffnung, dass zumindest Trost spendende Frauensolidarität, vielleicht aber auch eine weltbewegende Frauen-Power im Bereich des Möglichen liegen.

Dass (ausschließlich) die Solidarität unter Frauen als Weg in ein neues Leben für Frauen gepriesen wird, ist kein Novum in der afrikanisch-feministischen Literatur. Neu und für den Kontext der afrikanischen Literatur unkonventionell ist jedoch, dass sich in *Tu t'appelleras Tanga* eine Weiße, westliche und eine Schwarze, afrikanische Frau miteinander verbünden. Beyala vertritt damit eine liberale Haltung zum (Weißen, westlichen) Feminismus, mit der sie sich deutlich vom Grundtenor anderer afrikanischer FeminstInnen abgrenzt und für die sie von einigen afrikanischen TheoretikerInnen massiv kritisiert worden ist.[2]

In *Tu t'appelleras Tanga* wird suggeriert, dass es eine Art Grundkonsens gäbe, auf den sich die partiell differierenden Probleme und Ansinnen aller Frauen reduzieren lassen. Der Roman geht davon aus, und dies ist für den Kontext der afrikanisch-feministischen Literatur ebenfalls ungewöhnlich, dass es Parallelen zwischen afrikanischen und Weißen westlichen Frauen gibt und dass diese schwerer wiegen als bestehende Unterschiede. Am Beispiel der beiden Protagonistinnen des Romans wird dies exemplarisch deutlich: Einerseits haben Tanga und Anna-Claude analoge Träume und Lebensvorstellungen. Beide Frauen träumen von einer romantischen Liebe, einem Zuhause und einer Familie – und beide Frauen werden enttäuscht. Andererseits ist *Tu t'appelleras Tanga* die Überzeugung zu entnehmen, dass alle Frauen (zumindest potenziell) die gleichen Erfahrungen machen würden. Die Weiße westliche Mittelklasse-Repräsentantin Anna-Claude, die sich in den Wahnsinn geflüchtet hat, erfährt ebenso wie die Afrikanerin Tanga sexistische Unterdrückung. Auch wenn das konkrete Ausmaß dabei differiert, zeigt die Tatsache, dass beide im Gefängnis landen und dort gedemütigt und vergewaltigt werden: Unter ähnlichen Umständen geht es allen Frauen gleich.

Der Handlungsverlauf von *Tu t'appelleras Tanga* legt nahe, dass Parallelen in der Situation und den Interessen von Frauen eine inter-kulturelle, inter-nationale Solidarisierung von Frauen für mehr soziale Spielräume und Freiheiten nicht nur möglich, sondern sogar nahezu unerlässlich machen. Solidarisierung heißt jedoch für Beyala keineswegs, bestehende Hierarchien zu akzeptieren und Differenzen zu ignorieren, sondern Differenzen im Prozess der Solidarisierung ernst zu nehmen und offensiv und konstruktiv mit ihnen umzugehen. Während einige kulturelle Differenzen toleriert werden können, müssen andere – in gemeinsamer Anstrengung – überwunden werden. In diesem Sinne fordert Tanga Anna-Claude auf, die Weiße Frau in sich sterben zu lassen. Sie soll sich fähig zeigen, sich sowohl von den Privilegien zu trennen, die sie auf Grund ihrer französischen Staatsbürgerschaft und ihres Mittelklasse-Status in Anspruch nehmen könnte, als auch von den Verhaltensweisen, die ihr kulturell einverleibt worden sind. Jeglicher Überlegenheitsdünkel, alles paternalistische Mitleid und auch alle vereinnahmenden Bestrebungen, Tanga ihr Leben zu erklären, würden das Bündnis vereiteln. Nur wenn/weil Anna-Claude sich von ihren kulturellen Prägungen zu lösen vermag, kann die Transformation und damit auch die Solidarisierung gelingen. *Tu t'appelleras Tanga* stellt außer Frage, dass dieser Weg steinig und mit Zweifeln Anna-Claudes und Tangas – Weißer, westlicher und afrikanischer Frauen – besät ist. Dass Anna-Claude jedoch schließlich die Identifikation und Verschwesterung mit Tanga gelingt, wird exemplarisch in dem Verhör deutlich, in dem sie aufgefordert wird, Name, Alter und Beruf zu nennen, und sie antwortet: »Femme-filette, noire, dix-sept ans, pute occasionelle.« [Mädchen-Frau, Schwarz, siebzehn Jahre, Teilzeitnutte.]

Ob Calixthe Beyala eine weltweite feministische Solidarisierung wirklich für möglich hält, lässt sich aus *Tu t'appelleras Tanga* nicht eindeutig erschließen. Voraussetzung dafür scheint jedoch zu sein, dass sich Weiße, westliche FeministInnen von ihrer West- und Genderzentriertheit sowie von ihren paternalistischen und vereinnahmenden Tendenzen lösen. Letztlich stellt der afrikanische Feminismus nicht nur eine Herausforderung für afrikanische Gesellschaften, sondern auch für den Weißen, westlichen Feminismus dar. Die Fähigkeit, Feminismus weltumfassend zu denken und global gleichberechtigt zu gestalten, wird in entscheidendem Maße mitentscheiden, ob der Feminismus als sozialkritische Bewegung künftig immer mehr an Zündstoff verliert oder aber weltweite Relevanz erlangen kann.

Anmerkungen:

1 Die drei Strömungen werden auf der Grundlage von Interpretationen ausgewählter afrikanisch-feministischer Texte exemplifiziert in: Arndt, Susan. The Dynamics of African Feminism. An Attempt at a Definition and Classification of African-Feminist Literatures. Trenton: Africa World Press, i.D.

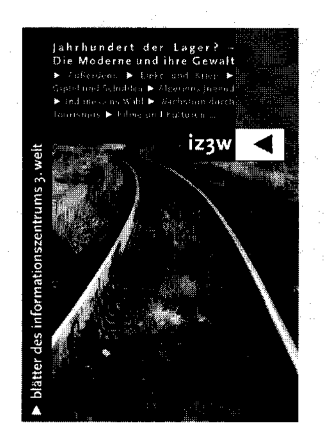
2 Für eine detaillierte Auseinandersetzung mit afrikanischen Sichtweisen und Reaktionen auf den Weißen, westlichen Feminismus siehe: Arndt, Susan. African Women's Literature, Orality and Intertextuality. Igbo Oral Narratives as Nigerian Women Writers' Models and Objects of Writing Back. Bayreuth: Bayreuth African Studies, 1998: 324 – 368.

▶ **Susan Arndt** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Seminar für Afrikawissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie hat über afrikanische Oralliteraturen, die Literatur Nigerias sowie afrikanisch-feministische Literaturen gearbeitet und publiziert.

In einem Aufruf der Redaktion Bahamas aus Berlin, der Freiburger Initiative Sozialistisches Forum und des Antinationalen Plenums Detmold zur Konferenz »Zehn Jahre später – Eine antideutsche Bilanz« wird die August-Ausgabe der iz3w »Jahrhundert der Lager?« als angeblicher Ausdruck einer zeitgeisttypischen Relativierung von Auschwitz kritisiert. Vor allem die Form sowie die innerhalb weniger Zeilen gezogene Verbindung von Aussagen Hermann Görings »vor dem Nürnberger Tribunal, dass andere Nationen eben auch ihre kolonialen, kriegerischen oder bürgerkriegerischen Verbrechen auf dem Kerbholz hätten«, den Relativierungen im »Schwarzbuch des Kommunismus« bis hin zu der besagten iz3w-Ausgabe wurden in einem offenen Brief als denunziatorisch kritisiert.

Der folgende Beitrag wurde entsprechend kontrovers diskutiert. Sein Erscheinen in dieser Ausgabe wird von manchen MitarbeiterInnen kategorisch abgelehnt. Vor allem von den persönlichen Beleidigungen und Unterstellungen distanziert sich die Mehrheit der iz3w. Eine Minderheit, die gleichzeitig Mitautor des Beitrages ist, hält eine scharfe Polemik für notwendig. Dennoch wurde beschlossen, die Kritik abzudrucken. Erstens, um die Auseinandersetzungen, die seit Wochen innerhalb der Redaktion geführt werden, transparent zu machen. Und zweitens, um eine mehrheitlich für wichtig befundene Diskussion anzustoßen – konkret über den iz3w-Schwerpunkt »Jahrhundert der Lager?«, aber auch über die gesellschaftlich verbreitete Tendenz, gerade am Ende des Jahrhunderts einzuordnen, rückzublicken und dabei nicht selten mit Auschwitz abzuschließen. Die meisten iz3w-MitarbeiterInnen stimmen in der (Selbst-) Kritik überein, dass die August-Ausgabe durch Titelbild und zu kurz greifender Unterüberschrift (»Die Moderne und ihre Gewalt«) gerade in diesem Kontext den Eindruck vermitteln kann, relativieren zu wollen. Darüberhinaus jedoch wird der Themenschwerpunkt sehr unterschiedlich bewertet, vor allem über die Berechtigung von Vergleichen und die notwendigen Kategorien des Vergleiches gibt es sehr unterschiedliche Positionen. Darüber wollen wir weiter streiten – auch in den folgenden Ausgaben der iz3w.

Der Beitrag ist als Dokumentation der Kritik zu verstehen, die in der jüngsten Ausgabe der Bahamas in genau diesem Wortlaut geäußert wird.



Wie gut, daß wir verglichen haben!

Antwort auf den Offenen Brief der blätter des iz3w

Der Aufruf zur Konferenz »Zehn Jahre später: Eine antideutsche Bilanz« am 2. Oktober in Berlin hatte die »renommierte internationalistische Zeitschrift« *blätter des iz3w* dafür kritisiert, dass diese in ihrem August-Heft »ganz zeitgeisttypisch höchst ausgewogen über das ‚Jahrhundert der Lager' schwadroniert« hatte: »Man hat sein ‚Schwarzbuch des Kommunismus' intus, man hat überdies seinen Antinationalismus so gelernt wie früher die Worte des großen Steuermanns.« Statt erst einmal zu schweigen, in sich zu gehen und darüber nachzudenken, weshalb ein Heft mit dem Titel »Jahrhundert der Lager? Die Moderne und ihre Gewalt« überhaupt durchgehen konnte, ohne dass wenigstens bei einigen Redaktionsmitgliedern die Alarmglocken geschrillt hätten, gibt man sich in Freiburg wie weiland Martin Walser und tut so, als wüßte man überhaupt nicht, wovon die Kritik handelt. In Deutschland ist diese Reaktion in den allermeisten Fällen ein Anzeichen dafür, wie sehr man sich in flagranti ertappt fühlt.

Geschickt mit einem Schuß Hysterie kombiniert – schließlich ist man ja das unschuldige Opfer und muß auf seine verzweifelte Lage aufmerksam machen -, gerät diese Verleugnung, deren Motiv keineswegs Scham ist, sondern ein Amalgam aus Nichtwissen und Nichtwissenwollen, zur Triebfeder einer aggressiven Vorneverteidigung. In einem Offenen Brief an die Veranstalter der Konferenz, d.h. an BAHAMAS, ISF und Antinationales Plenum Detmold behauptet die *iz3w*-Redaktion: »Wer unser Heft ‚Jahrhundert der Lager' gelesen hat, wird feststellen, daß es uns gerade darum geht, Auschwitz nicht in einem Jahrhundert der Barbarei, Gewalt oder sonstigem untergehen zu lassen. Wer wie Ihr etwas anderes behauptet, verbreitet die Unwahrheit.«

Ohne auch nur einen einzigen Satz zu schreiben, der sich mit der Kritik auseinandersetzte, wird diese als nicht satisfaktionsfähiger Affront, mithin als strafwürdige Verleumdung zurückgewiesen. So bleibt der *iz3w*-Redaktion nur die ultimative Forderung: »Wir erwarten von Euch eine öffentliche Entschuldigung inklusive einer Berichtigung Eurer Falschbehauptungen.«

Aber wofür denn? Das ist im August-Heft der *blätter des iz3w* nachzulesen: »Als das ‚Jahrhundert der Lager' charakterisiert der Soziologe Zygmunt Bauman unser 20. Jahrhundert. Vor allem hat er dabei die totalitären Regime mit den Millionen Opfern in ihren Vernichtungs-, Arbeits- und Erziehungslagern im Blick. Diese ... stellen sich als die Kehrseite der Moderne mit ihren Attributen von Kontrolle und Disziplinierung des Menschen dar. So setzt sich die totale Herrschaft des Menschen über den Menschen fort ... Damit ist auf die Kontinuität von Elementen der kalten Seite einer Moderne hingewiesen, die das Individuum der Ökonomie, dem Kollektiv, der Funktionalität unterordnet ...«

Usw., usf.: So schwallt es den Lesern bereits aus dem vom Redaktionskollektiv verfaßten Editorial des Schwerpunkts entgegen. Schon die Begrifflichkeit, die aus der Mottenkiste der Totalitarismustheorie herausgekramt wurde, zeigt die Absicht an und gibt die Richtung vor: Indem das Individuum in Gegensatz zu Ökonomie und Staat gesetzt und nicht als ihr Produkt begriffen wird, indem zugleich totale Herrschaft als eine Art asymmetrische Interaktion von Menschen personalisiert wird, gelingt es den Autorinnen und Autoren scheinbar ideologiefrei, ganz sachlich und ohne jede Leidenschaft das Phänomen »Lager« zu beschreiben: »Zum einen fragten wir uns, ob mit den totalitären Regimen auch die Zeit von Lagern, in denen Menschen in Massen zusammengebracht, der Vernichtung, dem Verhungern und/oder der Umerziehung ausgeliefert werden, zu Ende geht.« Fragen kostet nichts. Und wenn, dann wird es schon nicht teuer werden.

Wettbewerb zwischen Weg- und Hinschauen

Schließlich sei es, sagt das Editorial, »zum anderen ... nicht unser Ziel, einen allgemeingültigen, überhistorischen Begriff des Lagers zu entwickeln, dessen Bandbreite im allgemeinen Sprachgebrauch von Ruanda oder Kosovo bis nach Auschwitz reicht.« Ein Glück!, möchte man ausrufen – aber dann heißt es schon gleich weiter: »Im Gegenteil wird erst im vergleichenden Nebeneinander die Unmöglichkeit einer Gleichsetzung deutlich.« Wie gut also, daß wir verglichen haben!

Derlei Vergleichswissenschaft zeigt, daß dieses Heft tatsächlich, wie es im Konferenzaufruf heißt, nur »ein beliebiges Beispiel« für Zeitgeist darstellt.[1] Der Spiegel macht es vor, die *iz3w*-Linken machen es nach (oder war es umgekehrt?), wenn Augstein in der Nr. 43 vom 25.10.99 Schwerpunkheft Hitler: »Das Monster der 20. Jahrhunderts« – Joachim C. Fest über »Hitler. Die reale Macht des Bösen« sich verbreiten läßt und auf Seite 184 unter der Rubrik »Moderne Barbaren. Staatsverbrecher im 20. Jahrhundert« eine Fotogalerie aus Mao, Idi Amin, François Duvalier, Augusto Pinochet, Slobodan Milosevic, Saddam Hussein zum auch physiognomischen Vergleich bietet. Bis in die Wortwahl hinein wiederholt die *iz3w* die Komplimente, mit denen schon die taz das »Schwarzbuch des Kommunismus« begrüßt hatte. Auch Stéphane Courtois wollte nur »vergleichend verstehen«, auch ein Ernst Nolte wollte nur »das Verbot des Vergleichs« (taz, 30.5.98) durchbrechen. Denn allein durch den »historischen Vergleich« ließe sich »die jeweilige Spezifität und Einmaligkeit herausdestillieren« schrieb die taz (1.12.97). Anscheinend kann nur wer »vor Kühnheit zitternd« wie damals Walser in der Paulskirche, Auschwitz in die Kartei der »Megaverbrechen« (taz, 9.11.98) der Moderne einsortiert, beim Wettbewerb ums Wegschauen (Walser) und Hinschauen (Scharping) ordentlich mitmachen.

Niemand stellt in Abrede, daß Vergleichen nottut, um Unterschiede zu erkennen. Um allerdings das ganz Besondere, nämlich Einzige des

Nazifaschismus nicht hinter den Allgemeinplätzen der sogenannten »Moderne« und Postmoderne zum Verschwinden zu bringen, sollte man sich doch zuvor ein gewisses Verständnis von Singularität erarbeiten, eines, das weder bloß als wissenschaftliche Definition gesetzt, noch als ganz persönliche Meinung auf die Geschichte projiziert wird. Um einen Begriff ist es zu tun, und damit um eine Kategorie, in der sich der Gegenstand reflektiert – was keineswegs dasselbe ist wie eine »Konstruktion«, wie das Editorial der *iz3w* in zeitgeisttypischer Dudenfeindschaft ihren Lesern glauben machen möchte. Denn aus dem Vergleichen von Sachen erwächst nie und nimmer ein Begriff der Sache selbst. Singularität aus Vergleichen ableiten zu wollen, mündet in nichts als Tautologie und doppelter akademischer Bilanzbuchhaltung. Daß eine Birne kein Apfel ist, daß gleichwohl beide, als geldwerte Waren, dem Allgemeinbegriff Obst subsumierbar sind, sagt gar nichts über Birnen und Äpfel als solche aus, viel dagegen über die Form der Erkenntnis selbst und alles über das Verhältnis von Allgemeinem, Besonderem und Einzelnem: Das Besondere verschwindet im Allgemeinen, das Einzelne kommt gar nicht erst vor.

Heimisch in platten Widersprüchen

▶ Andererseits kann vom Einzelnen als einem Besonderen nur in Bezug auf etwas anderes gehandelt werden. Das führt dann scheinbar auf das Paradox, daß die Einmaligkeit eines Ereignisses nur durch Vergleich erkannt werden kann, während durch das Vergleichen doch zugleich überhaupt gar nichts erkannt werden kann. Das wissenschaftliche, also das nichts als der Logik verpflichtete positivistische Denken steigt an dieser Stelle so aus wie nur das wilde Denken der Postmodernen, weil es den Widerspruch nicht auszuhalten vermag, weil es sich der Dialektik der Sache selbst verweigert. Dieses Denken versucht, dort Identität und Logik herzustellen, wo der Sache nach nicht ein theoretisch, sondern nur ein praktisch aufhebbarer innerer Widerspruch besteht. Dieses Verfahren nennt man dann »Methode«; es führt nicht in die Rationalität des Gegenstandes, sondern in die Rationalisierung und also Bagatellisierung der Massenvernichtung von Menschen. Der vernünftige Grund der Behauptung, die Shoah sei etwas Unvergleichliches, kann nicht aus Vergleichen erwachsen, sondern nur aus dem bestimmten Urteil über die Verbrechen der Deutschen und ihrer Nazis, d.h. aus dem Wesen der Tat selbst.[2] Und Karl Marx bemerkt im »Kapital« über einen der zeitgenössischen Vergleichskünstler: »So fremd ihm der Hegelsche ,Widerspruch', die Springquelle aller Dialektik, so heimisch ist er in platten Widersprüchen.«[3]

Schon der titelgebende Aufsatz des fraglichen *iz3w*-Heftes demonstriert, wohin das Vergleichen führt, wenn man sonst nichts gelernt hat: »Der Schatten von Auschwitz ist der bei weitem längste«, stellt Jörg Später fest. Von dem leisen Stolz auf den längsten Schatten einmal abgesehen: Im Vergleich verschwindet selbstverständlich alles Besondere; das ist ja gerade der gesellschaftliche Auftrag, den das Vergleichen hierzulande hat. Im Vergleich der Lager wird Auschwitz entweder zum »längsten Schatten«, oder aber der Vernichtungszweck wird zum besonderen Merkmal, das auf die Seite gelegt und dann ,vergessen' wird, um den Vergleich möglich zu machen. Darin wird das Wesen zur Akzidenz herabgesetzt, das Unvergleichliche wird zur Bagatelle – und ganz konsequent hat das September-Heft der *blätter des iz3w* das »Jahrhundert der Lager« schon hinter sich und ist zum »Jahrtausend der Händler« vorangeschritten.

Tatsächlich war von Auschwitz keine Rede. Gerade dem Artikel von Jörg Später, der in wesentlich entschärfter Form zuvor in der Jungle World erschienen war, liegt nur die Intention zugrunde, die theoretische Reflexion über den Nazifaschismus mittels Zygmunt Baumans Phrase vom »Jahrhundert der Lager« ihrer Besonderheit zu berauben. Die Bilanzierung der »Stärken und Schwächen« dieses Schlagworts gerät bei Später zum Totalitarismus-TÜV für die Überlegungen von Arendt, Améry, Horkheimer und Adorno. Später weist Baumans Definition des Jahrhunderts mit dem Einwand zurück, sie bewege sich »auf einer solch hohen Abstraktionsstufe, daß seine These bestens dafür geeignet ist, die Spezifität der Vernichtungslager in einem ,Jahrhundert der Lager', die deutschen Verbrechen an der Menschheit in einem Zeitalter der Gewalt verschwinden zu lassen.« Das Argument gegen Bauman richtet sich also gegen die zu hohe Abstraktionsstufe.[4] Eine Theorie mittlerer Reichweite muß her, irgend etwas zwischen zu abstrakt und zu konkret. Auf der Suche nach dem Besonderen findet Später mit Jean Améry einen Kronzeugen, der die Singularität von Auschwitz betont: Améry lenke »unsere Aufmerksamkeit zu recht auf das Besondere des Nationalsozialismus und seiner Lager.« Doch geht es im Weiteren nicht etwa darum, Amérys Erfahrung zu reflektieren, sondern seine Erfahrung, sein »subjektives Schreiben« wird, weil es in den Kram paßt, sofort zur Theorie verdinglicht.

Späters so begriffs- wie haltloses Pendeln zwischen einerseits und andrerseits, zwischen dem Besonderem und dem Allgemeinen, zwischen der Singularität von Auschwitz und »allgemeinen Vorstellungen und Begriffen von Gesellschaft und Geschichte« stellt Baumans Vorstellung vom Jahrhundert der Lager, Amérys These der Singularität von Auschwitz und Hannah Arendts Theorie totalitärer Herrschaft einfach so nebeneinander, als Soziologenfutter zur Selbstbedienung. Die ausgewogene Sichtung der »Stärken« und »Schwächen« der Konzeption vom »Jahrhundert der Lager« läuft darauf hinaus, daß alle irgendwie recht haben, doch weshalb, »darüber zu entscheiden, ist noch zu früh.« Aber für Später steht es trotzdem fest, daß Kritische Theorie nach Auschwitz und GU-Lag nicht einfach nur Krisen- sondern zugleich Katastrophentheorie sein muß. Diese Ausgewogenheit, diese friedliche Koexistenz theoretischer »Ansätze« und »irgendwelcher groß angelegter Begriffe wie Moderne, Kapitalismus oder Totalitarismus«, sein Vorschlag schließlich, die Kritische Theorie um eine Katastrophentheorie zu erweitern – all das ist der blanke Reemtsma, von dem nicht nur Karl-Heinz Roth ein Liedchen zu singen weiß, wenn er feststellt, daß es sich dabei um »Makrotheorien« handelt, »die keinerlei Erkenntnismöglichkeiten in sich tragen und eher etwas über die sozialpolitische und sozialpsychologische Verfaßtheit ihrer Exponenten aussagen.«[5]

Das Lager: »Ausdruck der Unbehaustheit«

▶ Hauptsache, es ist immer genug da zum Vergleichen, denn die viele Arbeit läßt einfach keine Zeit, über den Begriff des Vergleichs sich Gedanken zu machen. Der im fraglichen Heft der *blätter des iz3w* von Tina Goethe und Jörg Später gehorsam abgefragte Freiburger Historiker Ulrich Herbert hatte, an anderer Stelle – als er sich gegen Goldhagen stellte und es trotzdem in Ordnung fand, von »uns, den Deutschen« zu sprechen – das Verfahren der Historiker und Soziologen derart charakterisiert: Goldhagens Buch zeichne »ein verzerrtes Bild von der Entwicklung und Bedeutung des Antisemitismus in Deutschland. Es reduziert den durch vielfältige Faktoren beeinflußten Prozeß von der Judengegnerschaft zur Judenverfolgung und schließlich zum Genozid auf eine einlinige Entwicklung: den Judenhaß der Deutschen.« Wie beleidigend, daß unser Judenhaß nur so »unzureichend und simplifizierend« gewürdigt wird![6] So sprechen Akademiker, die deshalb gegen den Begriff und die Sache von Wahrheit sich wenden, weil sie beschlossen haben, sie niemals herauszufinden, um mit Auschwitz Karriere zu machen und ihr Leben mit der Shoah zu verdienen.

Ulrich Herbert spricht vom Lager auch gerne als von einem »Ausdruck der Unbehaustheit« und entwickelt ganz nebenbei den »überhistorischen Begriff«, gegen den sich das Editorial abzusetzen versprach: »Es geht um das vorübergehende Unterbringen großer Menschenmassen zu irgendwelchen Zwecken aus irgendwelchen Motiven. Schaut man sich die Konflikte genauer an, findet man meistens Mischformen. Gegenüber den Juden wird das besonders deutlich: Man wollte sie loswerden; man steckt sie in Ghettos; will sie aber nicht hier behalten und nicht ernähren, weil das Geld kostet. Läßt man sie arbeiten, fällt das Vorübergehende ihres Aufenthalts weg. In der Folge bilden sich Hunger, Schwarzmarkt, Seuchen. Das wiederum wirkt als Bestätigung für diejenigen Vorurteile, die am Beginn der rassistischen Diskriminierung standen: ,Die Juden verbreiten Krankheiten und sind Schwarzhändler.'« Anstatt den Herrn Professor zu fragen, ob er denn tatsächlich meine, die Ver-

nichtung der Juden sei ein »Konflikt« gewesen, an dessen Ende ihre Ermordung, als nahezu selbsttätiger Vollzug stand, weil die Juden nach ihrer Ghettoisierung dem antisemitischen Stereotyp immer ähnlicher wurden, geht es einfach weiter mit der fröhlichen Wissenschaft.

Den Artikeln schließlich, die das fragliche Heft sonst noch über die chinesischen Arbeitslager und den sowjetischen GULag (der exakt den Jargon spricht, mit dem hierzulande gemeinhin über den NS gesprochen wird) veröffentlicht, mangelt es zwar an vielem, aber bestimmt nicht an einem Antikommunismus, der gerade links von der Mitte ein untrügliches Zeichen dafür ist, wie wohl und ‚behaust' man sich doch fühlt. »Auschwitz«, weiß Tina Goethe unter der Überschrift »Kategorie Mensch« zu sagen, »Auschwitz ist nicht gleich GULag, nicht gleich Laogai und schon gar nicht mit den heutigen Sammellagern für Flüchtlinge gleichzusetzen. Vergleichbar ist lediglich das Prinzip Lager. Der Kern dieses Prinzips sei die »Ent-Menschlichung«. Der harte Kern wiederum des Menschseins besteht für Goethe im Subjektstatus des Menschen, in den Menschenrechten – so kritisch kann Linksliberalismus sein.[7]

Beliebiges Beispiel für ordinären Antitotalitarismus

► Hätte es noch irgendeines weiteren Beweises dafür bedurft, daß die Affirmation der Totalitarismusideologie nicht dazu führt, die Waffe der Kritik zu schärfen, sondern dazu, sie zu entsorgen, das fragliche Heft der *blätter des iz3w* läßt kaum noch Wünsche offen. Es läßt sich wie ein Lehrstück »die scheinbare Harmlosigkeit und ‚Normalität' der großdeutschen Verhältnisse« lesen, »die«, wie es im Aufruf zur antideutschen Konferenz hieß, »Linke zunehmend in gewohnter Skrupellosigkeit zum Anlaß« nehmen, »die Rolle der konstruktiven Opposition zu besetzen«. »Bis vor kurzem gehörte es noch zu deren Standardrepertoire, vor der Schlußstrichmentalität gegenüber der deutschen Geschichte zu warnen. Mittlerweile ist auch damit Schluß. Die Linke vollzieht nach, was der Mainstream seit Jahren vormacht und läßt Auschwitz in einem Jahrhundert der Barbarei, wo alle Deutschen grau sind, untergehen. Hermann Görings Aussage vordem Nürnberger Tribunal, daß andere Nationen eben auch ihre kolonialen, kriegerischen, oder bürgerkriegerischen Verbrechen auf dem Kerbholz hätten, ist zum Konsens des wiedervereinigten Deutschland geworden; seine schwer hintergehbare Wirksamkeit bezieht dieser Konsens daraus, daß die unterschiedlichen gesellschaftlichen Fraktionen das Immergleiche auf je unterschiedliche Art artikulieren. Und an diesem Spiel der politischen Alternativen möchte die deutsche Linke unbedingt teilnehmen.« Das August-Heft der *blätter des iz3w* ist dafür tatsächlich ein völlig »beliebiges Beispiel«, denn das Editorial der September-Ausgabe von Arranca![8] oder der Aufruf zur Demonstration »Den nationalen Konsens sprengen. Kampf dem imperialistischen Krieg«[9], die am 3. Oktober in Wiesbaden stattfand, leisten den gleichen Dienst am Kunden.

Der diskrete Charme des deutschen Positivismus ist es, die Linken, die gerne mitreden mögen, die aber – außer untertänigst auf noch unbeachtete »Aspekte«, bislang leider übersehene »Faktoren« und außerdem allerhand einstweilen Unverglichenes, aber durchaus Vergleichbares hinzuweisen – nicht viel zu melden haben, am kategorischen Urteil über Deutschland zu hindern. Es ist viele Jahre und viele Redakteure her, daß die *blätter des iz3w*, ein Schwerpunktheft mit dem Titel »Antizionismus = Antisemitismus? Ein notwendiger Streit« publizierten, aber das Elend des Vergleichens scheint doch dasselbe geblieben zu sein. Vielleicht, so fragte damals Jürgen Werner seine Leser, »vielleicht es der ISF noch gar nicht aufgefallen: Ab es gibt kein Recht auf Besatzung. Besatzung ist Unrecht, ob sie nun israelisch, deutsch, französisch oder wie auch immer heißt.«[10] In letzter Instanz läuft der prinzipielle Antinationalismus eben immer auf das hinaus, was in Deutschland immer schon vorher feststand – daß es prinzipiell betrachtet und objektiv verglichen, ein schreiendes Unrecht der Alliierten gewesen ist, die Nation unter Aufsicht und Kuratel zu stellen.

Daß es damit in den letzten zehn Jahren keineswegs besser oder gar endlich anders geworden ist – nur darauf wollte die Berliner Konferenz hinweisen. Wer jedoch einer durchaus solidarischen Kritik mit Vernunftgründen nicht zu begegnen weiß, sich nichtsdestotrotz entschieden hat, den Gedanken an Selbstkritik gar nicht erst aufkommen zu lassen, der greift in seiner Not gerne zum Strafgesetzbuch: »Uns die Tradition Görings und der Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen zu stellen«, meint die *iz3w*-Redaktion in ihrem Offenen Brief Anzeige erstatten zu müssen, »ist nicht mehr Polemik, sondern bloße Denunziation und üble Nachrede.« Der Redaktion mag es in ihrem heilig Zorn gar nicht auffallen, daß einzig sie selbst es gewesen ist, die sich in diese Tradition stellte; im Aufruf zur antideutschen Bilanz wird das nicht getan.

In Wahrheit jedoch ist der Tatbestand weitaus schlimmer. Denn die Artikel fraglichen Heftes stellen wahrhaftig ein Horrorkabinett linker Bewegungsideologien dar und sind insofern nicht beliebig, als sie vielmehr exemplarisch vorführen, wie der rotgrüne Umgang mit der Nazi-Vergangenheit von Linken nachgemacht wird.

Joachim Bruhn, Martin Janz,
Tjark Kunstreich, Jörg Zinn

Anmerkungen:

1 Die Prokla, nur als weiteres »beliebiges Beispiel«, argumentiert in ihrem Themenheft »Totalitarismus und Liberalismus« (Nr. 115/1999) ebenfalls so, wie es sich für eine »Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft« schickt: »Der Vergleich kommunistischer Diktaturen untereinander und mit nationalsozialistischen oder faschistischen Regimes ist möglich, sinnvoll und notwendig«, auch wenn man dann die immense Arbeit hat, gleich ein ganzes »multidimensionales Bündel progressiver Prozesse sozialen Wandels« zu untersuchen.

2 Das hat, angelegentlich des »Historikerstreites«, Christoph Türcke dargelegt: Darüber schweigen sie alle. Tabu und Antinomie in der neuen Debatte um das Dritte Reich, in: Ders., Gewalt und Tabu. Philosophische Grenzgänge, Lüneburg 1987.

3 Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, S. 623.

4 Die Frage, ob sich »abstrakt« in Richtung »abstrakter« und »am abstraktesten« steigern läßt, möchten wir hier lieber nicht untersuchen.

5 Karl-Heinz Roth, Sich aufs Eis wagen. Zur Wiedergeburt der Totalitarismustheorie durch das Hamburger Institut für Sozialforschung, in: Ders., Geschichtsrevisionismus. Die Wiedergeburt der Totalitarismusheorie, konkret-texte 19, Hamburg 1999.

6 Ulrich Herbert, Die richtige Frage, in: Julius H. Schoeps (Hg.), Ein Volk von Mördern? Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust, Hamburg 1996, S. 214ff.

7 Es versteht sich, nebenbei bemerkt, daß das Interesse an Bauman, das Reemtsma lanciert, auch darin gründet, daß dessen »Dialektik der Ordnung« unter anderem die ältesten, schon längst von Detlev Claussen und vielen anderen widerlegten Märchen über Marx serviert: »Es blieb Karl Marx, dem Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus vorbehalten, den antikapitalistischen Antisemitismus von einer rückwärts in eine vorwärts gewandte Anschauung zu verwandeln« (Zygmunt Bauman, Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust, Hamburg 1992, S. 64). Was dem Spiegel das Böse ist, ist Bauman die Utopie: Kriterium des Vergleichs von Allem mit Jedem: »Die Opfer Stalins und Hitlers ... mußten sterben, weil sie nicht in das Bild der perfekten Gesellschaft paßten. Die bessere Welt, effizienter, moralischer, schöner, der die Vernichtung diente, war der Kommunismus oder die rassisch reine, arische Welt, eine harmonische, konfliktfreie Welt, leicht zu lenken, geordnet, kontrollierbar.« (ebenda S.107). Die »Offene Gesellschaft« Sir Karl Poppers läßt ihre Feinde« schön grüßen, und man mag sich fragen, wann die Herrschaften damit anfangen werden, Meter, Kilogramm und Grad Celsius miteinander zu »vergleichen«.

8 »Antideutsche Denkfiguren«, heißt es, seien von einer tiefen »Ignoranz gegenüber der sozialen Linken« geprägt, gleichwohl seien Analysen dieser Strömung »zwar nicht ganz falsch, aber unvollständig«. Man muß bißchen differenzieren, denn »beim Kosovo-Krieg handelt es sich in Wirklichkeit um drei Kriege«. Wer erkennt, daß der Hauptfeind nicht nur im eigenen Land steht, sondern das eigene Land ist, der »... blockiert jede Arbeit, die sich prinzipiell gegen jeden Krieg wendet«. Es ginge nämlich darum, »die Nationalismen aller Seiten anzugreifen«. Justus Wertmüller lag, nicht zuletzt das läßt die Debatte immer deutlicher werden, mit seiner Einschätzung, »Antinationalismus ist ein völlig abgedroschener Schematismus« (geworden) richtig, lädt er doch zur »pseudokritischen Äquidistanz zu allem und jedem ein« (Bahamas 29).

9 »Der rotgrünen Bundesregierung ist es gelungen, die BRD nach dem NS-Faschismus in die barbarische Normalität imperialistische Normalität eines imperialistischen Staates zurückzuführen.«

10 blätter des iz3w Nr. 150 (1988). Siehe auch: ISF, Auschwitz, ein deutscher Familienkrach, in: Dies., Das Ende des Sozialismus, die Zukunft der Revolution. Analysen und Polemiken, Freiburg 1990.

Ein Jahr nach Mitch

▸ Die vom Hurrikan Mitch betroffene Bevölkerung lebt heute unter den gleichen oder noch schlechteren Bedingungen als zwei Monate nach der Hurrikan-Katastrophe, so lautet das Ergebnis einer Studie der Nationalen Koordination der Zivilgesellschaft (CCER) vom September 1999. Die erneuten Überschwemmungen in diesem Jahr verschlechtern die Lebensbedingungen weiter. Maßnahmen der Regierung, die Situation der Bevölkerung wirklich zu verändern, sind ein Jahr nach Mitch kaum wahrnehmbar. Von den betroffenen Familien leben 16% immer noch von Schenkungen und Lebensmittelzuweisungen. Weitere 23% überleben mit Gelegenheitsarbeiten und dem, was sie an Essbarem finden. 25% der Betroffenen, die Landwirtschaft betreiben, konnten in diesem Jahr ihre Produktion nicht wieder aufnehmen. Der Verlust der Ernteerträge macht die Rückzahlung von Produktionskrediten unmöglich, und die Banken gewähren keine neuen Kredite für die Rekultivierung und Aussaat. Als einzige Alternative bleibt für viele nur der Verkauf ihres Landes.

In Posoltega, wo der Vulkan Casitas über 2.000 Menschen begrub und über 1.500 Häuser zerstörte, wurden erst 500 Wohnungen wieder aufgebaut. Über 1.000 Familien leben noch in Notunterkünften aus Plastikplanen. Obwohl die Arbeit der NRO und ihre finanziellen Mittel entscheidend dazu beigetragen haben, dass innerhalb eines Jahres wenigstens ein Teil der dringendsten Probleme angegangen wurde, leidet die Arbeit der NRO an mangelnder Koordination untereinander und mit den Kommunen *(vgl. iz3w 237)*. Der eigene Profilierungswunsch und die mangelnde Einbeziehung Betroffener bei Entscheidungen haben assistenzialistische Tendenzen der so genannten Entwicklungsarbeit wieder gestärkt. Unkoordinierte Verteilung haben Gemeinden gespalten und Zwietracht gefördert, anstatt Selbstorganisation und Solidarität untereinander zu stärken.

Bis heute hat die Regierung keine Rechenschaft über die eingegangenen internationalen Hilfsgelder und deren Verwendung gegeben. Jedenfalls ist »unten« nicht viel von der staatlich kanalisierten Hilfe angekommen. Ein Teil der Gelder wird offensichtlich zur Profilierung der Partei Alémans verwandt. Erkennbar wird in Infrastrukturmaßnahmen investiert, vor allem in Straßen- und Brückenbau, der für die Transportwege des überregionlen Handels notwendig ist. Eine kommunale und lokale Infrastruktur, die für das alltäglichen Leben der Menschen eine weit wichtigere Rolle spielt, findet kaum Berücksichtigung. Die Regierung Nicaraguas hat andere Vorstellungen vom Wiederaufbau als die KleinstproduzentInnen, die für den Eigenkonsum und Binnenmarkt produzieren: sie wurden nach der Katastrophe zu 71% von Nichtregierungsorganisationen, zu 9% von religiösen Organisationen und zu 3% vom Roten Kreuz unterstützt. Dagegen erhielten nur 9% der Betroffenen von der Regierung und 8% von den Kommunen, die selbst über wenige Eigenmittel verfügen, Unterstützung.

Viele Kommunen bleiben bei der Mittelverteilung außen vor, erst recht, wenn es sich um sandinistische Gemeindeverwaltungen handelt. Weder die Regierung noch die Oppositionsparteien haben ein Konzept erarbeitet, um Mitch zum Ausgangspunkt einer 'anderen Entwicklung' zu machen. Die strukturellen Probleme eines Wirtschafts- und Entwicklungsmodells, das auf einem zerstörerischen Verhältnis zu den natürlichen Ressourcen beruht und jährlich mehr Menschen an den Rand der Gesellschaft drängt, bleibt unhinterfragt.

Informationsbüro Nicaragua, Postfach 101320, 42013 Wuppertal, Tel.: 0202-300030

Kinder in bewaffneten Konflikten

▸ Schlechte Ernährung, keine oder unzureichende Schulbildung, Krankheit, Gewalt und Missbrauch – so sieht der Alltag von Millionen von Kindern aus. Seit 50 Jahren setzt sich das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) für das Überleben und die Rechte von Kindern auf der ganzen Welt ein. Erst vor zehn Jahren, am 20. November 1989, wurde die Konvention über die Rechte des Kindes ratifiziert. Der Vertrag schreibt die Grundrechte des Kindes fest, darunter ein Verbot von Diskriminierung, das Gebot staatlicher Fürsorge, staatlicher Schutz vor Gewalt und Gesundheitsschutz. Seit deren Verabschiedung haben sich rund 200 Staaten mit ihrer Unterschrift dazu verpflichtet, Kindern eine menschenwürdige Entwicklung zu ermöglichen, jedoch werden Kinderrechte weiterhin in gewaltigem Umfang verletzt.

Rainer Werning vom European Forum for Child Welfare (EFCW) in Brüssel stellt in einem Positionspapier zur Situation von Kindern in bewaffneten Konflikten fest, dass Kinder nicht nur physischen und psychischen Schaden als Zivilisten erleiden, sondern auch zunehmend aktiv als Kindersoldaten an den Kriegsgeschehnissen teilnehmen.

»Die UNICEF schätzt, dass 20% aller Kinder unter schwierigen Bedingungen aufwachsen, oft ohne mit dem notwendigsten versorgt zu sein. Internationale Organisationen und Institutionen kommen zu dem Schluss, dass in den letzten zehn Jahren zwei Millionen Kinder getötet, vier bis fünf Millionen Kinder verstümmelt, zwölf Millionen Kinder gezwungen wurden, ihre Häuser zu verlassen, über eine Million Kinder ihre Eltern verloren haben oder von ihnen getrennt wurden und zehn Millionen psychisch traumatisiert wurden. Hinzu kommt, dass in den vergangenen Jahren Kinder unter 16 Jahren, manchmal sogar Kinder unter 10 Jahren, als Kindersoldaten in 25 von 40 Ländern, die gegenwärtig bewaffnete Konflikte austragen, kämpfen.

Heute sind schätzungsweise 300.000 Kindersoldaten in einem aktiven Kampf entweder in Regierungstruppen und/oder in bewaffneten Truppen unterschiedlicher politischer Richtungen beteiligt. Allein in Ruanda schmachten über 1000 ehemalige Kindersoldaten, die gleichzeitig Opfer und Täter sind, im Gefängnis und werden möglicherweise verurteilt, »Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung« verübt zu haben.« *as*

▸ *(Das komplette Positionspapier der EFCW ist – in englischer Sprache – beim iz3w erhältlich)*

Harte Dollars aus heißer Luft

▸ Seit die USA an der UNO-Klimakonferenz von Kyoto (1997) eine vage Vorstellung von Emissionshandel in den Text des Protokolls einfügten, scheint es in den Verhandlungen über eine international koordinierte Strategie gegen den Treibhauseffekt kaum mehr um die Umwelt zu gehen. Denn im Vordergrund stehen ökonomische Überlegungen.

Die US-Regierung wirbt mit einem zentralen Argument zu Gunsten des Emissionshandels: Ihr nationales Programm zur Verminderung des sauren Regens war erfolgreich. Bei einem internationalen Emissionshandelssystem wird allerdings alles unendlich viel komplizierter. Beim US-Beispiel waren die Schadstoffquellen zahlenmäßig eng begrenzt, die Menge der Emissionen war bekannt und es existierten staatliche Institutionen, die den Emissionshandel überwachen und kontrollieren konnten. International ist keine dieser Bedingungen erfüllt. Entscheidend beim US-System war zudem der politische Wille, die Emissionsrechte knapp zu halten, wodurch sie ziemlich viel kosteten. Es lohnte sich eher, in Schadstoffreduktion statt in den Kauf von Emissionsrechten zu investieren. International ist genau das Gegenteil der Fall: Das Angebot ist aufgebläht. Beim großen Kuhhandel in Kyoto wurden Russland (für die Ukraine gilt das gleiche) weitgehende Zugeständnisse gemacht. Während alle Industrieländer zusammen ihre Treibhausgasemmissionen bis zum Zeitraum 2008 – 2012 um fünf Prozent gegenüber 1990 reduzieren müssen, darf Russland seine Emissionen auf dem Niveau von 1990 stabilisieren. Der Protokollparagraf über Emissionshandel bietet, zumindest in der Interpretation der USA, die Möglichkeit, nicht aufgebrauchte Kontingente vollständig zu verkaufen. Seit 1990 ist die russische Wirtschaft weitgehend zusammengebrochen; sie wird sich auch im optimistischsten Fall bis 2008 – 2012 nicht so weit erholen, dass der Energieverbrauch den früheren Stand erreicht. Die russischen Treibhausgasemissionen werden vermutlich mindestens 20 Prozent unter dem Niveau von 1990 liegen. Diese 20 Prozent sind das Handelsgut, das in den Klimaverhandlungen «heiße Luft» getauft wurde (hot air emissions trading). Russische und ukrainische Emissionsgutschriften dürften durch das Überangebot so billig zu haben sein, dass für potenzielle Käufer überhaupt kein Anreiz besteht, Emissionen im eigenen Land zu reduzieren.

Noch ist aber nichts entschieden: Einer der größten Streitpunkte der fünften Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Bonn bestand darin, ob die Anrechnung von erworbenen Emissionsreduktionen begrenzt werden soll. Neben dem Emissionshandel bietet das Kyotoprotokoll noch zwei weitere Möglichkeiten, eigene Reduktionsschritte durch Maßnahmen im Ausland zu vermeiden: «Joint Implementation» für Deals zwischen Industrieländern und «Clean Development Mechanism» für Geschäfte zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Alle drei Varianten werden als «flexible Mechanismen» bezeichnet. Die EU fordert schon seit längerem eine Obergrenze von 50 Prozent für den Gebrauch dieser Mechanismen, das heißt wenigstens die Hälfte des Reduktionszieles müsste durch Eigenanstrengung in den Industrieländern erreicht werden. Nach den Vorstellungen der USA könnten sich die Industrieländer dagegen auf dem «freien Reduktionsmarkt» eindecken.

Noch herrscht also kein Konsens darüber, welchen Umfang der internationale Emissionshandel annehmen soll. Ebenso wenig sind die vielen technischen Fragen nach Messkriterien, Überwachungsinstanzen und Kontrollmechanismen geklärt. Das stört jedoch zukünftige «Marktteilnehmer» nicht weiter. Sie schaffen jetzt schon Fakten und betrachten dabei Rahmenbedingungen von Regierungen oder internationalen Organisationen für weitgehend überflüssig. Technische Innovationen der Unternehmen würden den CO2-Reduktionsprozess vorantreiben, so ein US-amerikanischer Investmentbanker, während die «money guys», die Börsenhändler und Anlagespezialisten, die Normen für den Kohlenstoff-Markt aufstellen würden. Die Derivatbörse «Sydney Futures Exchange» plant nächstes Jahr den Einstieg in den Emissionshandel. Weitere Kandidaten für den Ablasshandel mit Treibhausgasen sind Chicago, wo bereits die US-amerikanischen Schwefeldioxid-Emissionsrechte gehandelt werden und das Finanzzentrum der Londoner City. Dort bewirbt sich ausgerechnet die auf Termingeschäfte mit Erdöl spezialisierte Börse.

Der Erdölmulti BP Amoco hat bereits ein unternehmensinternes Emissionshandelssystem eingerichtet, das der Konzern lautstark auch als Modell für internationale Regelungen propagiert. Die einzelnen Geschäftsbereiche sollen eigenständig Treibhausgasemissionen vermindern und untereinander handeln. Ein Manager lässt beispielsweise bei einer Erdgaspipeline die Ventile ersetzen, so dass kein Methan mehr austritt (Methan ist neben Kohlendioxid das zweitwichtigste Treibhausgas). Die so gewonnenen Emissionsreduktionen kann er unternehmensintern verkaufen. Käuferin könnte zum Beispiel die Besitzerin einer Bohrplattform sein, die lieber Reduktionsgutschriften kauft, statt das Abfackeln von Gas einzustellen. Die Wirtschaftszeitung «Wall Street Journal» schreibt BP Amoco sogar zum Umweltpionier hoch. Das Unternehmen sei an «vorderster Front der Multis bei der Reduktion des Treibhauseffektes». Bei so viel Begeisterung wurde wohl glatt vergessen, dass der Konzern nur diejenigen Treibhausgasemissionen reduzieren will, die er selbst verursacht – das von BP Amoco verkaufte Öl heizt das Weltklima weiterhin kräftig an.

Andreas Missbach (Redakteur der WochenZeitung in Zürich)

Indonesiens vierter Präsident ist der lachende Dritte

▶ In Indonesiens Hauptstadt Jakarta zeigte sich am 20. Oktober einmal mehr, dass in javanischer Politik nichts kalkulierbarer ist als die Unberechenbarkeit. Hier die unermüdliche Streiterin für Demokratie in Gestalt von Megawati Sukarnoputri, der Tochter des Staatsgründers und ersten Präsidenten Ahmed Sukarno, dort in Dr. Bacharuddin Jusuf Habibie die verkörperte Erblast der Suharto-Diktatur. Und dann betrat durch die Hintertür Abdurrahman Wahid als strahlender Dritter siegreich die Bühne. Das Votum in der 700-köpfigen Beratenden Volksversammlung, dem höchsten legislativen Organ im Lande, war mit 373 zu 313 Stimmen zu seinen Gunsten ausgefallen. Das hat mehrere gute Gründe, doch die Konsequenzen dieses Sieges müssen nicht unbedingt gut verlaufen.

Habibie war zählebiger, als manche Oppositionelle ihm seit seinem Amtsantritt im Mai 1998 zugetraut hatten. Sein Zickzackkurs war häufig für Überraschungen gut. Selbst langjährig Teil des Suharto-Regimes, warf er einigen Ballast der dikatatorischen Ära über Bord, ließ politische Gefangene frei und die kritischen Medien gewähren. Beachtlich war auch der Wahlerfolg der alten Suharto-Recken; dessen Politmaschinerie *Golkar* verbuchte nahezu ein Viertel der Stimmen bei den Parlamentswahlen Anfang Juni. Damit lässt sich auch künftig Politik machen. Zum Verhängnis wurde Habibie zweierlei: die Scheu, gegen Mitglieder des »ancien régime« wegen Machtmissbrauchs und grassierender Korruption vorzugehen und seine nicht mit dem Militär abgestimmte Osttimor-Politik. Was gegenüber dem Ausland guten Willen und einen Bruch mit seinem Vorgänger signalisieren sollte, wurde zum Bumerang. Mit der Anfang des Jahres verkündeten Entscheidung, Osttimor noch vor der Jahrtausendwende über sein eigenes Schicksal entscheiden zu lassen, stellte er die bis dahin gültige Politik Jakartas in Frage, die zentrifugale Tendenzen stets tabuisierte.

Der haushohen Favoritin Megawati wurde zum Verhängnis, dass sie mit siegessicherer Arroganz gegenüber Bündnispartnern agierte und glaubte, allein schon mit einem Stimmenanteil von 34 Prozent bei den Parlamentswahlen frei schalten und walten zu können. So populär sie auch sein mag, eine streitbare Demokratin oder visionäre Erneuerin ist sie partout nicht. Sie profitierte vom Charisma ihres Vaters, das umso kräftiger strahlte, je mehr sich die realen Verhältnisse verfinsterten. Megawati war zudem lange Zeit Teil der politischen Infrastruktur Suhartos und hielt sich in den turbulenten Wochen seines Rücktritts auffällig bedeckt.

Der neue Präsident ist Spross einer einflussreichen Familie aus Ost-Java, hat unter anderem in Bagdad und Kairo Arabistik und Literatur studiert, ist ein gewiefter Taktiker und Meister politischer Verwirrspiele und zugleich Vorsitzender der mit über 30 Millionen Mitgliedern landesweit größten muslimischen Organisation, der *Nahdlatul Ulama (Wiedererwachen religiöser Gelehrter)*. 1926 in einer Krisensituation gegründet, da sich der traditionalistische Islam von verschiedenen Seiten herausgefordert fühlte, verfolgte *Nahdlatul Ulama* als Hauptziel die Einheit aller Muslime. Sowohl der Einfluss des Kommunismus, dessen Anhänger die *Sarekat Islam* (die 1912 entstandene *Islamische Union*) fast zehn Jahre lang in Flügelkämpfe verstrickt hatten, als auch der Einfluss des Antikolonialismus/Nationalismus, der vor allem auf die junge, westlich gebildete Mittelschicht Faszination ausübte, rüttelten ihrer Ansicht nach am überlieferten islamischen Glauben. Einer der Gründer von *Nahdlatul Ulama* beschrieb das Ziel der Organisation denn auch als konsensstiftende, stets um Ausgleich bemühte Politik – »Unterschiede beilegen, Fanatismus vermeiden und sich zusammenschließen.« Diesen Kurs verfolgte Wahids Großvater und Gründer der *Nahdlatul Ulama*, der Gelehrte K.H. Wahid Hasyam. Und diesen Kurs fährt seit 1984 sein Enkel. Abdurrahman Wahid, dessen Organisation im Gegensatz zur landesweit verankerten Wohlfahrtsorganisation *Muhammadiyah-Bewegung* unter dem einflussreichen Intellektuellen Amien Rais in den ländlichen Gebieten Zentral- und Ost-Javas verankert ist, hat sich zwar gegen die letzte Wiederwahl Suhartos und für demokratische Reformen ausgesprochen, doch insgesamt des Ex-Präsidenten Politik lavierend geduldet.

Gemeinsam mit Amien Rais erfreut er sich eines beträchtlichen Rückhalts in der Bevölkerung, die sich immerhin zu 90 Prozent zum Islam bekennt. Ein zentraler Punkt des Erneuerungsprogamms der 1912 gegründeten *Muhammadiyah-Bewegung* war die Verbesserung der islamischen Bildungseinrichtungen. Es galt eine muslimische Elite zu schaffen, die als ausgleichende Kraft gegenüber den westlich gebildeten Repräsentanten des holländischen Kolonialsystems fungieren konnte. Naturwissenschaftliche Fächer wurden in das traditionelle Bildungssystem integriert und zusätzlich neue Modellschulen (*Madrasah*) eingerichtet, in denen Noten verteilt und Abschlusszeugnisse ausgestellt wurden. Eine der Neuerungen dieser Schulen war die Möglichkeit für Mädchen und junge Frauen, eine Ausbildung zu erhalten. Nebst Schulen gründete *Muhammadiyah* Moscheen, religiöse Stiftungen, Waisenhäuser, Kliniken sowie eine Reihe von Zeitschriften, die in den regionalen Sprachen gedruckt wurden. Ausschlaggebend für ihren Zuwachs war, dass diese Bewegung es verstand, Muslime aus verschiedenen Landesteilen in einer Organisation zu vereinigen, die sich außer der Erneuerung des religiösen Lebens dem Engagement für sozialen Fortschritt verschrieben hatte.

Wahid spricht jetzt von einer »zweiten Unabhängigkeit« jenseits der dikatorischen Infrastruktur, wenngleich er mit dem Stimmenblock Golkars Präsident wurde. Er bekennt sich zum säkularen Islam und hat als Chef der im Juni zur drittstärksten politischen Kraft aufgestiegenen *Nationalen Erweckungspartei (PKB)* angedeutet, sein Kabinett parteiübergreifend zu besetzen. Bleibt abzuwarten, ob die eigentlich Mächtigen im Lande, die Militärs, ihn da gewähren lassen. *Rainer Werning*

Marx gegen Ricardo verteidigt

▸ Das neoliberale Denken hat seit Anfang der 90er Jahre in Theorie und Praxis fast vollständig die Oberhand gewonnen. Wissenschaftliche Untersuchungen auf der Grundlage der Marxschen Kapitalanalyse sind dagegen rar geworden und in schmale Nischen gedrängt. Dass die Marxsche Theorie allerdings mehr als nur eine obsolet gewordene Idee ist, zeigt der Bremer Politikwissenschaftler Christian Girschner mit seiner jüngst veröffentlichten, sorgfältig bearbeiteten Studie zum kapitalistischen Weltmarkt.

Er belegt in einer kenntnis- und aspektreichen Analyse die Aktualität der Marxschen Ökonomiekritik. Gerade vor dem Hintergrund der momentan viel diskutierten Weltmarktphänomene, wie der Verschuldungskrise und der politischen Handlungsunfähigkeit von Nationalstaaten, lässt sich mit diesem Buch eine neue Sichtweise auf die Globalisierungsdiskussion gewinnen. Obwohl nicht im Zentrum der vorrangig theoretischen Arbeit, verweist Girschner in zahlreichen Anmerkungen und kritischen Ausführungen auf die Schwächen der kontrovers geführten Weltmarktdiskussion. Denn viele Ansätze, seien sie nun von Neoliberalen oder aber auch von einigen marxistischen Autoren verfasst, eint, dass sie die ökonomischen Kategorien (z.B. Geld, Wert, Kapital, Dienstleistung) unkritisch voraussetzen, anstatt sie in ihrer Genese und Formbestimmtheit zu erklären.

Das Buch besteht aus einem kurzen Überblick im Einleitungsteil und vier untergliederten Hauptkapiteln. In einem Schlusswort fasst Girschner die wichtigsten Punkte seines Werkes zusammen. Erfreulicherweise zieht der Verfasser in seinen Ausführungen immer wieder Zwischenresümees, die das Nachvollziehen seiner Argumentation erleichtern. Dabei wird detailliert auf das gesamte ökonomiekritische Werk von Marx eingegangen. Zudem nimmt der Autor sachkundig Bezug auf die einschlägige Sekundärliteratur der Politik- und Wirtschaftswissenschaften.

In der Einleitung benennt der Politologe die beiden (Denk-)Anstöße für seine Untersuchung. Ein Anlass für den Autor, sich näher mit der Marxschen Theorie zu beschäftigen, war, dass die Klage über die mangelnde Erklärungskraft der 'großen' Theorien bezüglich der internationalen ökonomischen Entwicklung sich immer weiter verbreitet. Ein weiterer Ausgangspunkt sind die theoretisch unbefriedigenden Bestimmungen des Aussenhandels und des Weltmarktes in der Politik- und Wirtschaftswissenschaft. So hebt Girschner hervor, dass »das Fehlen einer konsistenten Kritik der Ricardoschen Außenhandelstheorie vom gesellschaftskritischen Anspruch der Autoren (her) auch eine Merkwürdigkeit in der Weltmarktdiskussion dar(stellt), denn ohne eine solche theoretische Grundlage dürfte sich kaum eine adäquate Kritik der Praxis und 'Theorie' der politik-ökonomischen Institutionen des Weltmarktes formulieren lassen. Schließlich bildet die Ricardosche Außenhandelstheorie nicht nur in der Wirtschaftswissenschaft das Kerntheorem der Außenhandelstheorie, sondern ist vor allem die herrschaftssichernde Ideologie der transnationalen Organisationen, wie z.B. des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank.« (S.5)

Wie aber sieht eine adäquate Kritik an Ricardo aus? Um diese Frage zu beantworten, bezieht sich der Autor auf den Marxschen Einwand gegen Ricardo, dass dieser den Außenhandel lediglich »als einfache Zirkulation fasst« (S. 151), also als vorkapitalistische Austauschform. Damit wird aber der gesamte ökonomische Weltmarktzusammenhang naturalisiert. Sinn und Zweck des internationalen Handels ist somit für Ricardo die stoffliche Vermehrung von Gebrauchswerten. Wie in der »einfachen Zirkulation« werden also lediglich Produkte auf den Markt geworfen, die zum Wohle der Menschheit ausgetauscht werden. Dass sich beim (inter-)nationalen Handel aber konkurrierende Einzelunternehmen gegenüberstehen, die den eigenen Reichtum – sprich das Geld – vermehren wollen, davon wird in den wirtschaftswissenschaftlichen Ansätzen abstrahiert. »(D)ie Ricardosche 'allgemeine Wohlfahrt' kann sich deswegen nur allein auf die konkret-materielle bzw. sinnlich-stoffliche Verteilungsseite des bürgerlichen Reichtums beziehen« (S. 154), schlussfolgert Girschner.

In welche Widersprüche sich dabei die traditionellen Ökonomen, aber auch marxistische Untersuchungen verwickeln, kann an dieser Stelle ebenso wenig nachgezeichnet werden wie die vielfältigen Einzelthemen innerhalb der beiden folgenden Kapitel. In diesen rückt Girschner die empirisch-quantitative Analyse des Weltmarktes in den Vordergrund. Er betrachtet die reale Bewegung und Konkurrenz der vielen Einzelkapitale in und zwischen den Nationalstaaten sowie den Ausschluss von Staaten aus der kapitalistischen Verwertung.

Im Schlussteil seiner Arbeit spielt der Verfasser noch einmal auf die Aktualität der Marxschen Theorie zur Erklärung der Weltmarktdynamik an. So haben seiner Meinung nach alle Globalisierungsautoren den von Ricardo kategorial vorgegebenen Rahmen zur Analyse des internationalen Handels nicht überwunden. Vielmehr haben die Ökonomen, so Girschner, diesen »als allgemein gültig aufgegriffen und unkritisch reproduziert. Damit ist, wenn die aktuelle und politisch mit inszenierte Aufgeregtheit um die ökonomische 'Globalisierung' verflogen sein wird, die nächste von den Autoren selbst festgestellte Krise der Weltmarkttheorie vorprogrammiert. Letztere dürfte dann wahrscheinlich genauso wie die vor einigen Jahren ausgerufene Krise der großen Weltmarkttheorien der siebziger und achtziger Jahre schnell im Wissenschaftsbetrieb verschwinden, um einem neuen konjunkturellen Thema zu weichen« (S. 420).

So klar und konsequent wie Girschner formuliert und argumentiert, so eindeutig sind auch seine Schlussfolgerungen. Der Text der Arbeit ist gut strukturiert, gedanklich nachvollziehbar und sprachlich teilweise brillant. Für alle kritischen und nicht gerade theoriefeindlich gesinnten Geister, die sich für das internationale Handelsgeschehen auf dem Weltmarkt interessieren, ist dieses Buch ein »Muss«.

Christian Erlewein

▸ *Christian Girschner: Politische Ökonomie und Weltmarkt. Allgemeine Weltmarktdynamik in der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie, Köln 1999, 437 S., DM 48.*

Die Apathische Revolution

▶ Wie kann man radikale Kritik an den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen in gelebte Praxis übersetzen, ohne dem Wahnsinn anheim zu fallen oder lethargisch seine arme Existenz auszuhalten? So könnte man die nicht ganz neue Frage, der Kai Schmidt Soltau mit der Apathischen Rèvolution nachspürt, in andere Worte kleiden.

Auf der Suche nach einer »Zukunftsvision jenseits der marktvermittelten Ordnung und ihrer Sachzwänge« werden zunächst die theoretischen und ideologischen Fundamente der Studie auf dem Boden einer radikalen, d.h. allseitig kritischen Dialektik entwickelt, die auch sich selbst zum Gegenstand hat. Erfrischend ist der undogmatische Umgang mit der Marxschen Theorie. »Sie (die Marxsche Theorie – AB) steht vor dem elementaren Problem, dass ihre Fundamente, durch die nagende Kraft des historischen Prozesses unterspült, das Gedankengebäude selbst kaum mehr tragen können und sich damit ihre Funktion im Prozess der Emanzipation dergestalt ändert, dass sie nicht länger als Ausgangsbasis dienen kann, sondern ihrerseits als Steinbruch für Neukonstruktionen von praktischer Philosophie instrumentalisiert werden wird.«

Anschaulich werden einleitend fünf Hauptthesen entwickelt, die es im Fortgang der Analyse zu fundieren gilt. Sie alle beziehen sich auf das Spannungsverhältnis von Emanzipation als gesellschaftlich-politischer Forderung und individueller Freiheit und verdeutlichen, dass Emanzipation in einem radikalen Sinne der Gefahr einer Vereinnahmung durch die bestehenden Verhältnisse entzogen werden muss.

Nach dieser Einleitung steht das zweite Kapitel indirekt unter der Überschrift »Anarchismus und Marxsche Theorie«. Die Suche nach den Berührungspunkten gipfelt in der Frage, wie vor dem Hintergrund der Absurdität des Séins überhaupt der Anfang von Kritik gedacht werden kann. Die Lösung von Camus, der den Überdruss mit dem ewig Gleichen als Ausgangspunkt des Zweifels setzt, wird zwar aufgenommen, aber zugleich durch ein alltagspolitisches Phänomen dekonstruiert. Es wird nämlich gefragt, wie letztlich verhindert werden kann, dass selbst die grosse Weigerung wieder nur als integraler Bestandteil der bestehenden Ordnung einverleibt wird.

Niemand wird geschont in diesen Ausführungen – weder Theoretiker und Philosophen noch der Leser – selbst vor sich macht der Autor nicht halt. Im Fortgang der Analyse löst sich Schmidt-Soltau immer mehr fast unmerklich von den Bezugsgrößen und philosophischen Schulen, um auf der Ebene des befreiten Geistes ebenso frei zu assozieren. Dieses Loslassen des Alten, ohne das Neue schon gefunden zu haben oder etwa mit Sicherheit sagen zu können, dass es ein solches geben wird, macht eine der Stärken des Buches aus, die der Leser sich aneignen muss, will er sich auf die eigene Suche danach machen, was Apathie in der Praxis für ihn selbst heißen könnte. Die Voraussetzung der vorliegenden Analyse ist eine absolute Respektlosigkeit, die die eigene Person miteinschließt.

Anke Borggräfe

▶ *Kai Schmidt-Soltau: Die Apathische Revolution; Grundlegung einer Praktischen Philosophie nach Marx. LIT-Verlag, Münster 1998; 347 S., DM 49,80.*

Bahamas Nr. 30

▶ Wem die Kritik Deutschlands auch zehn Jahre nach dem Mauerfall am Herzen liegt, wem Bescheidhalbwissen über das kapitale Unwesen nicht reicht und wem gerade die unheimliche Übereinkunft des Ressentiments gegen antideutsche Ideologiekritik misstrauisch macht, dem sei auch diesmal die Bahamas empfohlen.

Die Ausgabe »When Krauts talk« widmet sich den Metamorphosen des völkischen Wahns und der Kritik einer Linken, die den ersten deutschen Krieg nach 1945 als Anlass für ein postmodernes relaunch der Totalitarismustheorie deutete. Justus Wertmüller geißelt die »Verwalter des linken Mitmachens« in Gestalt »möchtegern-universitärer Theoretiker«, deren Leidenschaftslosigkeit Hand in Hand mit ihrem findigen Eifer für die Marktchancen ihrer Gesinnung gehe. Uli Krug erkennt in der antitotalitären Begleitmusik zur Bombardierung Jugoslawiens keineswegs ablenkendes Menschenrechtsgedudel, sondern den Marsch, der Milsosevic als »Verkörperung ineffektiver Staatsgewalt« geblasen werden sollte. Auch Horst Pankow kann in der antiserbischen Propaganda keine politische Vermittlung rationaler Interessen entdecken, sondern nur eine Neuauflage des antislawischen Ressentiments durch die »coolen Deutschen« vom Typ Fischer. In der Rekonstruktion wird damit deutsche Vergangenheitspolitik als Kriegsvorbereitung erkennbar. Das auffällige Verschwinden des Gegensatzes zwischen Mahnern und Schlussstrichziehern begreifen Natascha Wilting und Tjark Kunstreich aus der Kontinuität der »pathischen Projektion«. Damit wird der Bogen geschlagen zu einer »Aufarbeitung der Vergangenheit«, die mit der Relativierung deutscher Verbrechen identisch geworden ist. Weitere Themen: Heidegger, Sloterdijk, Menschenrechte, Postfaschismus in Österreich, Mutationen des Nationalismus.

Jörg Zinn

▶ *Die Bahamas erscheint viermal im Jahr und kostet 7,50 DM. Jahresabos (22,50 DM) bei: Bahamas, Postfach 620628, 10796 Berlin oder bahamas@mail.nadir.org*

calcül Nr. 6

▶ Die »Zeitschrift für Wissen und Besserwissen« dokumentiert diesmal eine Veranstaltungsreihe der Basisgruppe Geschichte in Göttingen zum »Antisemitismus in der Linken«. Historisch und ideologiekritisch wird eine Kritik des Antisemitismus in der marxistischen Arbeiterbewegung und der Neuen Linken entwickelt, die sich im Wesentlichen auf Moishe Postone und Adorno beruft. Von Thomas Haurys Demontage des antiimperialistischen Weltbildes über Tobias Ofenbauers Überlegungen zum »Zusammenhang zwischen verkürzter Kapitalismuskritik und Antisemitismus« bis zu Alex Grubers Analyse des sekundären Antisemitismus in der postfaschistischen Demokratie eine insgesamt gelungene Sammlung von Grundlagentexten – die sich zum größten Teil an einer historischen Linken abarbeitet.
Weitere Themen: Palästina-Solidarität, Frauen und Nationalsozialismus.

J. Z.

▶ *Die calcül erscheint unregelmäßig und kostet nur 3 DM. Zu bestellen bei: Basisgruppe Geschichte, Rosa-Luxemburg-Haus, Goßlerstr. 16a, 37073 Göttingen*

Postkolonialismus in Deutschland

▶ In der Reihe *Einstiege* des Verlages Westfälisches Dampfboot ist vor kurzem ein neues Buch erschienen. In **Ethnizität und Migration** versucht der vietnamnesische »Migrant« Kien Nghi Ha, die englischsprachigen postcolonial studies auf die BRD – und im Speziellen auf die Situation der verschiedenen Generationen türkischer MigrantInnen – zu übertragen. Das Buch ist aus der Perspektive des »Anderen« geschrieben, auch wenn sich Ha zugleich vehement dagegen wehrt, auf seine Biografie als Flüchtling reduziert zu werden. Allein diese selbstverständliche Forderung sagt »viel über den Zustand der Repräsentationsregime in der BRD aus, in der MigrantInnen so gut wie nie als kompetente GesprächspartnerInnen auftreten, weil sie bis auf wenige Ausnahmen nicht als Intellektuelle, PolitikerInnen (...) anerkannt werden«, sondern nur als »zurechtgeschnittenes Bildmaterial erscheinen«.

Bei Ha sind Konzepte wie »Kultur« und »Identität« von der immer noch vorherrschenden Logik eines natürlichen, wesenhaften Ursprungs und der Reinheit befreit. Um die Fallstricke einer ausschließenden Selbstethnisierung zu vermeiden, schlägt er ein Konzept von Identität vor, das dynamisch und der Zukunft zugewandt ist, ohne dabei jedoch der Ideologie des folkloristisch verstandenen Multikulturalismus oder dem Duktus eines beliebigen, postmodernen anything goes zu folgen. Eine neue Identitätspolitik müsse Differenzen anerkennen, ohne diese absolut zu setzen, sondern müsse sie eher strategisch auffassen.

»Dekonstruktion« ist eine oft angewandte Methode, sich sicher geglaubter Konzepte zu entledigen. So werden im ersten Kapitel die differenten Erfahrungen türkischer MigrantInnen hinsichtlich Generation, Geschlecht, Herkunft, politischer Überzeugung, etc. dargelegt. Zurück bleibt eine plurale, fragmentierte und hybride Lebenswirklichkeit, die das monolithische Bild der Deutschen von den Türken ad absurdum führt. Für Ha ist dieser Verlust an Einheitlichkeit jedoch nicht mit Resignation oder politischer Handlungsunfähigkeit gleichbedeutend. Im Gegenteil dazu, sieht er Hybridität als Chance gerade für die MigrantInnen der zweiten und dritten Generation, an den (kulturellen) Kämpfen um Repräsentation teilzunehmen.

Der Hauptteil des Buches ist dem Theorieimport aus dem anglophonen Raum gewidmet, denn dort wird schon länger die Wirksamkeit einer kulturellen Politik von »Minderheiten« diskutiert. Ha führt uns in die verschiedenen postkolonialen Kategorien wie Hybridität, Mimikry, Entortung, Grenzüberschreitung, »Borderlands«, etc. ein und gibt eine gute Übersicht über die Werke von AutorInnen wie Stuart Hall, Homi Bhabha oder bell hooks, um nur einige zu nennen. Indes, seine theoretischen Ausführungen wirken oftmals redundant und auf Grund der Fülle des verarbeiteten Materials überfrachtet. Studierende und an der Thematik anderweitig Interessierte werden so aber reichhaltig mit weiterführender Literatur versorgt.

Am Ende versucht Ha, wieder den Bogen zur Situation in Deutschland zu schlagen. Gerade in der gelebten Alltagswirklichkeit und der kulturellen Praxis der jüngeren MigrantInnen (HipHop, Literatur, Graffiti etc.) sieht er ein Potential zur »Subversion des europäischen Kanons, der kolonialen Identität und der Herrensprache«. Der Versuch, Hybridität in Widerstand umzuwandeln, hat sicherlich seine Berechtigung, überbewerten und aus dem Kontext kapitalistischer Vergesellschaftung ausblenden sollte man sie jedoch nicht. Allzu vorschnell konstatiert Ha einen nicht zu unterschätzenden »Einfluss des postkolonialen Diskurses und der befreienden Hybridität auf die realen Lebensbedingungen 'farbiger Minderheiten' in den Zentren.« Und viel zu selten werden die Bedingungen reflektiert, innerhalb derer sich die Diskurse abspielen: »Es ist wichtig, sich darüber im Klaren zu sein, dass solche kulturpolitischen Subversionsstrategien den Bereich der kapitalistischen Produktions- und daraus folgender Ungleichheits- und Machtverhältnisse nicht direkt tangieren.« Vielleicht hätte bei dieser Gratwanderung zwischen Kritik und Affirmation ein Lektüre des in der gleichen Reihe erschienenen Buches von Heinz Steinert »Kulturindustrie« (vgl. iz3w 239) etwas geholfen. Dort werden wir nämlich erinnert, dass Kultur in unserer Gesellschaft in erster Linie eine kapitalistische Ware ist und dass eine kritische Kulturtheorie dies und die eigene Position immer mitreflektieren muss. Denn der kapitalistische mainstream hat es schon immer verstanden, alles differente, hybride und vermeintlich subversive in seine verwalterische Obhut zu nehmen. Dabei wirken andere Gesetze als die der subversiven Diskurspolitik, aber dies kann ein Einführungsband zu Ethnizität und Migration nun auch wieder nicht zum Thema haben.

Dominik Bloedner

▶ *Kien Nghi Ha: Ethnizität und Migration. Reihe Einstiege. Grundbegriffe der Sozialphilosophie und Gesellschaftstheorie. Bd. 9, Westfälisches Dampfboot, Münster 1999, 212 Seiten, 29,80 DM.*

Pestizid-Vergiftungen in El Salvador

▶ Der salvadorianische Umweltverband *Unidad Ecologia Salvadorena* (UNES) beschuldigt die Firma Bayer, in der Gemeinde Guozapa im Norden des Landes hochgefährliche Pestizide freizusetzen. Nach Angaben des Anwalts Victor Hugo Mota, Sprecher der UNES, stößt das Werk Bayer de El Salvador toxische Pestizide aus, u.a. Methyl Parathion. Hierdurch sind die Einwohner der umliegenden Dörfer akut gesundheitlich gefährdet. Die Zeitung CoLatino berichtet, dass die Staatsanwaltschaft Ermittlungen aufgenommen hat. Das Pestizid Parathion, in Deutschland unter dem Namen E605 bekannt, gehört zu der Gruppe der Phosphorsäureester und wird von der Weltgesundheitsorganisation als »extrem gefährlich« eingestuft. Wenige Gramm des Giftes wirken beim Menschen tödlich. Die UNES kritisiert, dass die salvadorianische Gesetzgebung zwar ausreichend sei, ausländische Konzerne wie Bayer die Gesetze jedoch ignorierten. Die Fabrik des deutschen Unternehmens liegt 22 km nördlich der Hauptstadt San Salvador. Die Leverkusener Bayer AG gehört weltweit zu den sechs größten Pestizid-Herstellern. *Infos: Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V., Postfach 150418, 40081 Düsseldorf. Tel.: 0211-333911, Fax: -333940, e-mail: CBGnetwork@aol.com.*

Deutschland und die NATO im Türkei-Kurdistan-Krieg

▶ Die deutsche Sektion der »*Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs*« hat eine Broschüre zur Rolle der NATO und Deutschlands im Türkei-Kurdistan-Krieg herausgegeben. Die Broschüre stellt verschiedene Aspekte der Bedeutung der Türkei für die NATO, die wirtschaftlichen Beziehungen zum Westen, die deutsch-türkischen Beziehungen und die aktuelle Dimension des Putsches von 1980 zusammen. *Pieper, Anke; Jensen, Moritz (1999): Deutschland und NATO im Türkei-Kurdistan-Krieg. (Hrsg.): Deutsche Sektion der IPPNW. Berlin. 48 Seiten, 12,80 DM. Info: IPPNW, Körterstr. 10, 10967 Berlin. Tel.: 030/6930244, Fax: -6938166.*

Ist anders reisen anders?

▶ Die Ausstellung »Ist anders reisen anders?«, die vom *Kulturstudio e.V.* und vom *Kreisjugendring Ebersberg* zusammengestellt wurde, kann von interessierten Gruppen und Initiativen kostenlos entliehen werden. Die insgesamt 14 Ausstellungstafeln beschäftigen sich mit den Möglichkeiten und Grenzen interkultureller Kommunikation, mit der Rolle von reichen TouristInnen für die Ökonomien der Dritten Welt, mit den ökologischen Auswirkungen des Flugverkehrs und mit der Bedeutung des Alternativtourismus. *Info: Kulturstudio e.V., c/o Kreisjugendring Ebersberg, Bahnhofstr. 12 OG, 85560 Ebersberg, Tel.: 08092/21038, Fax: 24615, e-mail: mail@kjr-ebe.de*

Pressedokumentation Panama

▶ Am 31. Dezember 1999 wird der 1914 eröffnete Panamakanal zu Panama gehören, die koloniale Enklave der USA wird nicht mehr existent sein. Die neueste Ausgabe von »El Parcial« enthält Einleitung, Geschichte des Kanals und eine Pressedokumentation (vor allem spanische Texte) und umfasst insgesamt 182 Seiten. *Bezug: Doris Hermes, Kielortallee 4, 20144 Hamburg, gegen Überweisung von 16,50 DM (Deutschland) bzw. 18,50 DM (Europa) an: »El Parcial«, Doris Hermes, Postbank Hamburg (BLZ 20010020), Konto-Nr. 63647205.*

Lebenswege

▶ Der *Verein zur Erforschung und Förderung von Volksbildung und internationaler pädagogischer Zusammenarbeit e.V.* hat den Solidaritätskalender Lebenswege / Caminos de la Vida herausgegeben. Der zweisprachige Postkartenkalender für das Jahr 2000 widmet sich in Bild und Text der lateinamerikanischen und deutschen Literatur. Mit dem Erlös will der Verein die Volksbildung und die Ausbildung von GrundschullehrerInnen in Nicaragua unterstützen. *Ein Exemplar kostet 15,- DM; bei größeren Bestellmengen werden Rabatte gewährt. Bestellung: VIPZ, c/o Christoph Weidlinger-Vandirk, Schaumburgerstr. 1, 65555 Limburg, Tel./Fax: 06431/529157.*

Postkartenaktion gegen Abschiebung

▶ Das *Aktionsbündnis Rhein/Main gegen Abschiebung* ruft zur Unterstützung einer Postkartenaktion an die Lufthansa AG auf. Postkarten mit verschiedenen Motiven sollen an die Lufthansa in Frankfurt/Main geschickt werden. Die Karten enthalten folgenden Text: »Sehr geehrte Damen und Herren, Kola Bankole und Aamir Ageep waren zwei abgelehnte Asylsuchende aus Afrika. Sie kamen bei Abschiebungen aus Deutschland in Lufthansa-Maschinen ums Leben. Ihr Tod war kein Unfall. Er ist die Folge der brutalen Abschiebepraxis des BGS als Bestandteil einer insgesamt flüchtlingsfeindlichen Asylpolitik. Täglich werden Flüchtlinge in Verfolgung und Folter, Krieg und Armut abgeschoben. Manche wehren sich aus Angst und Verzweiflung, viele haben jedoch keine Kraft mehr, Widerstand zu leisten. Die Lufthansa beteiligt sich in großem Umfang an Abschiebungen und verdient sogar daran. Damit macht sie sich mitschuldig.

Ich fordere Sie hiermit auf, die Mitwirkung ihrer Fluggesellschaft an Abschiebungen umgehend einzustellen und erkläre, dass ich – bis

dies geschehen ist – nicht mehr mit Lufthansa fliegen werde«. *Die Farb- (4 Motive à 0,50 DM) und Schwarzweiß-Postkarten (2 Motive à 0,10 DM) können bei der Initiative gegen Abschiebung (IGA), Dritte Welt Haus, Falkstraße 74, 60487 Frankfurt/M. bestellt werden. Überweisung der entsprechenden Kosten (+ Porto und Verpackung) und/oder Spende mit dem Stichwort »Blöder Lufthansel« auf das Konto des Dritte Welt Haus Frankfurt/M. Kontonr. 19991-604 bei der Postbank Frankfurt (BLZ 500 100 60).*

Tagungen

▸ Die Redaktion *Prokla* und das Bildungswerk der *Humanistischen Union NRW* organisieren vom 10.12.-12.12.1999 eine Tagung zum **Thema Rot-Grüner Absturz?** im Haus Villigst, Schwerte bei Dortmund. Es wird um die Frage gehen, ob sich die neoliberale Politik der rot-grünen Regierung fortsetzt oder ob es Ansätze zu einem versprochenen Politikwechsel gibt. Es referieren Elmar Altvater, Urs Müller-Plantenberg, Hansjörg Herr, Silvio Lehmann, Roland Roth. *Info: Bildungswerk der Humanistischen Union NRW, Kronprinzenstraße 15, 45128 Essen, Tel.: 0201/227982, Fax: 235505, e-mail: hu.bildungswerk@cityweb.de.*

▸ In Zusammenarbeit mit *BLUE 21* und *BUKO-Agrarkoordination* veranstaltet das **iz3w** in Berlin und Hamburg jeweils eine **Podiumsdiskussion** zum Thema **»Die WTO-Millennium-Runde und mögliche Widerstandsstrategien«**. In Berlin findet die Podiumsdiskussion am 14.12.99 mit R. Buntzel-Cano (Ev. Bauernwerk), Christian Stock (iz3w) und einer Vertreterin von Greenpeace um 20.00 Uhr in der Kultur- und Bildungsstätte »Die Wille«, Wilhelmstr. 115 in Kreuzberg statt. In Hamburg diskutieren Jürgen Knirsch (Greenpeace), Silke Spielmanns (BUKO-Agrarkoordination) und Stephan Günther (iz3w) am 15.12.99 ab 20.00 Uhr in der Werkstatt 3, Nernstweg 32 in Altona.

▸ Die Informationsstelle Lateinamerika – *ila* – veranstaltet am 18. Januar 2000 in Bonn ein Tagesseminar zu **Perspektiven der Nord-Süd-Drogenpolitik**. Das Seminar richtet sich an alle, die sich mit dem Thema Drogen befassen, im Rahmen von KonsumentInnenarbeit, Gesundheits- und/oder Innenpolitik oder innerhalb von Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik. *Info: Informationsstelle Lateinamerika e.V., Heerstr. 205, 53111 Bonn, Tel.: 0228/658613, Fax: 631226, e-mail: ila@link-lev.de*

▸ **»Schöne Ferien in Zimbabwe« – Tourismus: Chance oder Verderben?** ist der Titel des Wochenendseminars, das vom *Zimbabwe Netzwerk e.V.* vom 28.-30. Januar 2000 in Bonn veranstaltet wird. Das Seminar wird einen Überblick geben über die Tourismusentwicklung in Südafrika und Zimbabwe. Besonders sollen die mit dem Reiseboom verbundenen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Gefahren beleuchtet und alternative Ansätze diskutiert werden. *Info: Zimbabwe Netzwerk e.V., Königswintererstr. 116, 53227 Bonn, Tel.: 0228-460890, Fax: 468177*

▸ *CAREA* bietet am 20.-23.01.2000 und am 03.-06.02.2000 in Felsberg Gensungen/Hessen **Vorbereitungsseminare für Menschenrechtsbeobachtung** in Chiapas an. Zusammen mit dem chiapanekischen Menschenrechtszentrum *Fray Bartolomé de las Casas* der Diözese San Cristobal bereitet CAREA Interessierte darauf vor, als MenschenrechtsbeobachterInnen zwei Monate in Chiapas zu arbeiten. Ihre Präsenz soll Übergriffe auf die Zivilbevölkerung verhindern, sie sollen Truppenbewegungen, Menschenrechtsverletzungen und die allgemeine Situation in den Dörfern dokumentieren. Außerdem sollen sie nach ihrer Rückkehr durch Öffentlichkeitsarbeit dazu beitragen, ihre Erfahrungen und den Konflikt in Chiapas bekannt zu machen. InteressentInnen sollten fließend Spanisch sprechen, politisch-soziales Engagement vorweisen, mindestens 21 Jahre alt und physisch und psychisch belastbar sein, an den Vorbereitungsseminaren teilnehmen, zwei Monate Zeit haben, nach der Rückkehr Öffentlichkeitsarbeit machen und den Aufenthalt und die Vorbereitung selber finanzieren. *Info: CAREA e.V., Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, e-mail: h0444gut@rz-hu-berlin.de.*

▸ Die **6. Landeskonferenz der Eine-Welt-Initiativen in NRW** (LAG3W) findet vom 18. – 20.02.2000 in Aachen statt. Themen in verschiedenen Foren werden die zivile Konfliktbearbeitung, fairer Handel in NRW, Agenda-Partnerschaften, zukunftsfähiges Lernen und MigrantInnen in der Agenda 21 sein. Diskussionen über nachhaltige Entwicklung in Nordrhein-Westfalen werden im Zentrum der Veranstaltung stehen. *Info: Eine-Welt-Landesnetz in NRW (LAG3W), Achtermannstr. 10-12, 48143 Münster. Tel.: 0251/57351, Fax: 0251/ 57963, e-mail: lag3w@muenster.org.*

▸ Die Arbeit des **iz3w** wird vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland durch den ABP gefördert.

Vorschau: Bisher vorgesehene Themenschwerpunkte 2000

- Not- und Katastrophenhilfe
- Herrschaft durch Sprache
- Armut und Hunger
- Wissensgesellschaft
- Islamismus
- Entwicklungstheorien

Impressum

Herausgeberin:
▸ Aktion Dritte Welt e.V. – informationszentrum 3. welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16a (Hinterhaus), D-79020 Freiburg i. Br. Telefon: 0761/74003, Fax: 0761/709866, E-Mail: info@iz3w.org
Bürozeiten: Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr.
Online: www.iz3w.org

Redaktion:
▸ Martina Backes, Dominik Bloedner, Monika Bierwirth, Thomas Cernay, Stephan Günther, Tina Goethe, Monika Hoffmann, Martin Janz, Georg Lutz, Rosaly Magg, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Jochen Müller, Christian Neven-du Mont, Christine Parsdorfer, Winfried Rust, Heiner Schwarz, Andrea Schwendemann, Christian Stock, Jörg Später, Sigrid Weber, Heiko Wegmann.

Vertrieb für den Buchhandel:
▸ Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstr. 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod), Tel.: 0641/94393-0

Satz und Gestaltung:
▸ Büro MAGENTA. Freiburg.

Herstellung:
▸ Druckerei schwarz auf weiß. Freiburg.

Jahresabonnement (8 Ausgaben):
▸ Inland: DM 60,– (für SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende DM 50,–), Förderabonnement: ab DM 100,–
▸ Ausland: Europa plus DM 10,– und Übersee plus DM 30,– Porto / Jahr
▸ Kündigungen bis zum Erhalt des letzten Heftes. Sonst automatische Verlängerung.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V):
▸ Postscheckkonto Karlsruhe
Konto-Nr. 148 239 - 755, BLZ 660 100 75
▸ Postscheckkonto Basel
Konto-Nr. 40-35 899-4
▸ Hypo-Bank Bregenz
Konto-Nr. 10 157 108 110

Spenden:
▸ Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf das Konto 124 96 06 bei der Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00), Kontoinhaberin Stadtkasse Freiburg, Verwendungszweck: Durchlaufspende zugunsten der Aktion Dritte Welt e.V. Diese Spenden beinhalten kein Abo!

Anzeigenschluss für Ausgabe Nr. 243:
▸ (Druckfertige Vorlagen) 12.1.2000

ISSN 0933-7733

▶ **iz3w** · Postfach 5328 · D-79020 Freiburg
PVSt, Deutsche Post AG, »Entgelt bezahlt« **E 3477**

Wilhelmstr. 15

79098 Freiburg